

LUCIANA CASTELLINA  
Bruchstellen der  
europäischen Linken

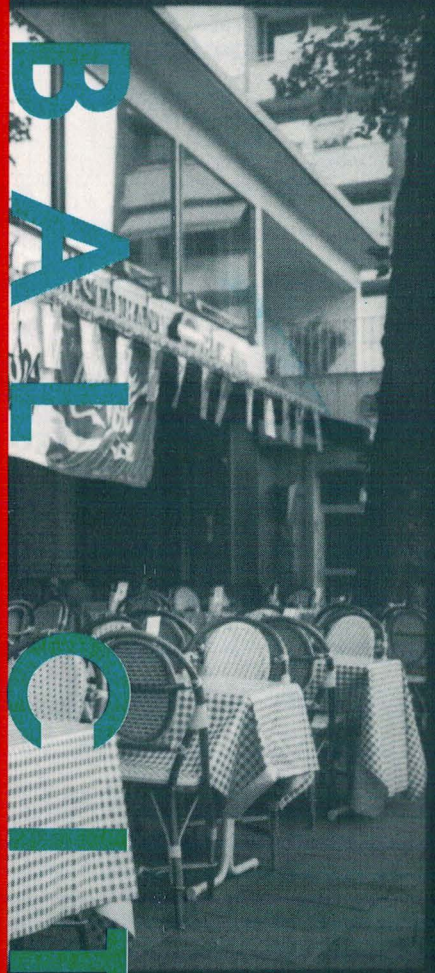
RENATE BORST/  
STEFAN KRÄTKE  
Stadt der Inseln

HORST ARENZ/  
HORST PETER  
SPD: Anpassung oder  
Alternative

# SPÖW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

G  
L  
O  
B  
A  
L  
I  
T  
Y



## Mitteilung der Geschäftsführung

Liebe Leserinnen und Leser!  
Wir freuen uns, Euch mitteilen zu können, daß wir die spw-Redaktion um zwei Mitarbeiter erweitern konnten: Heiner Kockerbeck (Köln) und Ralf Krämer (Dortmund) sind neu in die Redaktion gekommen und haben beide vor, an der Qualitätsverbesserung der Zeitschrift mitzuarbeiten.  
Auch im Büro der spw hat sich eine Veränderung ergeben. Thomas Rausch, der uns erst als Praktikant, später als freier Mitarbeiter, bei dem Aufbau eines Werbekonzeptes erfolgreich geholfen hat, verläßt nach jahrelanger Mitarbeit das Büro. Als Autor und Aktiver in den ProMS-Projektgruppen wird er weiterhin unser Projekt unterstützen. Neue Mitarbeiterin im Büro ist Kerstin Trostmann. Noch nicht lange in Köln, hat sie gleich den Weg zu spw gefunden. An ihrem ehemaligen Studienort war sie unter anderem für den vag-Verlag (Marburg) tätig. Sie wird im Bereich Werbung und Verlagstechnik Schwerpunkte setzen und betreut zur Zeit die aktuellen Buchprojekte.

Eine wichtige Veränderung in diesem Heft ist sicher jedem aufgefallen. Wir verwenden eine neue Papierqualität. Es handelt sich um die Marke "Alsaprint", die seit 2 Jahren vom Greenpeace Magazin eingesetzt wird. Es ist umweltverträglicher als andere Papiersorten, ermöglicht eine gute Druck- und Kontrastqualität und bedeutet für spw gleichzeitig eine Gewichtseinsparung. Gleichzeitig verzichten wir ab dieser Ausgabe auf die Belichtung vor dem Druck. Dies wurde durch die neuen Laserdrucker möglich, die seit einigen Monaten zu erschwinglichen Preisen auf dem Markt sind. Damit können wir nicht nur einige hundert Mark pro Ausgabe sparen, wir können gleichzeitig verunglückte Schrifttypen, mit denen wir in der Vergangenheit immer zu kämpfen hatten, vermeiden.  
Die allgemeine Kostenschraube setzt auch uns zu. Postgebühren, Mietkosten und Büromaterial sind zur Zeit die wesentlichen Probleme. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser daher um Verständnis für eine nicht zu umgehende Entscheidung: Ab 1994 wird das spw Abo um 7,- DM im Jahr angehoben. Das Normalabo kostet dann DM 58,- und das Abo für Erwerbs- und Vermögenlose DM

49,-. Dies ist die erste Preiserhöhung, seit spw von Berlin nach Köln umgezogen ist (1989). Damals hatten wir zudem das ermäßigte Abo neu eingeführt. Auch mit diesen zusätzlichen Einnahmen können wir die Zeitschrift nicht kostendeckend produzieren. Dazu sind erfolgreiche Buchproduktionen notwendig sowie Spenden.  
Zwei Buchproduktionen stehen dieses Jahr auf unserer Liste. "Beratung in kommunalen Gleichstellungsstellen", erschienen im Mai, ist bereits ein Erfolg und kann mit dem beiliegenden Verlagsprogramm bestellt werden. "Zieht die Linke in den Krieg" soll im August erscheinen. Dieses Buch, das sich mit dem aktuellen Thema der Bundeswehrkampfeinsätze beschäftigt, kann sofort mit der beiliegenden Werbekarte bestellt werden. Bitte nutzt diese Möglichkeit und gebt die Werbekarte auch an andere weiter. Für dieses Buch kann auch eine gezielte Spende getätigt werden. Näheres in dem abgedruckten Spendenaufwurf.

Die spw-Geschäftsführung  
Andreas Bach Ulla Saß

# Das neue spw-Buch

## "Zieht die Linke in den Krieg?"

S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f  
S p e n d e n a u f r u f

Erstmals seit Ende des 2. Weltkrieges beteiligen sich bundesdeutsche Soldaten wieder an militärischen Einsätzen außerhalb der BRD. Bisher geschieht dies nur unter dem Deckmantel der UN. Aber die Pläne der Bundesregierung und der Bundeswehr sehen längst auch Einsätze im Rahmen der NATO und der WEU vor, unabhängig von einem Votum der Völkergemeinschaft.  
Gesichert werden sollen deutsche Interessen in aller Welt. Und die Linke? Ist sie bereit, sich diesen Kriegsambitionen entschieden zu widersetzen? Wie soll ihrer Meinung nach die neue Weltordnung gestaltet werden?  
Herausgeber/in: Katrin Fuchs, Peter von Oertzen, Ludger Volmer

Autor/innen: Egon Bahr, Wolfgang Biermann, Katrin Fuchs, Konrad Gilges, Horst Grabert, Peter Glotz, Arthur Heinrich, Jochen Hippler, Helmut Lippelt, Dieter Lutz, Wolf Dieter Narr, Albert Statz, Uwe Stehr, Joachim Schuster, Barbara Simones, Ludger Volmer, Andreas Wehr, Frieder O. Wolf.  
Das Buch soll Anfang August im spw-Verlag erscheinen. Für die ökonomische Absicherung bitten wir um Spenden. Eine steuerabsetzbare Spendenquittung wird unaufgefordert ab DM 100,- zugesandt. Die Überweisung der Spende soll auf das Konto Stadtparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61, Konto Nr. 62011002, Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständnis e.V., erfolgen.  
Vielen Dank für die Unterstützung.

Herausgeber Herausgeberinnen:  
Hans A. Dreier, Berlin  
Dieter Demm, Frankfurt/M.  
• Jürgen Egert, Berlin  
Katrin Fuchs, Köln  
Josef Hübner, Köln  
Klaus Peter Kisker, Berlin  
Heiner Kockerbeck, Bielefeld  
Susi M. Hubek, Bielefeld  
Ursula Pausch, Gröben, München  
Claudia Walthers, Aachen  
Kurt Vland, Hamburg  
Berthold Zimmermann, Berlin

Redaktion:  
Ingo Arndt  
Gisela Becker  
Uwe Kremer  
Heiner Kockerbeck  
Ralf Krämer  
Fiete Saß  
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär  
Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:  
Keller Str. 13, 51065 Köln  
Telefon (0221) 623271, Telefax  
(0221) 612815

Verlag:  
spw-Verlag Redaktion GmbH,  
Keller Str. 13, 51065 Köln

Geschäftsführer:  
Andreas Bach  
Ulla Saß

Konto des Verlages:  
Postgarnit Dortmund  
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
mit ca. 60 Seiten pro Heft:

Jahresabonnement DM 51,-  
ermäßigtes Jahresabonnement  
(für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslo-  
se) DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei  
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschi-  
nenschrift und mit einem ausreichenden  
Rand versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf  
Diskette mit einem Ausdruck geliefert  
werden (MS-DOS Textvorverarbeitungssystem  
5.1.4 oder 3.1.2-Zeile).

ISSN 0170-4613

spw-Verlag Redaktion GmbH 1993  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
vorbehalten.

Titelfoto  
Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:  
Judith Naßbaum, Köln

Druck:  
Arbeitsdruck, Schwerte

## MAGAZIN

<i>Uwe Kremer</i>	
KURZUM .....	4
<i>Ralf Krämer/Svenja Schulze/Thomas Westphal</i>	
Amerikanisierung oder Demokratisierung der SPD? .....	6
<i>Fiete Saß</i>	
Medien-Event oder andere Politik? .....	9
<i>Silke Seemann</i>	
Sommertagung des Frankfurter Kreises .....	10
<i>Judith Marschall</i>	
Was kommt nach dem Krieg (Rezension) .....	11
<i>Claudia Walther</i>	
§ 218 - Urteil: ein Schock! .....	12
<i>Regina Hunke</i>	
Frauen in Europa - Europa der Frauen? .....	14
<i>Marianna Schauzu</i>	
Gentechnikkritik oder "hilfloser Antikapitalismus"? .....	16
<i>Heinz-Gerd Hofschien</i>	
Blick in die Welt .....	18
<i>Christoph Spehr</i>	
Die Wiederkehr der Langeweile .....	19

## GLOBAL CITY

<i>Renate Borst/Stefan Krätke</i>	
Stadt der Inseln	
Die sozialräumliche Ausdifferenzierung "metropolitane" Stadtregionen .....	22

## PERSPEKTIVEN DER LINKEN

<i>Luciana Castellina</i>	
Bruchstellen der europäischen Linken .....	32
<i>Hermann Scheer</i>	
Auf dem Weg zu einer neuen Neuen Linken .....	35
<i>Malte Martin</i>	
Neuanfang - Die französische Linke .....	38
<i>Stefan Schostok</i>	
Jusos auf dem Weg aus der Krise - Aufbruch von links .....	44

## SOZIALE SPALTUNGEN

<i>Volker Offermann</i>	
Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftliche Spaltung .....	48
<i>Horst Arenz/Horst Peter</i>	
Anpassung oder Alternative - Die SPD auf dem Weg zu "Petersberg II"? .....	53

Uwe Kremer

Hans-Ulrich Klose - oberster parlamentarischer Konkursverwalter der Sozialdemokratie - erklärte trotzig, daß die SPD nunmehr - nach der Vorlage der Koalitionsstreichliste - keine Sparvorschläge mehr machen werde, da sie ansonsten ihrer Identität verlustig gehen würde. Tatsache ist aber, daß derartige Vorschläge auch nicht mehr erforderlich sind, weil die SPD mit ihrer Zustimmung zum "Sozialpakt" ja die ganze Chose mit auf den Weg gebracht hat. Das "Föderale Konsolidierungsprogramm" bedurfte bekanntlich der Zustimmung des Bundesrat und damit der SPD-regierten Länder, welche bereitwillig gegeben wurde, nachdem die größten sozialen Schweinereien ausgeklammert worden waren - doch nicht etwa um sie zu verhindern, wie uns unsere Oberen Glauben machen wollten. Der Trick: Diese Schweinereien - wie sie jetzt erneut präsentiert werden - können nunmehr in getrennten Gesetzen, die nicht mehr der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, durchgezogen werden, während die SPD auf der anderen Seite nunmehr gefahrlos ihre Zustimmung verweigern und heftigst dagegen protestieren kann. Ein Schelm, wer dabei Böses denkt...

Zum selben Zeitpunkt erklärte selbiger Klose, die SPD habe nichts gegen "robuste Blauhelmeinsätze" und er sei für eine entsprechende Erweiterung der SPD-Beschlußlage. Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Trennung zwischen klassischen Blauhelm-Einsätzen und Kampfeinsätzen nicht mehr möglich sei. Der Witz an der Sache: Mit dieser Aussage hat er zweifellos recht - und es war ja die Linke, die dies in der Vergangenheit anführte, als sie sich noch gegenüber jeglichen Blauhelm-Einsätzen reserviert verhielt, um sich dann doch Stück für Stück darauf einzulassen. Heute aber entdecken diejenigen, die damals noch behaupteten, man könne "friedenserhaltende" und "friedensschaffende" Maßnahmen voneinander trennen, um die Linke zu einem ersten Schritt auf das Terrain auswärtiger Militäreinsätze zu bewegen, daß dem nicht so und daher ein zweiter Schritt erforderlich sei. Nicht schlecht inszeniert...

In der spd-linken Öffentlichkeit wenig bemerkt, stimmte die SPD-Bundestagsfraktion

bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen - also wohl auch unter überwiegender Beteiligung der "parlamentarischen Linken" - den mit der Koalition ausgehandelten Eckwerten zur sog. Postreform zu. Hiermit ist der Weg frei für die Zerlegung der Post in drei Aktiengesellschaften, deren Mehrheitsanteile einer öffentlich-rechtlichen Holding zugeschlagen werden sollen. Vor allem aber ist damit der Weg für die entsprechende Verfassungsänderung frei, für die ja die Stimmen der SPD erforderlich sind. Danach kann der strittige und ausgeklammerte Rest durch den Bundestag per einfacher Mehrheit entschieden werden - v.a. auch der spätere Verkauf der Mehrheitsanteile (dies natürlich wieder unter Protest der SPD) - denn "selbst sozialdemokratische Postexperten räumen ein, daß die Holding nur eine Übergangslösung auf dem Weg zu privaten Aktiengesellschaften sein kann" und so "sollte die zwischenzeitliche Holding langfristig kein Hindernis zur endgültigen Privatisierung sein." (Kommentar im Handelsblatt vom 30.6.)

Die drei Beispiele zeigen *erstens*, daß die Mitarbeit der SPD an Kompromissen mit der Koalition und die Mitarbeit der SPD-Linken an Kompromissen innerhalb der SPD, aus denen dann wieder die erstgenannten Kompromisse geschmiedet werden, nicht zur Verhinderung oder auch nur zu einer substantiellen Abschwächung grundlegender politischer Verschiebungen in Richtung Sozialabbau, Kampfeinsätze und Privatisierung beitragen, sondern daß es sich um eine Beteiligung daran handelt - insbesondere durch die Preisgabe von Sperrern wie der 2/3-Mittel-Mehrheit bei Verfassungsänderungen oder der Zustimmungsbedürftigkeit bei bestimmten Gesetzen seitens des Bundesrates.

Und sie offenbaren *zweitens*, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Politiker dabei wohl aus einer Mischung von Dummheit, Ignoranz und Verzweiflung stillhält oder sogar mitmacht, daß es aber auch einige gibt, die dieses Spiel bewußt betreiben - nämlich den Rechten bei der Einleitung ihrer Vorhaben zu helfen, weil man sie im Grunde genommen ja selber für notwendig hält, um dann aber dennoch gegen ihre konsequente Durchführung schadlos protestieren zu können. (P.S.: Wer noch ein weiteres Beispiel haben will, sei im übrigen auf Gustav Sauerers Artikel zur sozialdemokratischen Energiepolitik in der letzten spw verwiesen!)

**Kurzum und drittens:** Beim sozialdemokratischen Manöver in Sachen Asylrecht handelte es sich nicht um einen einmaligen Ausrutscher, sondern um eine Methode, die mittlerweile vielfache Anwendung findet. Im übrigen verweise ich auf Tucholskys Seifenlied...

Im letzten kurzum erfolgte ein kurzer Parforceritt durch die westeuropäische Parteienlandschaft bzw. deren linke Sektoren. In diesem Heft finden wir einige wichtige Beiträge zur "Euro-Linken" - darunter die auf dem ProMS-Kongreß gehaltenen Referate Luciana Castellinas und Hermann Scheers und einen Artikel von Malte Martin, der in eindrucksvoller Weise die Entwicklungen in der französischen Linken aufzeichnet und interpretiert. Dabei sind zu meinen letzten Bemerkungen einige weitere hinzuzufügen:

◆ Mit Blick auf *Italien* war das "kurzum" schon überholt, als daß Heft erschien. Der PSI-"Erneuerungs"-Vorsitzende Giorgio Benvenuto hatte nämlich schon nach kurzer Amtszeit resigniert das Handtuch geworfen. Die Kommunalwahlen zeigten im übrigen, daß der PSI definitiv am Ende ist. Im Schatten der Wahlsiege der Lega Nord haben sich die divergierenden Tendenzen auf der Linken bei eben diesen Wahlen weiter verstärkt. Symbol dafür ist das Ergebnis in Turin: auf der einen Seite der (siegreiche) Kandidat eines sich abzeichnenden Blockes aus PDS (Partei der demokratischen Linken - entstanden aus dem PCI) und der aus dem christdemokratischen Lager stammenden Erneuerungsbewegung um Mario Segni - unterstützt von den laizistisch-liberalen Fraktionen der herrschenden Klasse, auf der anderen Seite der (mit gutem Ergebnis unterlegene) Kandidat eines Spektrums von der Rifondazione Comunista bis hin zur radikaldemokratischen Erneuerungsbewegung La Rete. Aufgrund der Wendung des PDS verließ übrigens schon vor einigen Wochen Pietro Ingrao, die historische Führungspersönlichkeit der PCI-Linken, den PDS...

◆ Verlassen wir *Europa*: In *Japan* spielt sich ein in manchen Aspekten vergleichbares Szenario ab, insoweit die jahrzehntelang alleine dominierende LDP zumindest an ihren Rändern auseinanderbricht. Vor allem mit der Abspaltung der "Erneuerungspartei" um Hata und Ozawa kündigt sich möglicherweise ein neuer Block zusammen mit der buddhistischen Komeito und Teilen der Sozialdemokratischen Partei an, der die Unterstützung großer Teile der herrschenden Klasse genießen dürfte, zumal Hata und Ozawa

selbst fest in der japanischen Führungskaste verwurzelt sind. Wie im Falle von Mario Segni in Italien handelt es sich auch hier anscheinend um den Versuch einer "passiven Revolution" (um mit Antonio Gramsci zu sprechen) - also um eine Aufrechterhaltung des Herrschaftssystems durch eine "Revolution", an deren Spitze sich die "Reformkräfte" der herrschenden Klasse setzen. Die Sozialdemokratische Partei Japans steht damit vor einer Zerreißprobe.

◆ Im Verhältnis zu ihrer französischen Schwesterpartei scheint sich die PSOE in *Spanien* ganz gut aus der Affäre gezogen zu haben - vor allem durch die Mobilisierung von Wählern in ihren traditionellen Hochburgen an der Peripherie (wie in Andalusien, Asturien, der Extremadura usw.) und anscheinend weniger in den Zentren des neuen "sozialistischen" Bürgertums (siehe die Einbrüche in Madrid). Dies hat anscheinend die "Guerristas", also die offizielle Parteilinke um den PSOE-Vize Guerra, ermuntert, gestützt v.a. von der gewerkschaftlichen Basis in die Offensive zu gehen. Allerdings reichte dies nicht aus, um die Wahl von Carlos Solchaga, bislang neoliberal geprägter Wirtschaftsminister, zum Fraktionsvorsitzenden zu verhindern. Es sieht nach den Wahlen so aus, daß sich die Auseinandersetzungen innerhalb der spanischen Linken v.a. als Auseinandersetzungen innerhalb der PSOE darstellen werden.

◆ Aus den spanischen Wahlen kann ja vielleicht unsere Schwesterpartei in den *Niederlanden* - die PvdA - Hoffnung schöpfen. Sie dürfte jedenfalls den Umfragen zufolge eine Halbierung ihrer Stimmen und Sitze erleiden, wenn heute Wahlen wären. Zum Hintergrund: Die PvdA regiert zusammen mit den Christdemokraten und exekutiert dort in ihren Ressorts einen sozialen Rückschritt ohnegleichen - u.a. die Streichung der Sozialhilfe, der Arbeitslosenunterstützung und von Studienbeihilfen für Jugendliche. Jugendproteste gegen diese Politik wurden mit Wasserkanonen und Schlagstöcken beantwortet. Wie man hört, sollen sich die Jusos vor diesem Hintergrund als Verband von der PvdA getrennt und dem Bündnis "Grün-Links" angeschlossen haben. Mittlerweile regt sich aber anscheinend auch in der Parlamentsfraktion Widerstand gegen den selbstmörderischen Kurs von Wim Kok & Co.

**Kurzum:** Die Umbrüche im Parteiensystem schreiten voran - und es ist zwar noch schwierig, neue Konturen zu erkennen. Aber eines scheint doch deutlich zu

werden: Schien es noch vor einigen Jahren so zu sein, als würde sich die rot-grüne und postkommunistische Linke mehr oder weniger um eine sich erneuernde Sozialdemokratie gruppieren (Konvergenz), so ist nunmehr die Divergenz als Grundströmung vorherrschend.

Zurück zu uns in Deutschland. Nach den innerparteilichen Vorgängen der letzten Wochen, die in diesem Heft an anderer Stelle ausreichend gewürdigt werden, scheint es mir dringend notwendig zu sein, sich endlich mit der Frage zu beschäftigen, was wir im Wahljahr 1994 eigentlich vorhaben. Eine politische Intervention von links, von radikaldemokratischer und sozialistischer Seite, kann sich ja wohl kaum auf die Wahlkämpfe der SPD (oder der anderen Parteien) beschränken. Wichtig wäre es, im außerparlamentarischen Bereich eine oder mehrere Initiativen für eine "andere Republik" zu entwickeln, die dabei auch das "rot-grüne Projekt" wieder für sich erschließen könnte, nachdem es zwischen sozialliberaler Enkelei und lindgrünem Realo-Gebahren immer mehr an Kontur und Qualität verloren hat.

Hiervon könnte dann auch eine Unterstützung für alle jene Kandidatinnen und Kandidaten unserer Partei ausgehen, die sich den Anliegen der außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen verpflichtet fühlen. Dies auch mit Blick auf den neuen Bundestag. Denn im alten waren die Belange der Bewegungen und Initiativen völlig unterrepräsentiert - und auch die parlamentarische Linke der SPD hat sich dafür in der Regel nicht angeboten. Die vielbeschworene Öffnung der Partei - notfalls auch im parlamentarischen Abstimmungsverhalten - hat gerade hier anzusetzen.

**Kurzum:** Das Wahljahr bietet den Einstiegspunkt für ein anderes Selbstverständnis der "parlamentarischen Linken" - weg von der Rolle als lahmer linker Flügel des herrschenden Blocks und hin zu einem selbstbewußten Sprachrohr derjenigen Interesse und Belange, die im politischen Raum ansonsten zu kurz kommen. Die Linke muß jenseits der allgemeinen und wohlfeilen Labereien über Parteienverdrossenheit, Glaubwürdigkeit, Bodenhaftung usw. usf. begreifen, daß es bei der notwendigen Veränderung von Politik darum geht, Loyalitäten zu gesellschaftlichen Initiativen und Kräften aufzubauen, wodurch die bisher fast ausschließlich dominierende Loyalität zur Partei (und zum Staat) dadurch zwangsläufig relativiert wird.



Aufeinander zugehen

# tag

Die Ost-West-Wochenzeitung

Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probierpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann.

2. Unterschrift

Einsenden an: Vertrieb FREITAG  
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

# Amerikanisierung oder Demokratisierung der SPD?

von Ralf Krämer, Svenja Schulze,  
Thomas Westphal\*

Mit der Mitgliederbefragung am 13.06.93 wurde zum ersten Mal in der Geschichte der SPD die "Basis" der Partei direkt an der Auswahl des oder der Parteivorsitzenden beteiligt. Die Beteiligung von 56,7% der Mitglieder lag deutlich höher als die zuvor geäußerten Schätzungen. Die Befragungsaktion fand ein breites und weitgehend positives Medienecho. Dabei gelang es, die vielfältigen Aktivitäten von Ortsvereinen und die erfolgreiche Mobilisierung als Beleg dafür darzustellen, daß die SPD ihre Krisenphase überwunden und einen neuen Schub bekommen habe. Eine ernsthafte Bewertung und Diskussion über Konsequenzen für die Linke wird allerdings von einer wesentlich differenzierteren und kritischeren Einschätzung der Mitgliederbefragung am 13. Juni auszugehen haben. Die Basisbeteiligung hat weit über die deutsche Sozialdemokratie hinaus Reaktionen erzeugt und Spuren hinterlassen. Nicht nur die deutschen Konservativen denken an eine Kopie sozialdemokratischer Basismobilisierung, auch die französischen Sozialisten versuchen ihre tiefe politische Krise mit Basismobilisierung, Parteiberatungen und möglichen Urwahlen zu überwinden. Immer stärker wird deutlich: die aus der Not geborene Mitgliederbefragung der SPD hat eine erste ernstzunehmende Reaktion des trudelnden Parteiensystems auf seine eigene Umwälzung angestoßen. Aber, wie immer verläuft dieser Anstoß nicht widerspruchsfrei oder gar umstandslos fortschrittlich. Die stärkere Beteiligung der Basis durch plebezitäre Elemente steht genau auf dem Scheidepunkt zwischen einer möglichen Verfestigung der Parteikrise und einem möglichen Ausbruch aus dem zunehmenden Bedeutungsverlust in der Bevölkerung.

\* Ralf Krämer, SPD-Landesvorstand NRW und Mitglied der spw-Redaktion, Dortmund; Svenja Schulze, Juso-Landesvorsitzende NRW, Hattingen; Thomas Westphal, Juso-Bundesvorsitzender, Lübeck

## Geringer politischer Gehalt der Mitgliederbefragung

Die Bedeutung der 56,7% wird erheblich relativiert durch das reale Verfahren, bei dem der entsprechende Beschluß des Parteivorstands in breitem Umfang mißachtet worden ist, um eine hohe Beteiligung zu erzielen. Politische Diskussionen in Ortsvereinsversammlungen vor der Stimmabgabe waren die Ausnahme, stattdessen gab es ausufernde Briefwahl oder Abstimmung an zur Wohnung der Mitglieder getragenen Urnen. Der politische Gehalt der Abstimmung war dem entsprechend gering. In den meisten Fällen fand eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen inhaltlichen Positionen der KandidatInnen nicht statt, diese wurden in der weitgehend personalisierten Auseinandersetzung auch kaum deutlich. Im Vordergrund standen persönliche Eigenschaften, die aufgrund des über die Massenmedien vermittelten Eindrucks der KandidatInnen zugeschrieben wurden. Gewonnen hat der Kandidat, der sich als "vertrauenswürdigster" darstellen konnte und sich in den umstrittenen politischen Fragen am wenigsten exponiert hatte. Grundsätzlich haben bei einem solchen Verfahren KandidatInnen mit Regierungsämtern und entsprechender Medienpräsenz bessere Chancen, erst recht, wenn sie auch politisch den eher konservativ oder liberal ausgerichteten Medien näher stehen als etwaige linkere GegenkandidatInnen. Dieses Verfahren war ein "gelungener" Schritt der Unterwerfung der innerparteilichen Willensbildung unter die Gesetzmäßigkeiten der Mediengesellschaft. Das Abstimmungsergebnis ist daher weder ein Beleg für die Stärke oder Schwäche der Linken noch dafür, daß Scharpings parteirechte Positionen auf mehrheitliche Zustimmung der Mitglieder gestützt sind. Die grundlegenden Kontroversen über den Kurs der SPD in zentralen Feldern der politischen Auseinandersetzung bestehen nach wie vor.

Die Mitgliederbefragung hat keinen Beitrag geleistet, diese Kontroversen auszutragen oder gar die Krise der Partei zu überwinden. Eine solche Erwartung wäre auch von vornherein absurd gewesen. Um so lächerlicher ist das Bemühen, dies als Ergebnis der Veranstaltung herbeizureden. Es handelte sich um den Versuch, mangelnde politisch begründete Binde- und Mobilisierungskraft durch eine verfahrensmäßige Einbindung der Mitglieder zu kompensieren. Nach wie vor ist nicht klar, für was die SPD in zentralen Fragen steht und um was sie kämpft, außer um Wählerstimmen.

## Kein Beitrag zur Demokratisierung

Für diejenigen, die sich jahrelang nicht an der Arbeit und den Diskussionen in der Partei beteiligt hatten, war die Stimmabgabe bei der Mitgliederbefragung sicherlich eine Steigerung ihrer Einflußmöglichkeit. Aber auch viele Aktive sahen zum ersten Mal die Möglichkeit, ihre Stimme gegenüber der Parteiführung zur Geltung zu bringen. Sie spiegelt die weitverbreitete Erfahrung der Mitglieder wieder, daß ihre Auffassungen und die Diskussionen in den Untergliederungen bei "denen da oben" an der Parteispitze sowieso nicht gefragt sind. Dennoch wäre es verfehlt, die Befragung am 13.06.93 als Beitrag zur Demokratisierung der SPD zu betrachten. Sie war nicht Ergebnis und Abschluß eines demokratischen politischen Willensbildungsprozesses und hatte nicht den Zweck, die Anbindung der Parteiführung an die Basis zu verstärken, sondern diente eher dazu, eine politische Aufarbeitung und Diskussion von Konsequenzen aus der krisenhaften Entwicklung der SPD in den vorausgegangenen Monaten zu vermeiden und von den realen Problemen abzulenken. Es handelte sich (unabhängig von den möglicherweise ernst gemeinten demokratischen Ansprüchen einiger ihrer ProtagonistInnen) um eine von den Bedürfnissen der Parteiführung ausgehende von oben initiierte und von unten

aufgegriffene, also gelungene populistische Inszenierung.

Es besteht die Gefahr, daß diese Form der Mitgliederbeteiligung demokratische innerparteiliche Kontrolle der Parteiführungen, Abgeordneten und Regierungsmitglieder der SPD noch weiter erschweren wird. Durch solche innerparteilichen Personalplebiszite nominierte Vorsitzende, KandidatInnen und MandatsträgerInnen könnten sich dadurch höher legitimiert und noch weniger als bisher an Parteibeschlüsse gebunden fühlen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den Auseinandersetzungen um die "Petersberger Beschlüsse" zu sehen. Damals war den unteren und mittleren FunktionärInnen und Parteitagsdelegierten, die den breiten innerparteilichen Widerstand gegen diese Rechtswende der SPD wesentlich getragen haben, mehrfach vorgeworfen worden, daß sie nicht repräsentativ für die Parteibasis wären. Maßgebliche Führungspersonen der SPD verfolgen schon länger das Ziel, genau jene zwischen Basis und Parteiführung vermittelnden Parteistrukturen und die darin Aktiven, die als einzige zumindest ein bißchen reale Kontrolle ausüben und die Beachtung von Parteibeschlüssen einfordern konnten, möglichst dauerhaft zu schwächen.

Sollte diese Tendenz sich durchsetzen, würde die SPD letztlich zu einem Wahlverein vom Zuschnitt der amerikanischen Democratic Party. Unter dem Mäntelchen angeblicher stärkerer Mitgliederbeteiligung würde in Wirklichkeit die Spaltung der Partei in die politischen EntscheidungsträgerInnen in Regierungen und Parlamentsfraktionen bzw. Fraktionsführungen einerseits und eine einflusslose und möglichst reibungslos als WahlhelferInnentruppe funktionierende Basis andererseits vollzogen. Diese könnte dann lediglich noch alle paar Jahre mal eine von zwei oder drei Nasen auswählen, aber zwischendurch keinen politischen Einfluß mehr ausüben. Das würde letztlich auf eine weitgehende "Amerikanisierung" der gesamten Politik hinauslaufen und auch die Bindung der Parlamentsabgeordneten in relativ festen Fraktionen an ihre Parteien und deren Programmatik zunehmend auflösen. Es ist zu bezweifeln, ob für politische Verhältnisse, die sich so entwickeln könnten, in denen Parlamentsabgeordnete wie in den USA mehr von der Wahlkampfunterstützung durch große Konzerne und Lobbyorganisationen als von demo-

kratisch strukturierten Parteiorganisationen abhängig sind, die Bezeichnung "Demokratie" noch angemessen ist.

## Verstetigung von Partizipationsmöglichkeiten nötig

Es wäre allerdings sowohl unrealistisch als auch verfehlt, ein Zurück zu den bisherigen Formen anzustreben. Das am 13. Juni deutlich gewordene Bedürfnis vieler Mitglieder an stärkerer Mitbestimmung an zentralen inhaltlichen und personellen Entscheidungen kann und muß positiv aufgegriffen werden. Schließlich haben gerade Linke und insbesondere die Jusos die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen der SPD intensiv kritisiert und weitreichende Reformvorstellungen entwickelt, die allerdings in eine andere Richtung gingen (vgl. etwa den Beitrag von Krämer/Möbbeck/Rudolph/Zoerner in SPW 52). Jetzt muß die Linke ausgehend von der Kritik dieser Befragung erneut und neue Forderungen für eine wirkliche Demokratisierung und größere Beteiligung möglichst vieler Mitglieder an der Willensbildung der Partei entwickeln und in die Diskussion einbringen. Formen der unmittelbaren Mitgliederbeteiligung können dabei eine positive Rolle spielen, wenn sie entsprechenden Kriterien und klaren Regelungen genügen.

Eine Chance besteht darin, daß das Instrument der Mitgliederbefragung quer zu den alten Strukturen der SPD liegt. In der Diskussion um die Parteireform haben wir gefordert, durch zielgruppen-, themen- und projektorientierte Arbeitszusammenhänge auch unabhängig von den Ortsvereinen mehr Menschen einzubinden und auch eine zeitlich begrenzte Mitarbeit zu ermöglichen und dies mit gleichberechtigten Mitbestimmungsmöglichkeiten im Rahmen einer demokratischen innerparteilichen Willensbildung zu verbinden. Es muß insgesamt um eine Verstetigung der Partizipationsmöglichkeiten gehen, die nicht durch eine isolierte punktuelle Abfrage zu erreichen ist. Es darf zu keiner Verkürzung und Begrenzung der Parteireformdiskussion auf Fragen der unmittelbaren Mitgliederbeteiligung kommen. Eine Partei, die diese Bezeichnung im positiven Sinne verdient, lebt von den Aktiven und den in erster Linie ehrenamtlichen FunktionärInnen. Parteireform muß - jedenfalls

wenn sie der Stärkung der Partei als einer eigenständigen sozialen Kraft dienen soll - in erster Linie das Ziel verfolgen, aktive Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge zu stärken und neu aufzubauen. Nur so läßt sich politische Integration und Formierung von Interessen organisieren und mit demokratischer Kontrolle von Parlamentsfraktionen und Parteiführung verbinden.

## Anforderungen an Mitgliederabstimmungen

Mitgliederabstimmungen sind dann sinnvoll, wenn sie eingebettet sind in einen umfassenderen Prozeß der Willensbildung, also in längerfristig angelegte Diskussionen, in denen Positionen und Bedürfnisse eingebracht, Probleme und Bedingungen gemeinsam reflektiert, Argumente ausgetauscht, Interessen artikuliert und Meinung gebildet wird, statt sie einfach nur abzufragen. Nur in einem solchen Prozeß kann die Partei ihren Anforderungen gerecht werden: Auf der einen Seite sensibel zu sein, was in der Partei passiert, auf der anderen Seite (und das wird häufig vergessen) aber auch gesellschaftliche Meinungsbildung zu betreiben und offensiv Standpunkte zu beziehen.

Wenn das Instrument der Mitgliederabstimmung zu einer Demokratisierung der Partei beitragen soll, ergeben sich aus unserer Sicht zumindest folgende Anforderungen, die im Organisationsstatut verbindlich festgeschrieben werden sollten:

- \* Es ist eine hinreichend lange Vorlauf- bzw. Diskussionsphase vor der Abstimmung nötig.
- \* Abstimmungen müssen nicht nur über Personen, sondern auch über inhaltliche Fragestellungen möglich sein. Die Basis soll nicht nur über "Nasen" diskutieren und entscheiden dürfen, sondern über politische Positionen und Forderungen.
- \* Es müssen Regelungen getroffen werden, die eine Einbeziehung der Mitglieder in innerparteiliche Diskussion als Bedingung der Beteiligung an der Abstimmung gewährleisten und etwa briefliche Abstimmung nur als Ausnahme zulassen.
- \* Dabei muß die unmittelbare Befragung der Mitglieder in erster Linie ein Instrument sein, um "von unten" durch Mitgliederinitiative und Mit-



**Nr. 28 - April/Mai 1993**

R. Müller: Kaderakten und Komintern \* H. Böke: Randglossen zur Wahlplattform von Ökolinx \* U. Osterkamp: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen? \* A. Busgalin: Die Aufgaben der russischen Linken  
64 Seiten, 7,50 DM

**Nr. 27 - März 1993**

S. Kebir: 1968 - Am Grunde der Moldau \* M. Schneider: Die radikale Erbschaft dieser Zeit \* K. Dräger: Gesamteuropa als Perspektive \* M. Grieger: Elend und Zukunft marxistischer Historiographie  
40 Seiten, 4,50 DM

**Probe-Abo:** 3 Nummern für 10 DM, keine automatische Verlängerung

**Jahresabo:** 8 Ausgaben für 44 DM

**Ich möchte:**

ein Probe-Abo (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)

ein Jahres-Abo

Coupon einsenden an: SOFO-Vertrieb  
Kölner Str. 66, W-6000 Frankfurt/M. 1

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Vertragsgarantie:** Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim SOFO-Vertrieb, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

gliederentscheid Positionsbestimmungen in Gang zu setzen, nicht ein Instrument der Führung, um sich Akklamation zu organisieren. Es müssen entsprechend realistische Quoren festgelegt werden, um ersteres zu ermöglichen (z.B. Unterstützung durch 2% der Mitglieder für eine Abstimmungsinitiative auf Bundesebene, für Kandidaturen muß das Quorum noch deutlich niedriger liegen) und letzteres zu verhindern (z.B. Mitgliederabstimmung auf Beschluß des PV nur dann, wenn mindestens eine 3/4-Mehrheit im Parteivorstand erzielt wird).

- \* Bei der Abstimmung über Personen muß ein zweiter Wahlgang mit Stichentscheid durchgeführt werden, wenn keinE KandidatIn die absolute Mehrheit erreicht hat.
- \* Führungsgremien der Partei sind die Vorstände als Kollektivorgane, nicht ggf. aus Mitgliederabstimmungen hervorgegangene Vorsitzende. Es muß klar sein, daß auch solche Vorsitzenden oder SpitzenkandidatInnen und auch die Parlamentsfraktionen sich an den inhaltlichen Beschlüssen der Partei zu orientieren haben.
- \* Zur Politisierung von Personalentscheidungen sollte verlangt werden, daß alle KandidatInnen inhaltliche Plattformen vorlegen, in denen sie ihre Position zu den zentralen politischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen darlegen. Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und innerparteiliche Strömungen der SPD sollten ihre Kriterien für die personelle Entscheidung und ihre Abstimmungsempfehlung diskutieren und publik machen.
- \* Es sind klare Regelungen notwendig, wie in Vorbereitung einer Abstimmung die unterschiedlichen Positionen oder die verschiedenen KandidatInnen allen Mitgliedern dargestellt werden, um eine faire Diskussion und ein Mindestmaß an Chancengleichheit zu gewährleisten.

Um Mitgliederabstimmungen nicht nur konsultativ durchführen zu können, müßte außer dem Parteistatut auch das Parteiengesetz geändert werden.

**Und die Linke ?**

Entscheidend für die die Stärkung linker Positionen in der Partei und in der Gesellschaft ist aber, daß die Linke in der SPD in stärkerem Maße als bisher innerparteilich und öffentlich politisches Profil gewinnt und sich als handlungsfähige Strö-

mung formiert. Dazu muß die Linke ihre Strukturen und Medien und ihre Verankerung in der Parteibasis stärken, sich von ihrer bisherigen staatstragenden Biederkeit und innerparteilichen Harmoniesucht verabschieden und ihre Verbindungen zu sozialen und demokratischen Bewegungen und zu anderen linken Gruppierungen außerhalb der SPD ausbauen. Unser Zugang zur Profilbildung im Medienzeitalter muß die Verbindung von Programmatik, Symbolik und Personen sein. Die Linke muß daher zugleich ihr gesellschaftspolitisches Projekt des sozialen und ökologischen Umbaus und ihre programmatischen Positionen zu den zentralen politischen Auseinandersetzungen weiterentwickeln und klarer formulieren und in die innerparteilichen Kontroversen offensiv einbringen. Auch wenn diese Formierung zu einer eingriffsstarken Strömung sicherlich ein längerer Prozeß ist, ist der nächste Bundesparteitag im November dafür ein entscheidendes Datum. Dabei muß auch verstärkt eine Verbindung dieser Positionen mit bestimmten Personen deutlich gemacht und sich mit innerparteilichen KontrahentInnen klarer als bisher auseinandergesetzt werden. Nur im Zusammenhang solcher Prozesse wird es auch möglich sein, zukünftige Mitgliederabstimmungen zu einer Politisierung von links zu nutzen.



**Medien Event oder andere Politik?**  
**Anmerkungen zur Mitgliederbefragung**

von Fiete Saß\*

Die Mitgliederbefragung - das war der sozialdemokratische Medien Event zwischen Engholms Rücktritt und der Wahl Scharpings. Zur inhaltlichen Positionsbestimmung der Partei haben alle drei Ereignisse nichts beigetragen, womit über die Mitgliederbefragung eigentlich alles gesagt ist, oder?

Überraschend freilich die große "Wahl"-beteiligung. Das war schon ein Erfolg. Was haben sich diese vielen Leute dabei gedacht, da sie zur Stimmabgabe eingeladen wurden? Glauben die, sie haben jetzt etwas mitzubestimmen? Und haben sie das nicht getan? Oder haben sie nur das längst verkündete Votum der Medien vollstreckt?

Die Mitgliederbefragung war eine Verlegenheitslösung und hat dem konturlosesten Kandidaten zum Sieg verholfen. Und doch: Sie war eine praktische Negation jener Parteitagdemokratie, die die sozialdemokratischen und andere Parteien deformiert.

Was würde denn passieren, wenn das jetzt immer so ginge, daß Personalfragen auch im Ortsverein oder für die Landtagskandidatur in Ur- oder Vorwahl geregelt werden? Nur wer in Person das Vertrauen vieler gewinnt, hätte eine Chance. Nur wer inhaltlich für etwa steht, könnte sich unterscheiden. Meinungsstreit wäre automatisch Teil der Organisationskultur. Eine gewisse Koalitionsfreiheit in inhaltlichen Fragen könnte daraus auch über Gruppen- und Parteigrenzen hinweg entstehen. Das wäre schon eine andere Partei oder ein

anderes politisches System, wovon die Mitgliederbefragung allenfalls eine Kostprobe war.

Nun malen manche schon die Entmachtung des Funktionärsklüngels an die Wand. Die Parteitagsdemokratie und damit die Demokratie überhaupt sei in Frage gestellt. In einer eigenartigen Nostalgie werden die Mühen der sozialdemokratischen Kompromißmaschine als Inbegriff der Demokratie ausgegeben. Wieviele intelligente Menschen haben auf sozialdemokratischen Parteitagen um des Kompromisses willen schwachsinnigen Resolutionen zugestimmt? Wieviele Menschen mit besten Absichten haben durch Orientierung am "kleineren Übel" ihre eigentlichen Ziele und Ideale aus den Augen verloren? Wieviel Selbstverleugnung und Zynismus verlangt diese Art von Demokratie von ihren Repräsentanten?

Es wird gesagt, die Parteitagdemokratie biete immerhin einige Durchsetzungschancen für die Parteibasis. Dieses Argument hat selten, zuletzt 1983, gestimmt. 1993 sollte die Asylrechtsbeschränkung hier alle Illusionen beseitigen: Die Profis halten sich nicht an Beschlüsse. Sie sind längst den Medien mehr verantwortlich als den Parteigremien. Man mag sie schelten, doch man wird sie nicht hindern, denn sie folgen politischen Kraftlinien, in deren Zentrum die Parteigremien längst nicht mehr stehen.

"Kongresse, Plattformen, Anträge, Verabschiedungen: diese ganze archaische Logik des politischen Lebens ist ein Relikt des 19. Jahrhunderts. Sie hat mit den heutigen Verhältnissen, insbesondere dem heutigen Bildungsstand nichts zu tun. Es gilt, sie zu kritisieren und solche Selbstparodien wie den jüngsten Kongreß der "Sozialistischen Partei" unmöglich zu machen. Derartige Veranstaltungen haben um so verheerendere Konsequenzen, als sie direkt vom Fernsehen übertragen werden und das Volk sich darüber klar wird, was da geschieht, und ihn einfach nicht mehr hinnimmt, diesen politischen Diskurs über das Volk ohne das Volk." (Pierre Bourdieu, NG/FH 9'92)

Die Krise der politischen Repräsentation, in Deutschland als Politikverdrossenheit noch im latenten Stadium, hat in Italien und Frankreich definitiv zugeschlagen. Die Ursachen sind vielfältig und unterschiedlich und die möglichen Lösungen

sind es auch. Aber es gibt auch gemeinsames. Ein Gemeinsames ist: Demokratie funktioniert heute nur noch als Mediendemokratie. Das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten ist eine medienvermittelte Realität, und jeder Versuch, die Dinge unter Ausschluß der Medien zu regeln, bleibt hinter den demokratischen Möglichkeiten zurück.

Deshalb stellen sich ja so drängend die Fragen nach der demokratischen Verfassung und Verantwortung der Medien, nach der Konzentration des Medienkapitals und dem moralischen Zustand der Zunft. Die gängige Medienschelte für die "politische Klasse" blendet solche Fragen selbstgefällig aus, doch die Medien, in ihrer heutigen Verfassung, sind Teil des Problems.

Demokratie müssen wir wieder als gesellschaftliche, nicht nur partiinterne Angelegenheit deklinieren. Für die Parteireform selber kommt es darauf an, die Logik der Mitgliederbefragung auszureizen und mit anderen Elementen zu verknüpfen:

- ◆ Öffnung von Vorwahlen für ein Bewegungsumfeld der Partei: Gruppen und Organisationen sollten eingeladen werden, sich an innersozialdemokratischen Vorwahlen zu beteiligen.
- ◆ konsequente Organisation und Medienarbeit der Parteilinken als "Partei in der Partei": In einem Umfeld, in dem jeder unter die Räder kommt, der nicht inhaltlich Position bezieht, hat die Parteilinke eine neue Chance: Inhalte vor Integration zu diskutieren, dem Geschlossenheitsfimmel Grenzen zu setzen und selbst eine primäre politische Identität innerhalb der Partei zu begründen.
- ◆ Politisierung zukünftiger Ur- und Vorwahlen durch inhaltlich konturierte Kampagnen: Auf zukünftige Urwahlen sollte die Parteilinke sich besser vorbereiten. Man muß schon eigene Positionen haben, eine eigene, unabhängige Organisation für die Kampagne und dann auch noch charismatische KandidatInnen. Da sollte man bald mit den Vorbereitungen anfangen.

Dafür müssen wir allerdings die grassierende Trauer über den bevorstehenden Verlust unserer innerparteilichen Spielwiesen überwinden und uns mal wieder der penetranten 68er-Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz der Dinge stellen.

\* Fiete Saß, Informatiker, Redakteur der spw, Köln

# Sommertagung des Frankfurter Kreises

von Silke Seemann\*

Der außerordentliche Bundesparteitag bestimmte auch die Diskussion des Frankfurter Kreises am 26. Juni in 1993 Kassel. An die Bewertung der abgelaufenen Mitgliederbefragung schloß sich inhaltlich die Diskussion um die Parteireform an.

Die Arbeitsgruppe unter Horst Peter hatte eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, so soll z.B. das Präsidium vom Parteitag gewählt werden, der Parteivorstand verkleinert und die Rechte der Antragskommission beschnitten werden.

Bei der Diskussion um die Mitgliederbefragung stand nicht mehr das ob, sondern das wie im Vordergrund. So wurden vor allem die notwendigen Kriterien, Schwachpunkte und Mindestanforderungen diskutiert. Die nicht vorhandene inhaltliche Auseinandersetzung um die drei Kandidaten wurde als das größte Defizit dieser Mitgliederbefragung gesehen. Hinzu kommt, daß in einer solchen wichtigen Personalentscheidung eine Stichwahl unumgänglich ist.

Wesentlich für eine stärkere Beteiligung, so die allgemeine Einschätzung, sind allerdings nicht vom Parteivorstand initiierte Mitgliederbefragungen, sondern die Möglichkeit von Mitgliederbegehren und -entscheiden. Mitgliederpartei bedeutet in diesem Sinne eine stärkere Partizipation im Parteialltag und darf nicht zu einer neuen Form der Medienpolitik des Parteivorstandes werden. Betont wurde in diesem Zusammenhang nochmals die Notwendigkeit, Satzungsänderung und Parteireform mit der dringend gebotenen Öffnung der Partei zu verbinden.

Entsprechend den öffentlichen Diskussionen und der Situation in der Bundesrepublik, nahm die wirtschaftspolitische Debatte in Kassel einen breiten Raum ein. Angesichts der deprimierenden Daten der wirtschaftlichen Entwicklung, stellte Otto Kreye vom Stamberger Institut noch einmal das Scheitern des konservativen Deregulierungsmodells fest und forderte

die Entwicklung einer demokratischen Regulation der Marktwirtschaft.

Bei Arbeitslosenzahlen von sechs bis sieben Millionen bis Ende 1993 ginge es nun darum, eine Zielorientierung für staatliches Handeln zu entwickeln. Kreye referierte, wie dieses in Form eines öffentlichen Beschäftigungsprogrammes mit einem Volumen von 150 Mrd. DM, einschließlich entsprechender Finanzierungsmöglichkeiten, aussehen könnte. Zur Finanzierung sollen u.a. dienen Einsparungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die durch die zusätzliche Beschäftigung entlastet wird; eine stärkere steuerliche Gewinnabschöpfung von Unternehmen; Einsparungen bei der staatlichen Kreditaufnahme und drastisch sinkende Rüstungsausgaben sowie Umwidmungen in den Einzeletats des Bundes.

In der sich anschließenden kontroversen Diskussion ging es u.a. darum, diese Vorstellungen, die z. T. bekannte Forderungen enthielten, entsprechend den geänderten Rahmenbedingungen zu bewerten und eine Verknüpfung mit wirtschaftspolitischen Instrumenten herzustellen.

Die Diskussion in diesem Bereich war in weiten Teilen von Hilflosigkeit geprägt, es fällt offensichtlich auch der SPD-Linken schwer, sich mit Gesamtkonzepten auseinanderzusetzen; die darin zum Ausdruck kommende Orientierungslosigkeit ist ein Spiegelbild der Situation in der Gesamtpartei. Es gab aber einige Ansatzpunkte in dieser Diskussion, die präzisiert und weiterentwickelt werden müssen. So wird in dem von der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Soziales vorgelegtem Entwurf für die "Eckpunkte eines wirtschafts- und sozialpolitischen Reformprogramms" die Debatte um die Umstrukturierung der Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße gestellt: der Umbau der Industriegesellschaft nach ökologischen und sozialen Notwendigkeiten steht auf der Tagesordnung. Dem allgemeinen, auch in der SPD weit verbreiteten Ruf nach weiterer Demontage des Sozialstaates, wird der qualitative Um- und Ausbau, wie er im Berliner Programm formuliert ist, gegenübergestellt. Dieser Entwurf, der auch

Finanzierungsvorschläge entwickelt, bildet die Grundlage für einen Antrag des Frankfurter Kreises auf dem ordentlichen Parteitag im November '93.

Auf wenig Resonanz stießen Diskussionsbeiträge, die schon im Vorfeld Konsensmöglichkeiten mit der von Oskar Lafontaine geleiteten Arbeitsgruppe ausloten wollen.

Angesichts der Beliebigkeit sozialdemokratischer Positionen und einer weitverbreiteten Euphorie für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, auch in der Linken, wäre der Verzicht auf die Vorlage eigenständiger alternativer Vorstellungen fatal.

Inhaltlich anschließend an die wirtschaftspolitische Diskussion, nahm Klaus Traube eine kritische Bewertung der sogenannten "Konsensgespräche" zwischen Gerd Schröder, der Regierungskoalition und den Energieversorgungsunternehmen vor. Er legte insbesondere die Motive der EVU's dar, die den Betrieb der vorhandenen KKW sichern wollen. Denn der Pferdefuß der Atomenergie, die nicht gesicherte Entsorgung, bieten zunehmend günstigere juristische Möglichkeiten für eine vorzeitige Stilllegung. Dem versuchen die EVU's und die Bundesregierung vorzubeugen, indem sie den Konsens mit der SPD suchen. Traube thematisierte die Achillesferse in der Energiepolitik der SPD: die Subventionierung der deutschen Steinkohle. Von ihr sind vor allem in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland eine erhebliche Anzahl Arbeitsplätze abhängig.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Frankfurter Kreis auf diesem Treffen den Versuch unternommen hat, bei wesentlichen Fragestellungen, wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Energiepolitik und der Parteireform, in die aktuelle Debatte einzugreifen. Die Zeit bis zum Herbst soll genutzt werden, diese Diskussionsansätze weiterzuentwickeln, um auf dem ordentlichen Parteitag eine Auseinandersetzung über Alternativen herbeizuführen. Einig war man sich in der Einschätzung: ein Jubelparteitag im Jahr, der ausschließlich der öffentlichen Darstellung dient, ist schon zuviel!

Gaisbacher/Kaser/Promitzer/Sax/Schögler (Hg.): Krieg in Europa - Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Sonderreihe "Ost-West-Gegeninformationen", Frankfurt/M. 1992.

## Was kommt nach dem Krieg?

Holm Sundhaussen meldet sich wieder zu Wort. Sein 1982 erschienenes Buch "Geschichte Jugoslawiens 1918-1988" gilt bis heute als historisch und ökonomisch nüchtern argumentierende Gesamtdarstellung, als eines der Standardwerke in deutscher Sprache. Sundhaussen schreibt nicht bei rororo- oder piper-aktuell oder etwa für Luchterhands Flugschriften über Jugoslawien. Er leitet hingegen das erste Kapitel in einem Taschenbuch ein, das der kleine Frankfurter dipa-Verlag in Zusammenarbeit mit der österreichischen Gruppe "Ost-West-Gegeninformationen" herausgegeben hat.

Welche Gegeninformation gibt der etablierte Berliner Historiker Sundhaussen in dem Buch "Krieg in Europa"? Das Buch ist aufklärerisch im besten Sinne. Der Geist von Lessings "Nathan dem Weisen" oder Martin Luther Kings "I have a dream" ist Grundkonsens. Niemand schreibt solchen Unsinn, wie Karl-Heinz Schlarp im rororo-Bändchen von 1991 über den tiefen Riß zwischen "Okzident und Orient, Katholizismus und Orthodoxie, Christentum und Islam". Sundhaussen erinnert an den Leitspruch des nach 1945 neu gegründeten Jugoslawien "Brüderlichkeit und Einheit" als ein etwas Wertvolles im Vergleich zu rassistischen Identifikationsmustern heute. "Nation ist ein Konstrukt", "die Beschreibung Jugoslawiens als Völkergefängnis eine Legende", schreibt er unverdrossen, wo manche seiner linksliberalen Weggefährten jetzt beklagen, daß sie dem Nationalismus zu wenig Augenmerk geschenkt haben.

Ist der deutsche Historiker zu unbeteiligt und nicht gewillt, "den Aggressor" auffindig zu machen? Das Sammelbändchen bietet im weiteren Verlauf fast nur noch Intellektuellen, die in den einstigen jugoslawischen Zentren Ljubljana, Zagreb, Belgrad arbeiten oder arbeiteten, ein Forum. So erklärt sich auch der Untertitel: "Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien". Alle sind sie antinationalistisch. Der Aggressor ist für Ferid Muhic derjenige, der die nationalistische Lawine ins

Rollen brachte, und das war die serbische Politik. Doch die Argumente der serbischen Nationalisten werden ad absurdum geführt. Sonst spielen einfache Schuldzuweisungen keine Rolle.

Die verschiedenen Erklärungsmuster dafür, daß der Übergang vom Real-Sozialismus zum Kapitalismus in Jugoslawien zum Krieg führte, reichen vom Versagen der Sozialdemokratie (Mocnik) über postmoderne Sinnkrisen (Sundhaussen), Ablenkung von wirtschaftspolitischen Desastern (Lazic), Wirkung der Massenmedien (Kesic) bis hin zum "europäischen Ausgrenzungsgestus" (Ivekovic).

Das Buch "entdeckt" im Vergleich zu anderen derzeit aus dem Boden sprießenden Taschenbüchern nicht langatmig die jugoslawische Geschichte, sondern ist gegenwarts- und zukunftsbezogen. Themen wie "Entmilitarisierung" oder "Ökologie" in Jugoslawien verweisen auf eine Zeit nach dem Krieg. Das 3. und letzte Kapitel gibt Hinweise auf eine Überwindung der "Sinnkrise". Denn: Was bleibt nach dem Traum vom supranationalen brüderlichen Jugoslawien? Was bleibt, wenn die nationalistischen Machthaber und die mit ihnen verbündeten Kriegsgewinnler abgedankt haben?

Zum supranationalen Zusammenleben gehört eine ebensolche "zivile Gesellschaft". Die gab es in ganz Jugoslawien, das nicht einmal einen einheitlichen Fernsehsender hatte, nicht. So wird der Stand der "Zivilgesellschaften" der drei Republiken Slowenien, Kroatien und Serbien im Aufsatz Nenad Zakoseks von der Universität Zagreb einzeln aufgeschlüsselt. "Zivilgesellschaft" heißt für ihn immer auch friedliche Konfliktlösungskompetenz. Wie sehr die zivile Gesellschaft, als Ort der Anti-Kriegs-Opposition, gefürchtet wird, zeigte zuletzt das Verbot von "Slobodna Dalmacija", der einzigen unabhängigen Zeitung Kroatiens, im März dieses Jahres. In Kroatien werden die Telefone abgehört, den politischen Initiativen, die sich z.B. in der Flüchtlingshilfe engagieren, wird das Leben schwer gemacht.

Dennoch läßt Nenad Zakoseks Schilderung eines neuen politischen Minimal-

konsenses in Kroatien hoffen. Ein Bündnis zwischen der Kroatischen Sozialliberalen Partei und der reformierten Linken kämpft um die Mehrheit gegen die Tudem-Partei HDZ. Zakosek formuliert auch für Serbien einen solchen politischen Minimalkonsens, wobei dort tragende gesellschaftliche Kräfte noch weniger zur Entfaltung kommen als in Kroatien.

Im Anschluß an die Analyse der drei Zivilgesellschaften, wobei die Beurteilung Serbiens am pessimistischsten ausfällt, kommt die Vorsitzende der Reformistischen Partei Serbiens Vesna Pesic zu Wort, die die verfahrenere Situation im Belgrader Herrschaftsbereich nochmals eingehender schildert. An dieser Stelle des Buches ist es wirklich gelungen, einen Draht zwischen Belgrad und Zagreb herzustellen. Oftmals stehen die verschiedenen Aufsätze allerdings unkoordiniert nebeneinander. Demokratietheorie (Jalusic) neben Demokratie als Allheilmittel (Pesic), marxischer Topos der historischen Wiederholung (Mocnik) neben einer Beschreibung des "Dominoeffektes", den der Tod Titos auslöste (Muhic), usw. Es ist eine Stärke des Sammelbandes, daß Jugoslawien nicht als bloß menschenverachtender Staat der Unterdrückung dargestellt wird, dem ohne Diktator Tito notwendigerweise die Barbarei der Unmündigen folgen mußte. Paul Parin schreibt in der Einleitung zum ganzen Buch: "Der Titostaat war politisch, kulturell und ideell von dem durchsetzt, was Mitteleuropa ausmacht: Das Erbe der Aufklärung, insbesondere der Anspruch auf individuelle Rechte (heute Menschenrechte genannt), das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, der Anspruch auf soziale und gesundheitliche Sicherheit."

Einerseits wird in Europa das ideologiefreie Zeitalter ausgerufen, andererseits feiert die Idologie des Nationalismus grausame Urstände. In solchen Zeiten sind es schon linke Gegen-Informationen, wenn an Menschenrechte erinnert wird, an zivile Auseinandersetzungsformen, wenn interkulturelles Lernen gefordert wird, das das Forschen nach Ungleichheiten, Verletzungen, Diskriminierungen verlangt (vgl. hierzu den Aufsatz von Gstettner/Wakounig). Bei aller Vereinzelung der Orientierungsbojen - das Buch sollte Schule machen, auch bei uns in Deutschland.

Judith Marschall,  
Germanistin, Hamburg

\* Silke Seemann, Lübeck, Mitglied des SPD-Parteirates

# § 218 - Urteil: ein Schock!

von Claudia Walther

Die CDU/CSU jubelt. Acht Personen in Karlsruhe haben, fast ein Jahr nach dem Beschluß des neuen § 218 im Bundestag, am 28. 5. als Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über Recht und Unrecht der Abtreibung und damit über viele Frauen entschieden. Acht Personen, überwiegend katholisch, älter, männlich, also in jeder Hinsicht vom realen Problem ungewollter Schwangerschaften meilenweit entfernt. Bekanntlich sind zwei der Richter engagierte sogenannte "Lebensschützer": Klaus Winter und Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD!). Letzterer ist erst vor kurzem aus der "Juristen-Vereinigung Lebensrecht" (JVL) ausgetreten, um nicht als befangen zu gelten.

Die Entscheidung ist in ihrer Härte ein Schock! Ein "vorbereiteter Schock", wie Regine Hildebrandt meint, aber eben doch um vieles schlimmer als erwartet. Sie ist ein gesellschaftspolitisch schwerwiegender Rückschritt und ein Schlag ins Gesicht der Frauen - und auch der Linken, der öffentlichen Diskussion, jeden Anspruchs auf Demokratie.

## Wie ist das Urteil zu bewerten?

Schon mit dem neuen Bundestags-Gesetz waren wir unzufrieden, da es mit Fristen und vor allem mit Zwangsberatung keine wirkliche Selbstbestimmung ermöglicht hätte.

\* Das Urteil geht nicht nur hinter das "Kompromiß"-Gesetz zurück, sondern auch hinter den Status-Quo! Das gilt sowohl für die Verschärfung der Beratungsvorgaben als auch für die Abtrennung der Sozialen Indikation aus der Krankenkassenfinanzierung.

\* Es bedeutet ganz klar ein "Zwei-Klassen"-Strafrecht: während diejenigen, die in sozial abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, zumindest berechtigten Anspruch auf Lohnfortzahlung haben, müssen ausgerechnet diejenigen, die aus finanziellen Gründen am stärksten auf die soziale Indikation angewiesen sind, den Abbruch aus eigener Tasche bezahlen! Das bedeutet rund 1.000 DM - ohne Krankenkassenzuschuß. Das bedeutet

auch, daß viele auf Methoden zurückgreifen werden die schon fast in Vergessenheit geraten sind: auf lebensgefährliche Selbsteingriffe, von Seife bis Stricknadel, oder auf kriminelle Angebote bei 'EngelmacherInnen'.

\* Es findet eine weitere Kriminalisierung statt. Zwar entfällt die Drohung

Ende des 20. Jahrhunderts ernstgenommen. Aber die Tatsache, daß der Abbruch in jedem Fall als verfassungswidrig gilt, wird durch die Bestrafung mit Nichterstattung der Kosten unterstrichen.

\* Möglich, daß nach der "Übergangsfrist", die am 16. Juni begann, eine

## Was bedeutet nun das BVerfG-Urteil?

- \* Schwangerschaftsabbrüche werden als rechtswidrig definiert.
- \* Eine Fristenregelung gilt in jedem Fall als verfassungswidrig.
- \* Es gelten die Indikationsbestimmungen
- \* Abbrüche werden - bei vorheriger Beratung und Zustimmung der Frau - nicht bestraft.
- \* Die Krankenkasse zahlt nicht mehr bei sozialer Indikation (!), sondern nur noch bei medizinischer (Gefahr für Leib und Leben), bei kriminologischer (Vergewaltigung) und "embryopathischer" (bei schwerwiegender Beschädigung des Ungeborenen - vgl. alte eugenische) Indikation.
- \* Für eine "Übergangszeit" werden Frauen, die nach sozialer Indikation abbrechen, auf Sozialhilfe verwiesen.
- \* Nur Frauen in festen Beschäftigungsverhältnissen können mit Lohnfortzahlung in der Ausfallzeit rechnen.
- \* Die Zwangsberatung wird erheblich verschärft. Nun müssen Frauen auch noch ihre persönliche Situation darlegen. Ehemann, Freund und Eltern können zur Beratung hinzugezogen werden. Das Beratungsziel wird noch schärfer gefaßt, nämlich gegen einen Abbruch einzuwirken. Es findet eine statistische Erfassung (ohne Namen) statt. Beratungsstellen werden einer scharfen Kontrolle ausgesetzt.
- \* Das "Recht auf Leben" wird als bereits vor (!) der Empfängnis geltend definiert.
- \* "Beratung" und Abtreibung dürfen nicht mehr in derselben Einrichtung stattfinden. Familienplanungszentren, die alles unter einem Dach anbieten, sind also nicht mehr möglich.

mit Strafe bzw. gar Gefängnisstrafe - aber das hat ja ohnehin niemand mehr

Teilrückzahlung bei verschärfter Pflicht einer Darlegung der sozialen

Gründe ermöglicht wird. Damit können wir dann wieder auf Gerichtsverhandlungen à la Memmingen gespannt sein: Frauen müssen ihr Privat- und Intimleben in entwürdigender Weise auf den Tisch legen.

\* Die Verschärfung der Zwangsberatung legitimiert nicht nur bayrische Verhältnisse, sondern sie verbietet sogar alle liberalen Ansätze, die sich in nördlicheren Ländern oder in der ein oder anderen moderneren Beratungsstelle entwickelt haben. Das damit transportierte Frauenbild erinnert tatsächlich an das Mittelalter, da es von einer entscheidungsunfähigen, unverantwortlichen, unmündigen Frau ausgeht.

\* Die ÄrztInnen werden verunsichert und, falls sie weiter Abbrüche vornehmen, zu -selbst bei sozialer Indikation- als nicht rechtmäßig definierten Handlungen gezwungen.

\* Für die Frauen in den Neuen Bundesländern ist die Entscheidung eine "Katastrophe" (Hildebrandt) und ein überdimensionaler Rückschritt i. V. zur alten DDR-Fristenregelung. Und das, obwohl wir uns genau an all die CDU-Frauen Ost erinnern, die während der Vereinigung sich der Fristenregelung verpflichtet haben und später immer mehr unter Schäubles Druck geraten sind ...

\* Die versprochenen sozialen "Hilfen" sind ein Hohn. Gleichzeitig zur Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, zur dortigen überproportionalen Frauenarbeitslosigkeit, zu Sozialabbau, zu Frauenarmut, zur vertagten Kindergartengewährleistung, zu der bevorstehenden Kürzung des Kindergeldes, sollen die Beratungsstellen den Frauen alles Erdenkliche an Lebens- und Zukunftsperspektive herbeizaubern. Die Verfassungsrichter scheinen also nicht nur in bezug auf das Phänomen von Schwangerschaften hinter dem Mond zu leben...

\* Für Beratungsstellen wie Profamilia sind die zusätzlichen Beratungsaufgaben unerträglich und existenzbedrohend.

Straffrei aber verfassungswidrig. Dieses (un)moralische Angebot paßt doch in die Zeit des gerade erschienenen neuen "Katechismus" der katholischen Kirche.

Was nach all diesen Unzumutbarkeiten die sehr auseinandergehende Einschätzung von SPD-Frauen zu bedeuten hat, ist schleierhaft. Während die meisten Genossinnen Politikerinnen und Frauen-

ministerinnen zu ähnlichen Einschätzungen kommen, gibt es auch ein paar Frauen, wie die NRW-Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers oder die Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung der Bundestagsfraktion, Ulla Schmidt, die unisono mit Uta Würfel versuchen, die fatale Entscheidung zu beschönigen: Memmingen sei nun nicht mehr möglich und dergleichen mehr.

Da sind doch all die Ankündigungen von anhaltender Diskussion bis massenhaftem Protest wesentlich angebracht! Der sich abzeichnende Aufruf zu einem Frauenstreik im Frühjahr 1994 mit dem Tenor:

"uns reicht's" beim Abbau von Frauenrechten könnte eine Perspektive für eine mögliche frauenpolitische Offensive sein. Wenn ein solcher Aufruf zum Frauenstreik breit genug getragen würde, dann, und nur dann, könnte er zu einem tatsächlichen Aufbruch, auch für eine neue Offensive gegen den bevormundenden und verschärften § 218, werden.

## DEMOKRATIEPREIS 1993

### Aus selbstverschuldeter Unmündigkeit ...

... herausführen sollte, nach der Erwartung Immanuel Kants, die Aufklärung, das Kernstück des 'Projekts der Moderne'.

Worauf Kant zu seiner Zeit setzte - Ratio, Öffentlichkeit, Fortschritt -, das scheint 200 Jahre später weniger verlässlich. Obwohl die äußeren Voraussetzungen heute unvergleichlich besser erscheinen als zu Lebzeiten des Königsberger Aufklärers, als es in Deutschland noch Leibeigenschaft, massenhaften Analphabetismus, Hunger und nacktes Elend gab - und von allgemeinem Wahlrecht, von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit keine Rede sein konnte.

Hat, was dennoch fortschreitender Aufklärung unverzichtbar bleibt, zugleich Anteil an neuer Unmündigkeit? Und der Vorwurf der Selbstverschuldung? Wiegt er nicht angesichts der Lebensumstände in den reichen Metropolen, in Deutschland beispielsweise, heute unendlich schwerer?

Die „Blätter“ laden 1993 ein zu Beiträgen, die Antworten suchen auf die zeitgemäß abgewandelte Frage der „Berlinerischen Monatsschrift“ von 1783:

Was ist Unmündigkeit heute? Selbstverschuldete Unmündigkeit - oder von der „Classe der Vormünder“ zu verantwortende, wie seinerzeit Hamann Kant entgegenhielt? Und wie finden wir den Ausgang daraus?

Es gibt Dimensionen neuer Unmündigkeit, die niemandem gestatten, der Frage der Selbst- und Mitverschuldung auszuweichen:

- Was ist zu tun, damit sog. Medien der Massenkommunikation, die eher betäuben und abstumpfen als informieren, Aufklärung leisten, handlungsbefähigendes Orientierungswissen vermitteln?

- Wie finden wir den Ausgang aus dem selbstzerstörerischen Wachstumswahn unserer Zivilisation?

- Wie gewinnen wir den humanen Kern des Fortschrittsgedankens zurück?

- Wie schließen wir die unerträgliche Kluft zwischen dem mittlerweile unbestreitbaren, aber allgemein verdrängten Wissen, das wir, das privilegierte Fünftel der Menschheit in den Metropolen, die Lebenschancen der „restlichen“ vier Fünftel buchstäblich konsumieren, aufbrauchen, verschleudern? Und dabei auch schon die Zukunft unserer eigenen Kinder?

Die besten Arbeiten werden mit dem Demokratiepreis der Blätter für deutsche und internationale Politik ausgezeichnet.

Die Jury bilden Walter Jens, Ingeborg Maus und Jens G. Reich. Prämiiert werden analytische und essayistische Beiträge im Umfang eines Zeitschriftenartikels, die sich der skizzierten Fragestellung widmen, auch zugespitzt auf Schlüsselaspekte.

Der Preis ist mit insgesamt 10000 DM dotiert und wird im Herbst 1993 vergeben. (Zuletzt ging er an die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1987, und an die Demokratiebewegung der DDR, 1990.)

Die Ausschreibungunterlagen können bei der Blätter-Verlagsgesellschaft mbH, Bertha-von-Suttner-Platz 6 5300 Bonn 1, angefordert werden.

Eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn nannte Karl Barth die „Blätter“ in den 50er Jahren. Für den „Bayernkurier“ waren sie in den 60er Jahren Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition. Heute sind die „Blätter“ ein Forum demokratischer Öffentlichkeit, die meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift in deutscher Sprache

128 Seiten.  
Monat für Monat.  
Politische Analyse, Kommentare, Streitkultur,  
Alternativen, Chronik, Dokumente zum Zeitgeschehen.



## Frauen in Europa - Europa der Frauen ?

von Regina Hunke\*

Was bedeutet der europäische Einigungsprozeß für die Frauen? Was wissen wir überhaupt voneinander, wie werden Frauen in Straßburg und Brüssel definiert, und welchen Einfluß können Frauen auf die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft nehmen?

Der 'von oben' gelenkte Einigungsprozeß ist durch seine einseitige Marktausrichtung gekennzeichnet; als ob der Warenverkehr allein das Miteinander der europäischen Bürger und Bürgerinnen im Sinne einer Volksdiplomatie bestimmen könnte. Die Komplexität des Projektes "Europäisches Haus" gerät dabei zunehmend aus dem Blick.

### Frauen nur als "Human Resources"?

Der Dominanz der Ökonomie entsprechend, werden Frauen in den Förderprogrammen der EG als 'Human Resources' gehandelt: das heißt, als nicht ausgeschöpfte menschliche Reserven, die dem Markt zugänglich gemacht werden sollen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Bei dem europaweiten Tribunal "Frauen und Armut", das vom 10.-12. November 1988 in Brüssel stattfand und vom 'European Network of Women' (ENOW) veranstaltet wurde, zeigten die Beiträge aus den verschiedenen Ländern, daß die Ursache von zunehmender Armut von Frauen der systematische Ausschluß der Hälfte der Menschheit von der Erwerbstätigkeit ist.<sup>1</sup> In diesem Beitrag soll nicht die zentrale Bedeutung, die die Beteiligung am Markt durch eine gut bezahlte Erwerbstätigkeit auf die Lebensqualität hat, geleugnet werden, aber die Einseitigkeit dieser Definition von Lebensqualität soll zur Diskussion gestellt werden.

\* Regina Hunke ist Historikerin und Bildungsreferentin beim Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund

Männer der 90er Jahr sehen in Frauen nicht mehr Mangelwesen - wie noch zu Anfang diesen Jahrhunderts -, sondern zu verwertenden Rohstoff, der der Wirtschaft zur Ausbeutung zugeführt werden soll. Nicht in die Wirtschaft integrierbare bzw. zur Zeit nicht brauchbare Individuen fallen bei dieser Weltanschauung durch die Maschen der sozialen Marktwirtschaft und haben sich außerhalb der Gesellschaft stehend im Kampf um ihr tägliches Überleben zu bewähren. Dieser Zweidrittelgesellschaft gilt es entgegenzutreten. Aber nicht dadurch, daß unreflektiert Anpassungsleistungen von denjenigen eingefordert werden, um in das - durch männliche Normen geprägte - Erwerbsleben eintreten zu dürfen: Die Programme der EG stellen finanzielle Mittel zur Verfügung, um die bislang weitgehend vom Markt Ausgeschlossenen - wie Frauen und Behinderte - zu fördern.<sup>2</sup> Da der Reichtum einer Gesellschaft sich aber nicht allein durch das erwirtschaftete Bruttosozialprodukt, sondern auch durch außerhalb der Marktmechanismen stehende Kriterien bestimmt, müssen das dominierende, von Männern gesetzte Wertesystem der Effizienz, des Pragmatismus und der Rationalität zur Diskussion gestellt und Handlungsperspektiven für gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Gang gesetzt werden.

Ein Europa der BürgerInnen - in das alle in der EG lebenden Menschen einbezogen werden sollen - nicht allein jene mit einem europäischen Paß - kann sich nur unter der Voraussetzung entwickeln, daß der Menschlichkeit ein Platz zugestanden wird. Ein solidarisches Miteinander, das sich durch die Übernahme von Verantwortung ausdrückt, sollte ebenso fester Bestandteil des neu zu installierenden europäischen Leitbildes werden wie das Akzeptieren von Differenz als Gleichwertigkeit.

Da von den Herrschaftsträgern keine Initiative zu erwarten ist, die zentrale Bedeutung der Reproduktionsarbeit in den Vordergrund zu stellen und an der Aufhe-

bung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mitzuwirken, plädiere ich für den Ausbau grenzübergreifender Frauennetzwerke, die einen Beitrag zu diesem Umwandlungsprozeß leisten können.

### Internationale Frauennetzwerke aufbauen

Internationale Frauennetzwerke, deren Funktion in der gegenseitigen Unterstützung bestehen kann, wären ein wichtiger Beitrag, den Internationalismus-Gedanken neu zu verankern und dem zunehmenden Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten. Darüber hinaus würde der Aktionsradius national oder regional agierender Frauenorganisationen nicht nur erweitert, sondern durch die Solidarität der Frauen aus anderen Ländern könnten Aktionen auch erfolgreicher werden: Zum Beispiel hätte die Schließung der Kinderhorte in den neuen Bundesländern Deutschlands, die trotz ihrer Reformbedürftigkeit verteidigungswürdig waren, vielleicht durch europaweite Frauenaktionen behindert werden können. Frauen in ganz Europa hätten ihren Einfluß auf die Europaabgeordneten der jeweiligen Länder geltend machen können. Telefon- und Faxaktionen beim EG-Ministerrat, Mobilisierung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel u.v.a.m. hätten vielleicht den sang- und klanglosen Abbau dieser sozialstaatlichen Einrichtungen zumindest erschwert.

Im Rahmen des EG-Förderprogrammes für Frauen 'New Opportunities for Women' (NOW) werden nur den Projekten finanzielle Förderung zur Verfügung gestellt, die 1. in einem europäischen Kontext arbeiten und 2. den Frauen, die ausgebildet werden und denen die Möglichkeit geboten wird, im Rahmen des Projekts ihre Kinder betreuen zu lassen. Frauen aus den Neuen Bundesländern, die in Brüssel die europäische Politik erkunden, muß es vor diesem Hintergrund absurd erscheinen, daß sie im europäischen Kontext keine Unterstützung erfahren haben, die Kinderversorgungseinrichtungen in der Ex-DDR zu erhalten und ihnen jetzt - im Rahmen der Förderbedingungen für Frauenprojekte - diese Auflagen gemacht werden.

Wie kann mit dem Ausbau eines Frauennetzwerkes begonnen werden? Zentrale Gründe für die mangelhaft entwickelten

europäischen Frauenstrukturen liegen zum einen im Nichtwissen voneinander und zum anderen in der mangelhaften nationalen Vernetzung der Zusammenschlüsse. Die ausgeprägte Verbands- und Parteienpolitik - mit ihren Abgrenzungen gegenüber anderen - verhindert die gegenseitige Unterstützung. Frauen in den Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und der Frauenbewegung müssen sich nicht nur im nationalen Zusammenhang aufeinander zubewegen - wie dies beispielsweise in der BRD in den 70er Jahren im Rahmen der Aktionen gegen den § 218 gelungen ist -, sondern sich darüber hinaus Wissen über europäische Strukturen aneignen, die ihren Lebens- und Arbeitszusammenhang in den nächsten Jahrzehnten entscheidend beeinflussen werden. Dieser Aneignungsprozeß kann dazu beitragen, die Beschränktheit der regionalen bzw. nationalen Handlungsstrategie vor der fortschreitenden europäischen Einigung zu erkennen und dazu beitragen, ein Europa der Regionen aufzubauen, dessen Lebensqualität nicht nur durch die Ökonomie bestimmt wird.

### Annäherung jetzt

Die Voraussetzung, um einen Annäherungsprozeß von Frauen im internationalen Kontext zur Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien voranzutreiben, ist das gegenseitige Kennenlernen 'vor Ort' durch Erkunden der Lebens- und Arbeitszusammenhänge, Konflikte, Strategien der Frauenzusammenschlüsse in den anderen Ländern. Frauen können trotz aller national und regional bedingten Unterschiede voneinander lernen und ihre 'Human Resources' im Sinne einer Solidargemeinschaft nutzen, statt sich selbst mit ihren Interessen und Bedürfnissen in den Hintergrund zu stellen und ihre Fähigkeiten allein der Ökonomie unterzuordnen. So wissen beispielsweise Frauen in der Bundesrepublik, Frankreich und den anderen Ländern in Europa über den italienischen Zusammenschluß "Frauen gegen die Mafia" in der Regel noch nicht einmal, daß er existiert - geschweige denn, daß eine europaweite Frauenorganisation im Aufbau begriffen wäre, die dazu beitragen könnte, der Ausbreitung mafioser Strukturen in Europa entgegenzutreten.

Die bereits bestehenden europäischen Frauennetzwerke können für die Kontaktaufnahme zu den Frauenzusammenschlüssen in anderen Ländern genutzt werden. Die bereits bestehenden Zusam-

menschlüsse von Frauen sind ein Anfang für ein Europa der Bürgerinnen und können von den Frauen der Institutionen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Gruppen angeschrieben werden, um internationale Kontakte zu knüpfen, damit Frauen einander in ihren unterschiedlichen Lebenswelten kennenlernen, um Möglichkeiten einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit entwickeln zu können. Eine andere Möglichkeit zur Kontaktaufnahme wären Studienseminare, die die Erkundung der Lebensrealität der Frauen in anderen Ländern zum Thema haben. Diese können sowohl Impulse für die Arbeit vor Ort geben, als auch der erste Schritt in Richtung internationaler Zusammenschlüsse sein. Frauenzusammenschlüsse können sich an nationale oder regionale Organisationen wenden, die Erfahrungen und das Know-How im internationalen Austausch haben wie Dolmetschern, Zuschußakquisition, qualifizierte Programmorganisation, Kinderbetreuung.

Das Ziel solcher Studienseminare wäre die Begegnung und der Austausch mit Frauenorganisationen und -gruppen in anderen Ländern der EG. Das Erkennen von Parallelen und Unterschieden der Problemlagen, Strukturen und Bedingungen läßt sich besser vor Ort und durch sinnliche Erfahrungen erkunden als durch die Lektüre von Büchern. Das gegenseitige Kennenlernen in einem solchen Seminarzusammenhang ersetzt keine Adressenliste und kann der erste Schritt zur Vernetzung sein.

Die strukturelle Schwierigkeiten, in denen sich insbesondere die Frauen mit Familie befinden, können überwunden werden. Viele Träger der Weiterbildung bieten bereits Kinderbetreuung an oder tun dies auf Aufforderung. Auch die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten vieler Frauen müssen kein unüberwindbares Hindernis darstellen. Hier sind die Institutionen, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften gefordert, Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Dadurch würden sie beweisen, daß sie sich die Frauenförderung nicht nur auf die Fahnen schreiben, sondern in die Tat umsetzen.

1. S.: Europäisches Netzwerk von Frauen, Frauen und Armut in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel 1989. Der Schlußbericht ist in deutscher Übersetzung zu beziehen bei: LAG Soziale Brennpunkte, Frauenreferat, Moselstr. 25, 6000 Frankfurt/Main 1.
2. Das EG-Programm 'Horizon' stellt finanzielle Hilfen für die berufliche Förderung von Behinderten und das Programm 'New Opportunities for Women' hat die berufliche Frauenförderung zur Aufgabe.

# NEU

## Katharina Gröning Beratung in kommunalen Gleichstellungsstellen

Zehn Jahre nach der Errichtung der ersten kommunalen Gleichstellungsstelle in der Bundesrepublik verzeichnen wir heute mehr als 1000 dieser Institutionen. Diese Förderung der Frauenbewegung hat sich so breit durchsetzen können, ist eine eingehende Analyse der Entwicklung in den letzten Jahren geboten. Antworten auf viele ungelöste Fragen eines emanzipatorischen Beratungsskizzen für Frauen im Rahmen der institutionellen Handlungsbedingungen kommunaler Gleichstellungsstellen.

230 Seiten, Buchhandelspreis DM 35,-

Ich bestelle direkt bei spw

Exemplar von "Beratung in kommunalen Gleichstellungsstellen" zum Preis von je DM 35,- (incl. Versand)

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Schneiden und einsenden an: spw Verlag, Kieler Str. 13, 2000 Hamburg 90

# im Mai



# Gentechnikkritik oder "Hilfloser Antikapitalismus"?

von Marianna Schauzu\*

(Replik auf den Artikel "Gentechnik ohne Ende" von Dr. Marliese Dobberthien, MdB, in spw 2/93)

Marliese Dobberthien kritisiert nicht nur das Gentechnikgesetz (wobei man über die der Kritik zugrundeliegende Interpretation an vielen Stellen streiten kann!) sondern formuliert auch erhebliche grundsätzliche Vorbehalte gegen die Anwendung dieser Technik. Ihre Argumentation stützt sich dabei weniger auf eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Stand von Wissenschaft und Technik sondern kolportiert vor allem die seitens vieler Gentechnikgegner eher emotional ins Felde geführten Vorbehalte.

## Der Nutzen der Gentechnik

Ihre Fragen "nach Zweck, Ziel und Nutzen der Gentechnik und Fragen nach Gefährdungspotentialen und Risikobewertung, aber auch Fragen nach der ethischen Bewertung menschlichen Forschungsdranges" erscheinen mir daher weniger geeignet, dem Laien ein objektives Urteil zu ermöglichen als vielmehr vorhandene Unsicherheiten und Ängste zu bestätigen. Ein Beispiel: Der fiktive Verbraucher würde vielleicht die von ihr aufgeworfene Frage nach dem Nutzen einer Tomate, die "zwar frisch aussieht, jedoch bereits uralt ist", anders beantworten, wenn er gleichzeitig Informationen über das Prinzip des genetischen Eingriffs in den Reifungsprozess der Tomate erhielte. Er würde dann erfahren, daß Reife weniger mit dem "Alter" der Tomate sondern vielmehr mit Enzymfunktionen zusammenhängt, die normalerweise durch Umweltfaktoren beeinflusst werden. Mit Hilfe der Gentechnik kann die Ver-

rottung der Frucht durch die zeitweilige Abschaltung des dafür verantwortlichen Enzyms verzögert werden, ohne dabei die Aromaentwicklung zu beeinträchtigen (wer holländische Tomaten kennt, wird das zu schätzen wissen). Der Frischegrad, der sich dadurch auszeichnet, daß der Verrottungsprozeß noch nicht eingeleitet ist, wird dadurch nicht beeinflusst.

Übrigens: Die Verbesserung des Nährwertes, des Geschmacks und der Haltbarkeit von Lebensmitteln, wie auch die Anpassung von domestizierten Tieren nach Kriterien der Nützlichkeit und des Schönheitsempfindens (man vergegenwärtige sich nur die Vielfalt "modischer" Hunderassen), wurde vom Menschen seit Jahrhunderten angestrebt und hat auch mit konventionellen Züchtungsmethoden bereits zu Neuschöpfungen über Artengrenzen hinweg, wie z.B. der Nektarine aus Pfirsich und Aprikose oder dem Maulesel aus Pferd und Esel, geführt. Die Gentechnik ist nicht mehr als eine Erweiterung des Methodenspektrums der Züchtung auf molekularer Ebene, mit dem Vorzug der sehr gezielten Eingriffsmöglichkeit.

Eine objektive Meinung kann sich nur der bilden, der ausreichenden Zugang zu sachlichen Informationen hat. Da diese Voraussetzung im Wissenschafts- und Technikbereich nur sehr schwer realisierbar ist, besteht die Gefahr der Reduzierung auf eine Glaubens- und Vertrauensfrage. Die Forderung nach Mitbestimmung wird dann zu einem demokratischen Symbolakt. Umso notwendiger ist es, wenigstens den Versuch einer Abwägung von Risiken und Chancen, von angestrebten Zielen und realen Interessen zu unternehmen. Für wenig hilfreich halte ich es, wenn die Argumentation der "Linken" auf ein dem Zeitgeist angepaßtes Amalgam konservativ-christlicher Werte und vordergründige Kapitalismuskritik reduziert wird.

Die so von Marliese Dobberthien gegen

die Anwendung der Gentechnik formulierte Kritik läßt das Bedürfnis nach einer möglichst unberührten Umwelt, aber auch tiefes Mißtrauen gegenüber Forschung und Industrie erkennen. Die Forderung nach "naturbelassenen Lebensmitteln" und nach "Anpassung der Produktion an die jeweils inländischen Bedürfnisse" ist zwar emotional nachvollziehbar vor dem Hintergrund der Überproduktion in den Industriestaaten und dem Hunger in der dritten Welt. Sie läßt aber völlig unberücksichtigt, daß eine gerechte Verteilung erst dann mit Aussicht auf dauerhaften Erfolg gefordert werden kann, wenn auch eine Entwicklung der Produktivkräfte stattfindet. Der Zusammenbruch der "realsozialistischen" Systeme in unserer Nachbarschaft hat uns gerade erst wieder daran erinnert, daß der Aufbau gerechterer Gesellschaftssysteme nicht funktioniert, wenn statt Reichtum nur Mangel zu verteilen ist.

## Radikale Kritik ?

Die Kritik muß, will sie radikal und konstruktiv sein und auf Veränderung zielen, die Produktionsverhältnisse zum zentralen Angriffspunkt machen. Sie muß einer Entwicklung, nicht einer Behinderung der Produktivkräfte das Wort reden und dies verbinden mit der Forderung nach gesellschaftlicher Mitbestimmung bei der Entscheidung darüber, was und wie produziert wird. So wäre es dringend notwendig, beispielsweise Pharmafirmen dazu zu bringen, statt ein weiteres neues Kopfschmerzmittel zu entwickeln - für das es offensichtlich einen lukrativen Markt gibt - mehr Forschungsgelder für AIDS-Therapeutika oder andere Medikamente gegen in Ländern der Dritten Welt verbreitete Krankheiten, für die es keinen finanzkräftigen Markt gibt, auszugeben. Wichtiger als der Erdbeeranbau mit Hilfe von Eis-minus-Bakterien im Winter wäre

in der Tat die Entwicklung ertragreicherer und widerstandsfähiger Reis- oder Hirsesorten für die Hungergebiete dieser Welt.

## ... und die Moral

Die von Marliese Dobberthien aus moralischen Gründen kritisierte Patentierung von Erfindungen ist ein wesentliches Prinzip der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Kritik sollte auch hier nicht auf die Gentechnik beschränkt werden sondern grundlegender ansetzen. Kritikwürdig ist z.B. der Umstand, daß Wissenschaftler, die auf Kosten der Gesellschaft ausgebildet wurden und mit öffentlichen Mitteln Forschung betreiben und damit in die Lage versetzt werden, Erfindungen machen zu können, persönlich davon profitieren, wenn sie diese patentieren lassen. Die Gesellschaft sollte das Recht auf die uneingeschränkte Bereitstellung des erworbenen Wissens durch den Wissenschaftler einfordern. Unter den gegebenen Bedingungen der Weltordnung wird allerdings den Staaten

der dritten Welt der Zugang zu gentechnisch veränderten Nutzpflanzen mit höheren Erträgen, zusätzlichen Nährwertkomponenten und Resistenzen gegen Schädlingsbefall genauso versperrt bleiben wie zu den wirksamen, aber eben teuren Arzneimitteln und Impfstoffen, die mit herkömmlichen Methoden produziert werden. Umgekehrt wäre es ebenso eine Illusion, die Probleme dieser Welt allein mit Hilfe der Gentechnik lösen zu wollen, solange die Verteilungsmechanismen nicht verändert sind. Aber einige Voraussetzungen für ein angenehmeres Leben könnte die Gentechnik als Weiterentwicklung traditioneller Züchtungsmethoden durchaus bieten.

Eine Diskussion über neue Wirtschaftskonzepte, die die Probleme der dritten Welt lösen helfen, ist überfällig. Moralische Appelle, basierend auf dem Respekt vor göttlicher Schöpfung und der Angst vor unverständenen Phänomenen, mögen zwar Fans im Lager grün-christlicher Ethiker ansprechen, reichen aber erfahrungsgemäß nicht aus, um Veränderungen der Produktionsverhältnisse herbeizuführen. Gefordert sind vielmehr

Sachverstand und konstruktive Lösungsvorschläge.

## Anmerkung

Marliese Dobberthien sieht beispielsweise Sicherheitsdefizite darin, daß "Arbeiten und Anlagen zu Forschungszwecken ... auf niedriger Sicherheitsstufe nur angemeldet" (und nicht genehmigt) werden müssen und "öffentliche Anhörungen ... nicht vorgesehen" sind. "Lediglich" die ZKBS sei anzuhören, "beteiligte Kreise" sowie die "(Fach-)Öffentlichkeit" seien bei der Risikobewertung gentechnischer Arbeiten ausgeschlossen, kritisiert sie. Nach der Lektüre des GenTG und der zugehörigen Verordnungen stellt sich das anders dar: Danach hat der Gesetzgeber neben den Sachverständigen verschiedenster Fachdisziplinen die Besetzung der Kommission durchaus mit fachkundigen Personen "beteiligter Kreise" vorgesehen, um auch den dort vorhandenen Sachverstand in die Beratungen der Kommission einfließen zu lassen (vgl. die Amtl. Begründung zum GenTG in: Gentechnikrecht, Materialsammlung, Hrsg. Horst Hasskarl, 1991). So sind neben einem Vertreter der Wirtschaft sowie der forschungsfördernden Organisationen denn auch Delegierte aus den Bereichen Gewerkschaften und Arbeitsschutz (für die Beschäftigten), aus den Umweltschutzorganisationen (für die gesamte Öffentlichkeit) in der ZKBS vertreten

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf

### Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Maastricht

1993 - ca. 250 S. - ca. DM 34,00 - ISBN 3-924550-79-4

Wahre Wunder soll die Herstellung des Gemeinsamen Marktes bringen: mehr Wachstum, weniger Inflation, mehr Beschäftigung, mehr Wettbewerb, bessere Versorgung, mehr Wohlstand. Die Idee Europa ist faszinierend... Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus eine historische Herausforderung.

Boy Lütjé / Christoph Scherrer (Hrsg.)

### Jenseits des Sozialpakts

Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA

1992 - 205 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-69-7

Wenig bekannt ist über die Konflikte und Kämpfe, die in vielen Bereichen der US-Wirtschaft in den letzten Jahren um die Einführung neuer Technologien und Japanische Modelle der Arbeitsorganisation geführt wurden. Über Erfahrungen in diesen Auseinandersetzungen berichten kritische US-KollegInnen aus Automobilindustrie, Bergbau, Häfen, Luftverkehr, Telekommunikations- und Computerindustrie.

Holm-Dettev Köhler

### Spaniens Gewerkschaftsbewegung.

Demokratischer Übergang - Regionalismus - ökonomische Modernisierung

1993 - 350 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-75-1

Der vorliegende Band ist nicht nur eine detaillierte, materialreiche Entwicklungsgeschichte der spanischen Gewerkschaftsbewegung vom Kampf gegen die Franco-Diktatur bis zum Beginn der 90er Jahre. Er liefert darüber hinaus eine theoretisch fundierte Analyse des ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Modernisierungsprozesses der spanischen Gesellschaft, in den die ArbeitnehmerInnen eingebunden werden.

Abo-Bestellformulare und Gesamtverzeichnisse beim Verlag:

## PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton: eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich 58,- DM (plus Porto). Das Einzelheft kostet 18,- DM.

## PROKLA 90

Regionalisierung der Weltgesellschaft

Mit Beiträgen von:

John Holloway: Reform des Staats:  
Globales Kapital und nationaler Staat  
Sol Picciotto: Die Krise des nationalen Staats  
Ull Jähner: Migration - Asyl - Ausländerfeindlichkeit

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a • 4400 Münster • Tel: 02 51 / 6 08 60 80

## Blick in die Welt

von Heinz-Gerd Hofschien

Am Tag nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts durch den Bundestag schrieb die "FAZ" in ihrem Leitkommentar: "Insgesamt haben es die Bürger aber mit erstaunlichem Langmut ertragen, daß die Politiker über Jahre hin nicht in der Lage oder willens waren, angesichts einer mehr und mehr außer Kontrolle geratenen Zuwanderung zu handeln. Viel Verbitterung ist entstanden über die Arroganz jenes Teils der politischen Klasse, der nicht verstehen will, daß nicht jeder nur darauf wartet, mit den Errungenschaften des Multikulturalismus beglückt zu werden. ... Sie verbitten sich mit Recht politische Belehrungen und sie dürfen sagen: Jetzt ist es genug". Einen Tag später verbrannten Bürger, die nicht mit den Errungenschaften des Multikulturalismus beglückt werden wollen, und die nach erstaunlichem Langmut zeigten, daß es jetzt genug sei, fünf türkische Frauen und Kinder in Solingen bei lebendigem Leibe. Als es nach diesen Morden zu Ausschreitungen kam, bemerkte Friedrich Karl Fromme an gleicher Stelle: "Nicht zu übersehen ist, daß es radikale Türken-Organisationen gibt, die gern mit 'Gegengewalt' antworten: Für Gäste in einem fremden Land ist das ein heikles Unterfangen." Wie heikel es für "Gäste" bei uns ist, erfährt man seitdem aus dem täglichen Brandanschlagsbericht. Nur für die Schreibtischtäter der "Frankfurter Allgemeinen" ist ihre wohlformulierte Hetze offensichtlich ganz unheikel.

Lettland, befreit vom bolschewistischen Joch, kehrt in die mitteleuropäische Kultur zurück: Die von den Sowjets verurteilten Judenmörder der lettischen SS-Einheiten werden rehabilitiert und einige haben auch bereits in der Bundesrepublik Rente für ihre Dienstzeit bei der Waffen-SS beantragt, die sie auch erhalten werden. Da kann es nicht verwundern, daß ein Bremer Rechtsradikaler, der ehemalige "Bildzeitungs"-Reporter Werner Joa-

chim Siegerist, der besonders durch eine Rufmordkampagne gegen Willy Brandt und durch sein Eintreten für Rudolf Heß bekannt geworden ist, auf der Liste der "Lettischen Bewegung der Nationalen Unabhängigkeit (LNNK)" am 6. Juni für das Lettische Parlament kandidierte. In seinem Wahlbezirk ließ Siegerist Tausende von Bananen verteilen und die LNNK erzielte dort ein zweistelliges Ergebnis. In der in Riga erscheinenden Wochenzeitung "Jurnala" verteidigte der bekannte lettische Politikwissenschaftler Vilnis Zarins diese Aufbauhilfe Ost mit dem Argument, daß der Feind der Feinde des lettischen Volkes ein Freund Lettlands sei.

In den USA, in Großbritannien und Frankreich ist der Unmut groß über die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien, die durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens den dortigen Bürgerkrieg befördert habe. Der Herausgeber der "Foreign Policy", Charles W. Maynes, meinte Ende Mai in der "New York Times", "Deutschlands voreiliges Bestehen auf der Anerkennung Kroatiens ohne gleichzeitige Garantien für Minderheiten war ein Desaster", und auch der amerikanische Außenminister äußerte sich kürzlich in ähnlicher Weise. Sie haben wohl recht, denn als sich Kroatien in seiner Verfassung zum Staat des kroatischen Volkes deklarierte und die Serben nur zur geduldeten Minderheit, hätten sich die Serben - immerhin 14 Prozent der Bevölkerung Kroatiens - berechtigterweise bedroht gefühlt. Ein Gefühl, das durch die Erhebung des faschistischen Ustaschar-Emblems zur Nationalflagge und durch die summarische Entlassung der serbischen Richter und Polizisten in Kroatien noch verstärkt wurde, wie die "New York Review of Books" schreibt. Interessant ist die Erklärung der "FAZ" auf solche - wie sie meint - "angelsächsische Vorliebe für die Serben": "Besonders geschickt waren die Serben darin, die jüdischen Intellektuellen für ihre Sicht zu gewinnen". Und weiter: "Ende 1991 hatte zwar Genscher die längst fällige Anerkennung der neugeschaffenen Realitäten in Jugoslawien zum Durchbruch gebracht. Es war das erste Mal, daß sich Frankreich und England nach dem Krieg in einer europäischen Angelegenheit nach den deutschen Vorstellungen zu richten hatten - ein Umstand, der noch heute in gewissen Kreisen Englands und Frankreichs wie ein Trauma zu wirken und völlig irrationale politische Thesen zu produzieren scheint." So zerstreut das Zentra-

lorgan des deutschen Besitzbürgertums auf das Schönste die irrationalen ausländischen Traumata, sich künftig nach den Vorstellungen eines imperialistischen, antisemitischen und gewalttätigen Deutschlands richten zu müssen.

Neues von der siegreichen Gesellschaftsordnung des Marktes: Das brasilianische Parlament hat in einem Bericht über den Hunger festgestellt, daß 80 der 150 Millionen Brasilianer ihren täglichen Bedarf von 2400 Kalorien nicht decken können. Täglich verhungern 1000 Kinder im Alter bis zu einem Jahr. Fünf Millionen Kinder im Alter bis zu sieben Jahren leiden an Unterernährung. Die Großgrundbesitzer - zwei Prozent der brasilianischen Landwirte - besitzen über 50 Prozent des gesamten Ackerlandes. In den USA steht es besser. Dort hungern nur 30 Millionen Menschen, wie eine Studie im Auftrag des Kongresses jetzt festgestellt hat. Allerdings hat sich die Zahl der Hungernden seit Mitte der 80er Jahre verdoppelt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1991 für die 4,7 Mio Hunde, 5,2 Mio Katzen und 60 Mio Hausvögel insgesamt 2,6 Mrd. DM für Fertignahrung ausgegeben, wie die Tierfutterfirma Effem bekannt gab. Die 5,7 Mio Einwohner des Tschads haben hingegen nur ein Bruttosozialprodukt von 2 Mrd. DM.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß die rund 650.000 Haus- und Wohnungsbesitzer in den neuen Bundesländern für ihre zu DDR-Zeiten aufgenommenen Kredite rückwirkend seit dem Tag der Vereinigung am 3. Oktober 1990 die im Westen marktüblichen Zinsen bezahlen müssen. Für ihre teils zinslosen, teils billigen Kredite (bis maximal 4,5 Prozent) bei den staatlichen Banken der DDR müssen die Ostdeutschen nun 8,5 Prozent und mehr an diejenigen westlichen Kreditinstitute bezahlen, die die DDR-Banken zum Teil zum Nulltarif übernommen haben. So wächst zusammen, was zusammen gehört. Nur einige wenige in Kohls "blühenden Landschaften" in Ostelbien scheinen nicht recht froh zu sein, daß wir nun wieder ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern geworden sind, wie ein Graffiti auf dem Leuchtturm von Warnemünde zeigt: "Macht keine Tierversuche - nehmt Wessis".

# Die Wiederkkehr der Langeweile

## Historische Überlegungen zum Versanden der Umweltbewegung in den Verhältnissen

von Christoph Spehr\*

Sind es Erfolge? Sind es keine Erfolge? Allein die Tatsache, daß für beide Antwortmöglichkeiten eine gleich lange Kette plausibler Argumente, schnell bei der Hand ist, sollte zum Mißtrauen gegenüber der Frage Anlaß geben, "ob die Umweltbewegung Erfolg hatte". Wer Lust am Absurden hat, kann noch weitere Antwortvarianten sammeln: gerade der Erfolg der Umweltbewegung sei ihr eigentlicher Mißerfolg; oder, im vordergründigen Mißerfolg liege gerade ihre heimlich Stärke; oder, gelernt zu haben sich mit halben Erfolgen zufriedenzugeben, sei der neue Durchbruch, usw...

Wirklich unbestreitbar jedoch an der derzeitigen ökologischen Bewegung ist ihre fundamentale Langeweile. Was die "Professionellen" von den frustrierten Renegaten unterscheidet, ist ihre Bereitschaft, trotz dieser Langeweile weiterzumachen. Aber niemand wird ernsthaft behaupten, die Umweltbewegung sei aktuell besonders aufregend. Langeweile ist das vorherrschende Gefühl bei den Aktiven. Langeweile herrscht als Abwesenheit neuer Ideen, Konzepte und Aktionen. Die Fragen nach Befreiung, Sinn und Solidarität sind weitgehend ausgetrieben. Jemand muß es halt machen, aber Spaß macht es nicht.

Meine These ist, daß das Gefühl der Langeweile eine jener spontanen Intentionen auf das Richtige ist, die uns auf den Kern der Sache führen können, während der Diskurs um den Erfolg oder Nichterfolg sie nicht zu packen bekommt. Der Mensch langweilt sich ja nicht einfach, weil er nichts zu tun hat; sondern weil er nicht erkennen kann, daß sein Handeln oder Nicht-handeln irgendetwas zu einer Veränderung seiner Lage beitragen könnte, unter der er leidet. Die Langeweile der Umweltbewegung ist die unbewußte Wahrnehmung dessen, daß die ökologische Bewegung in der Regel als Weichspüler eines Übergangs im gesellschaftlichen Naturverhältnis wirkt, den das gesellschaftliche System wahrscheinlich ohnehin irgendwann vollzogen hätte. Und sie ist die unbewußte Wahrnehmung dessen, daß die ökologische Bewegung wieder einmal ihr soziales Argument verloren hat: daß sie aktuell nicht in der Lage ist, irgendjemand

ein Versprechen auf Befreiung, und nicht nur auf die raffinierte Verlängerung unseres langweiligen gesellschaftlichen Zustands, zu geben.

Durch den Rückblick auf die Geschichte der ökologischen Bewegung könnten eine Begrifflichkeit und ein historisches Bewußtsein erarbeitet werden, die uns das Aufgeben der Verdrängung erleichtern. Die vorliegenden Ausführungen verstehen sich als Anregung dazu und skizzieren,

- \* wie die ökologische Bewegung immer wieder Auswege aus einer Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses mit vorbereitet hat, die ökologischen Widersprüche damit aber eher verschärft wurden;
- \* daß sie die Integration in die gesellschaftspraktische Umsetzung des veränderten Naturverhältnisses immer wieder mit der Abspaltung ihres sozialen Arguments erkaufte; und
- \* daß sie ab diesem Zeitpunkt nurmehr nützliches vollziehen, aber nichts mehr gestalten kann.

## Industrialisierung und künstliche Umwelt

Bekanntlich wurden, entgegen der herrschenden Geschichtsklitterung, die Menschen nicht von den Folgen der Industrialisierung überrascht. Schließlich markierte die Industrialisierung weder den Beginn der anthropogenen Umweltzerstörung, noch den Anfang der ökologischen Bewegung. Sowohl die ökologischen, als auch die sozialen und die internationalistischen Folgen wurden gesehen.

Die Industrialisierung des 19. Jahrhunderts etablierte ein gesellschaftliches Naturverhältnis, das sich als "künstliche Umwelt" umschreiben läßt: durch Faktoreinsatz, also Maschinen und Chemie und damit letztlich fossile Brennstoffe und Rohstoffe, konnten nationale Staatswesen sich von den Grenzen einer regenerativen Landwirtschaft befreien, was der Kolonialismus allein nicht vermocht hatte. Äußere Macht und innerer ökologischer Umbau zur Gesamtfabrik ließen sich wechselseitig ineinander umsetzen und hochschaukeln. Auf lange Sicht waren männliche qualifizierte Lohnarbeiter und Unternehmer die gewinnenden Schichten. Ihre soziale Stellung wurde gestärkt, und ihre Existenz hing von der nationalistischen Machtentfaltung ebenso ab, wie sie davon profitierten.

Die wichtigsten Versuche, ökologische Kritik und soziale Befreiung zu verbinden, fanden sich an anderer Stelle - zum Beispiel in

den sozial-ökologischen Experimenten der amerikanischen Landkommunen im Fourierschen Geist. Ausgehend von einer Kritik der ökologischen, hierarchischen und patriarchalischen Implikationen der Industrialisierung, wurde hier Selbstversorgung, Egalität und Aufhebung der Geschlechterrollen geprobt. Wie die meisten derartigen Ansätze, auch in anderen Ländern, gingen diese Versuche an ihrer sozialen Isolierung oder ihrer politischen Unterdrückung ein.

Zum Mainstream ökologischer Bewegung entwickelten sich dagegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts technischer Arbeitsschutz, Stadtplanung und verblüffenderweise Tierschutz, der sowohl in Deutschland, als auch in Großbritannien und in den USA eine jähe Blüte erlebte. Hier wurde eine verborgene soziale Basis aufgespürt: die emotionale und ästhetische Verarmung in einer industrialisierten Gesellschaft. Hier wurde offen mit dem sozialen Dünkel gewuchert: die Damen mit ihren Federhüten seien schuld am Vogelmord, die Hahnen- und Hundekämpfe der Unterschicht eine primitive Grausamkeit. Und hier stellten sich bald alle Symptome des Erfolges ein: Vereine mit steigender Mitgliederzahl, öffentliche Resonanz, Aufgreifen von Vorschlägen durch die staatliche Bürokratie und Gesetzgebung.

## Emotionalisierung der Natur im Imperialismus

Das gesellschaftliche Naturverhältnis des reinen, unreflektierten Raubbaus und der künstlichen Umwelt ohne Pufferzonen war an seine Grenzen gestoßen, wo es die physische und psychische Reproduktion der Menschen im eigenen Nationalstaat nicht mehr aufrechterhalten konnte. Die ökologische Bewegung leistete Formulierungshilfe und Aufklärung für den Übergang zu einem veränderten Konzept gesellschaftlichen Naturverhältnisses dem der Emotionalisierung von Natur als fiktiver Gegenwart zur Industrialisierung und Entfremdung, vor dem Hintergrund einer tatsächlichen erweiterten Internationalisierung des Raubbaus.

Der Durchbruch dazu vollzog sich um die Jahrhundertwende in größeren nationalen Debatten, in denen die Endlichkeit der nationalen Ressourcen und die daraus folgenden Konsequenzen diskutiert wurden. In diese Debatten schalteten sich Vertreter und Vertreterinnen der ökologischen Bewegung prononciert mit ein; aber der Kern der Auseinandersetzung wurde von ihnen mißverstanden. In der amerikanischen Diskussion am Beginn der Progressive Era, in der auch der Begriff conservation erstmals Karriere

\* Christoph Spehr, Historiker, Bremen

machte, standen letztendlich die Ängste vor der totalen Weltmarktabhängigkeit gegen die politische Notwendigkeit, nur durch eine derartige ökonomische Beschleunigung den stabilisierenden Klassenkompromiß aufrechterhalten zu können. Im Deutschen Reich war es ähnlich. Die umweltpolitischen Ergebnisse waren entsprechend mager; die beschleunigte Expansionspolitik hinein in den Ersten Weltkrieg war die wichtigere Konsequenz.

Erst in den 20er Jahren erreichte die ökologische Bewegung wieder einen Boom wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, und es war wieder eine gesplante Karriere. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden z.B. im Deutschen Reich eine ganze Reihe von grünen Landkommunen, einige davon auf explizit ökosozialistischer Grundlage wie die von Paul Robin, die auf die Unterstützung der linken Bewegung für ihre Experimente hofften. Diese blieb jedoch aus. Die Opposition dieser frühen Alternativbewegung gegen Industrialisierung, Zentralisierung, Hierarchisierung und Entfremdung, die sie der kapitalistischen Entwicklung ebenso vorwarf wie der kommunistischen Aufbaupolitik in der SU, war für die politische und gewerkschaftliche Linksbewegung nicht zu verdauen. Auf der anderen Seite etablierte sich zwischen 1920 und 1940 eine zweite Generation von Lobby-Organisationen, die neben die erste Generation vom Ende des 19. Jahrhunderts trat: in den USA waren dies Gruppen wie die Izaak Walton League und die Wilderness Society, im Deutschen Reich der Bund Heimatschutz.

## Ökotaylorismus im Großraum

Alle diese Organisationen waren ausdrücklich wirtschaftsfriedlich, und während es mit der ländlichen Alternativbewegung zuende ging, hatten sie Erfolg. Sie gewannen an Mitgliedern, setzten verschiedene Lobby-Ziele in der Gesetzgebung durch, und viele aus diesen Organisationen stiegen in den 30er und 40er Jahren in neugeschaffene staatliche Funktionen im Umweltbereich auf. Das galt für Leopold in den USA ebenso wie für Schoenichen und Lindner im nazistischen Deutschland.

Die Vorstellungen und Leistungen dieser Umweltbewegung paßten in die Transformation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, ohne daß sie sich dessen im klaren gewesen wäre. Das betraf einmal die Wende zur fordistischen Freizeitgesellschaft, die ein tayloristisches Nebeneinander von intensiver Massenproduktion und natur-

nahen Erholungsräumen für die breite Masse einer nationalisierten Arbeiterschaft installierte. Das betraf ferner die Lösung der Rohstoffversorgung und der nationalen sozialen Frage in einer politischen Ökologie des Großraums.

Die hochindustrialisierten Zentren - Deutschland, die USA, Großbritannien, Japan vor allem - gingen in den 30er und 40er Jahren an die Umsetzung von politisch-ökologischen Strategien, nach denen die soziale Herrschaft im Industriezentrum nur aufrechtzuerhalten war, wenn es in einen von ihm direkt zu kontrollierenden Großwirtschaftsraum eingebettet war, aus dem es sich bedienen und in den es alle negativen Seiten des Produktionssystems exportieren konnte. Das berührte sich eng mit dem Krisenszenario, das von ökologischer Seite für die eigene Nation gemalt wurde: Rohstoffverknappung, Zerstörung der natürlichen Ressourcen (z.B. Bodenerosion), physische und psychische Verelendung in einer monotonen Produktionsweise, Ruinierung der direkten Umwelt durch Inwertsetzung.

Im Zugriff auf die "Syntropieinseln" (Öl und strategische Rohstoffe), auf externe Fremdarbeit, aber auch auf Landschaft (Tourismus) und blanke Fläche (erzwungener Übergang zu Monokultur-Produktion, z.B. im deutsch besetzten Südosteuropa) wurde die eigene Nation - genau genommen ihre Dominanzethnie - an die Spitze einer Pyramide von Produktionsweisen und Lebensverhältnissen gesetzt, die auch ökologische Lebensqualität berücksichtigte. Ganz im Sinne von Hitlers Diktum: die "Hauptsache ist, daß der letzte deutsche Pferdebursche höher stehen muß als einer der Eingeborenen außerhalb dieser Zentren." Das NS-Deutschland ging dabei in der Bestialität der Mittel am weitesten, indem es die durch diese Transformation entstehenden überflüssigen Esser direkt vernichtete. Nicht in den Mitteln, wohl aber in den Zielen ähnelten sich die politisch-ökologischen Großraumkonzepte des Staatskapitalismus sowohl untereinander, als auch der unter amerikanischer Ägide durchgesetzten Nachkriegs-Weltordnung.

Dieses gesellschaftliche Naturverhältnis des ökologischen Großraumtaylorismus wurde ernsthaft erst wieder in den späten 60er Jahren herausgefordert. Die Protestbewegung der späten 60er hatte einen eminenten Gehalt an polit-ökologischer Kritik: griff sie doch den bürgerlichen Lebensstil mit seiner Einheit aus Konsumismus und globalem Militarismus an und begriff die Einheit von technokratischer Machtentfaltung und sozialer Unterdrückung. Dies wurde dort besonders deutlich, wo sie sich als radikalf-

ministische Bewegung, als militante schwarze Bewegung und als marginalisierte Aussteigerbewegung zunächst keine Integration ins System erhoffen konnte.

## Denaturalisierte Rekonstruktion

Mit dem Club-of-Rome-Bericht 1972 und der Ölkrise 1973 wurde überdeutlich, daß wiederum ein Ausweg aus einer Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses gefunden werden mußte. Die raum-tayloristische Beiseitstellung von Natur-Versatzstücken funktionierte nicht mehr, sie brach unter den Immissionen des Produktionssektors zusammen. Trotz der Globalisierung wurden Grenzen des puren Verschwendungssystems sichtbar, die Endlichkeit der Rohstoffe wurde wieder zum Thema wie zuletzt um die Jahrhundertwende.

Das neue Konzept der denaturalisierten Rekonstruktion, für das viele Detailbeobachtungen der ökologischen Bewegung aufgegriffen wurden, kam am sichtbarsten in der Gründung von Umweltministerien zum Ausdruck. Es bestand vor allem in intensiverem technischen Umweltschutz, der über die sekundäre Intervention hinausging; rationalerer, effektiverer Rohstoffverwertung; und EDV-gestützter, verwissenschaftlichter Rekonstruktion von Einzelaspekten von Natur. An die Stelle der beiseite gesetzten Natur trat die künstlich gelenkte Natur. Man könnte auch von der Idee eines Umweltschutzes durch Reichtum sprechen: gerade von den neuen technologischen Möglichkeiten, ob nun Atomenergie, Gentechnik, Informationssystemen oder Saatgutmanipulation, erwartete man Lösungen für die ökologische Problematik.

Daß die Widersprüche der politischen Ökologie damit letztendlich vertieft und verschärft wurden, wissen wir und bedarf hier keiner Erläuterung. Ebenso wissen wir aus eigener zeitgenössischer Anschauung, daß die Kräfte der ökologischen Bewegung, die in den 80er Jahren in vielfältiger Weise etabliert und integriert wurden, über die Verwirklichung des oben skizzierten Programms hinaus nur sehr geringe Modifikationen anbringen konnten.

In den späten 80er Jahren erleben wir dann wieder einen neuen Boom der ökologischen Bewegung; wiederum einen gespaltenen. Eine Vielzahl neuer Gruppierungen bildet sich, angefangen mit Earth First! u.a. in den USA, wo die Frage der ökologisch motivierten Sabotage ("ecotage") breit diskutiert und praktiziert wurde, ähnlich wie hierzulande die Frage der direkten Militanz in der Anti-Atomkraft-Bewegung und im

Widerstand gegen neue Großtechnologie-Projekte. Mit den theoretischen Ansätzen der feministischen Ökologie, der sozialen Ökologie und der Wahrnehmung der grassroot movements in der Dritten Welt wurde erstmals ein tatsächlicher ökologischer Internationalismus zumindest vorstellbar.

## Ökologisch Wirtschaften und selektives Überleben

Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Konzept der denaturalisierten Rekonstruktion bereits wieder aufgegeben ist, und daß die Kritik der ökologischen Bewegung dies forciert und erleichtert hat. Aber der Kaiser ist nicht nackt. Alles deutet darauf hin, daß wir uns bereits im Übergang zu einer neuen Phase des gesellschaftlichen Naturverhältnisses befinden; und der beunruhigende Erfolg der ökologischen Bewegung heute, gemessen an ihrer Integration in die politische Administration und ihrer partiellen Resonanz bei den Entscheidungsträgern, geht damit einher.

Der Anspruch auf perfekte globale Rekonstruktion der Naturzusammenhänge ist aufgegeben. Die soziale Basis ökologischer Forderungen umfaßt Mehrheiten in den Industriezentren, soweit die eigene, nationale Überlebensperspektive betroffen ist. An diesem Punkt werden auch reale Grenzziehungen für die globale Industrieproduktion durchsetzbar; die Clinton-Administration wird diese Entwicklung nachvollziehen, indem sie die totale amerikanische Blockadepolitik bei den entsprechenden Abkommen (Globale Erwärmung, Artenschutz, Tiefsee) aufweichen wird. Vor allem aber wird sie die USA an die Öko-High-Tech heranführen, bei der die BRD und Japan vorn sind. Ökologisch Wirtschaften heißt heute zunächst, daß Ökologie big business ist, mit dem am stärksten expandierenden Zukunftsmärkten, wo an der Naturzerstörung doppelt verdient werden kann. Und diese Öko-High-Tech kann in der Tat erstaunliches.

Zur unruhlichen vollen Wahrheit gehört aber, daß wir uns auf ein gesellschaftliches Naturverhältnis des selektiven Überlebens zubewegen. Unterhalb des ökologischen Super-GAU's wird die ökologische Rechnung des globalen Produktionssystems nicht von jedem in gleichen Anteilen bezahlt. Der Häufung von Flutwellenkatastrophen im Indischen Ozean, die vermutlich mit treibhausbedingten Klimaveränderungen zusammenhängt, fielen bereits eine halbe Million Menschen in Bangladesch

zum Opfer - einem Land, das zu arm ist, sich durch Öko-High-Tech davor zu schützen. Auch in den Industriezentren selbst kommt es zu einer ökologischen Stratifikation. Allgemeine Gesundheitsgefährdungen durch Umweltzerstörung wirken sozial selektiv, entweder weil sie überdeterminiert auftreten mit Faktoren wie psychischem Stress und sozialer Marginalisierung (Immunerkrankungen), oder weil die Abschwächung der Gefährdung abhängig ist von individuellen finanziellen Möglichkeiten (Ernährung, Einrichtung) oder der Durchsetzungsmöglichkeit von Gruppen (Arbeitsplatz, Wohnumfeld).

Gezielte Beeinflussung von ökologischen Zusammenhängen wird zu einem festen Bestandteil von Politik und zu einer zentralen Kategorie der Auseinandersetzung zwischen Staaten, Regionen und sozialen Gruppen. Ökologischer Verteilungskampf wurde bereits beim UNCED-Prozeß deutlich. Gestiegenes Umweltbewußtsein in den Industrieländern geht Hand in Hand mit ökologischem Kolonialismus, von dem der Giftmüllexport nur ein besonders plastischer Ausdruck ist. Die Selektion wird von den Privilegierten billigend in Kauf genommen oder sogar gezielt angegangen: als globale Bevölkerungspolitik oder stillschweigend bei Aids.

\*\*\*

Wir können davon ausgehen, daß es hier viel zu tun gibt und die aktuelle Professionalisierung der Umweltbewegung noch einiges an Integration und Erfolgen aus dem Umbruch ziehen kann - daß sie auf dieser Grundlage das Konzept des gesellschaftlichen Naturverhältnisses aber nicht herausfordern kann. Man muß das nicht in moralischen Kategorien diskutieren. Die Abspaltung des sozialen Arguments von der ökologischen Bewegung war jeweils eine Reaktion auf die sozialen Kräfteverhältnisse. Keine soziale Bewegung kann wirklich verhindern, daß sich das herrschende System aus dem Vorrat seiner Einzelideen und Personen bedient. Alle Versuche der Grünen, ihre Professionellen zu kontrollieren, sind gescheitert; die Wahl bestand immer nur zwischen Tolerierung und Spaltung. Irgendjemand wird es tatsächlich immer machen, auch wenn unter subjektivem Bedauern über den Verlust des sozialrevolutionären Glambours. Hier schließt sich der Kreis zum eingangs beschriebenen Gefühl der Langeweile und des Weitermachens.

Der wesentliche Prozeß spielt sich woanders ab: entlang der strategischen Frage, welche sozialen Kräfte mit einem sozialen Argument der ökologischen Bewegung gebündelt werden können. Dies maximal auszuschöpfen, ist der kritische Punkt; auch

wenn niemand sagen kann, wann damit vielleicht eine substantielle Veränderung der herrschenden Weltordnung erkämpft werden kann. Eine solche Bündelung kann nur durch ein radikales soziales Argument zusammengehalten werden. Ökologie als Inhalt verhindert nicht, daß der Parameter der Verteilungskämpfe und Stratifikation durchschlägt.

Das soziale Argument der Ökologiebewegung hat nichts an Aktualität verloren: daß Rassismus, Sexismus, Kolonialismus, Marginalisierung, Entfremdung und Hierarchie in der politischen Ökologie des Produktionssystems verwurzelt sind und es deshalb geändert werden muß, wenn Überleben auch Befreiung beinhalten soll. Das soziale Argument kann nicht an idealistische Landkommunen delegiert werden, sondern muß in bestimmte Mittelfristperspektiven von Ausstieg und Abwicklung überführt werden: etwa wo es um alternative Regionalentwicklung geht, oder bei internationalistischen Partnerschaften von Städten oder Regionen. Bedingung ist immer, daß bei allen Umbaukonzepten das tatsächliche Ausmaß an globaler Externalisierung offengelegt ist - bekanntlich tun genau dies Ökobilanzen und Umweltengel nicht.

Vor allem aber führt kein Weg daran vorbei, zwischen den verschiedenen sozialen Widerstandsbewegungen die Auseinandersetzung um das soziale Argument der Umweltbewegung offensiv zu führen. Daß dies kaum geschieht, ist der eigentliche Skandal der ökologischen Bewegung. Wer die feministische Kategorie der Ökologie ebenso ignoriert wie die klassischen kollektiven Subsistenzutopien der schwarzen Communities, wer die heute ökologisch Selektierten nur als Objekt für verbesserte Planung begreift und die eskalierenden Militärinterventionen als Element einer sich abzeichnenden Öko-Diktatur akzeptiert, der muß sich nicht wundern, wenn er am Ende allein dem Establishment gegenübersteht, das ihm seine große Hand reicht.

Wir brauchen tatsächlich Anstrengungen auf eine wirkliche Kritik der politischen Ökologie, die in der Lage ist, für ein so weites Feld von Kräften und Aspekten ein verbindendes soziales Argument herauszuarbeiten. Davon sollten wir uns nicht durch Lamentieren über den ideologischen Abfall der Professionalisierung abhalten lassen. Das ist langweilig.

Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift "Politische Ökologie", Mai/Juni 1993



## Stadt der Inseln

### Die sozialräumliche Ausdifferenzierung "metropolitane" Stadtregionen

von Renate Borst  
und Stefan Krätke\*

Seit den 80er Jahren ist in allen großen Städten der hochindustrialisierten Länder eine verstärkte ökonomische, soziale und räumliche Polarisierung zu beobachten, die soziale Konflikte verschärft und kulturelle Differenzen wieder stärker hervor-treten läßt. Auch in den bundes deutschen Großstädten haben die Umbau- und Spaltungsprozesse eine Dynamik erhalten, die

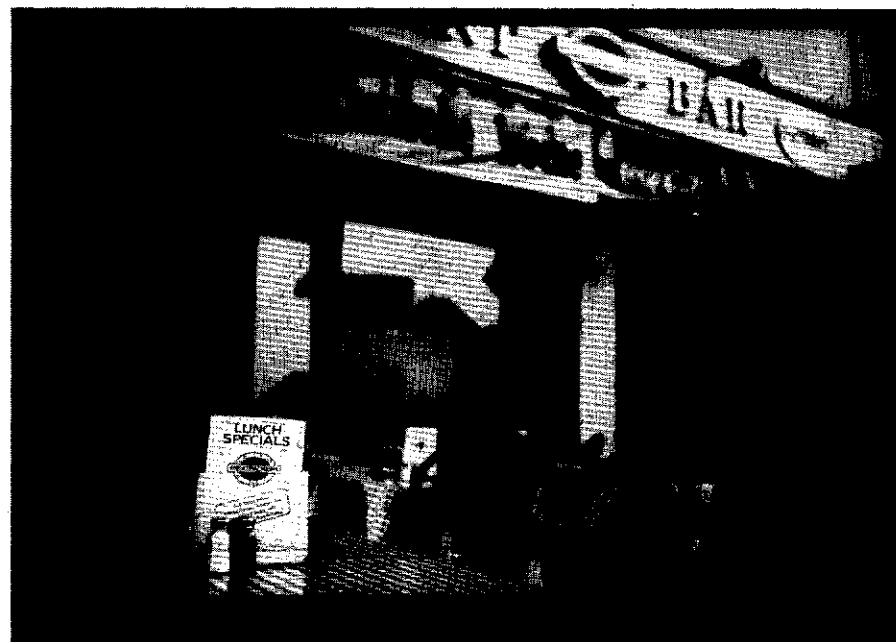
umfassen

1. die zunehmende Internationalisierung von Produktion und Kapitalverwertung,
2. die Flexibilisierung von Produktion und Arbeitsmarkt,
3. die Veränderung politisch-institutioneller Regulationsformen,
4. die Polarisierung des Arbeitsmarktes, der Beschäftigten- und Sozialstrukturen und nicht zuletzt

Niedergang, während sich andere Städte und Regionen zu neuen Wachstumszentren entwickeln. Die zunehmende Internationalisierung und Flexibilisierung von Produktion und Kapitalverwertung führt zu einer gesteigerten Mobilität des Kapitals. Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung produzieren transnationale Unternehmen an weltweit verstreuten Standorten für den Export auf weltweit verteilten Märkten, während bedeutende überregionale Kommando- und Kontrollfunktionen der kapitalistischen Weltwirtschaft in bestimmten Großstädten - den sog. *global cities* oder *Metropolen* - selektiv konzentriert werden.

Diese Städte werden zu "geographischen Knotenpunkten" einer transnational organisierten Ökonomie. Sie werden zum Standort von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entscheidungszentren mit einer Vielzahl dazugehöriger unternehmens- und konsumorientierter Dienstleistungsbetriebe. Der Ausbau dieser Städte zu international konkurrenzfähigen "Dienstleistungsmetropolen" mit hochrangigen Kulturangeboten und luxuriösen Konsumzentren für die städtischen Eliten der modernen kapitalistischen Gesellschaft bringt eine ausgeprägte Polarisierung des städtischen Arbeitsmarktes mit sich. Es entstehen nicht nur hochqualifizierte und hochbezahlte Arbeitsplätze für sog. Fach- und Führungskräfte. Vor allem im Bereich der produktions- und konsumorientierten Dienstleistungen schaffen sie auch ein erweitertes Feld für die Anwendung von gering qualifizierter, ungesicherter Niedriglohn-Arbeit.

Die zunehmende Polarisierung des städtischen Arbeitsmarktes spiegelt sich in der innerstädtischen Entwicklung wider: Die Formen sozialräumlicher Ungleichheit, die schon lange vor der gegenwärtigen Umbruchphase die Strukturen kapitalistischer Großstädte charakterisierten, beginnen sich zu verändern: Die "Zonen



bestimmte Bevölkerungsgruppen - unter ihnen Immigranten und viele Frauen - zunehmend an den Rand der Gesellschaft drängen. Die in den großen Städten erfahrbare Ausdifferenzierung und Polarisierung lokaler Lebensverhältnisse ist Bestandteil weitreichender ökonomisch-sozialer Umbauprozesse in kapitalistischen Gesellschaften. Diese Umbauprozesse

5. die Entwicklung neuer Haushaltsstrukturen, neuer "Lebensstile" und Konsummuster in Richtung auf eine verstärkte Individualisierung der Lebensführung.

Auf der städtischen und regionalen Ebene ist der gesellschaftliche Formationswandel in all diesen Dimensionen mit neuen Mustern der räumlichen Entwicklung verknüpft: So kommt es zu einer "Rehierarchisierung" des Städtensystems. Ehemals bedeutende Zentren industrieller Produktion stagnieren oder erleiden einen

\* Renate Borst, Stadtsoziologin, Berlin;  
Dr. Stefan Krätke, Professor für Planungsökonomie, Hamburg

der Herrschaft und des Luxus" und die kleinräumig verteilten Orte des "gehobenen Wohnens" für die Bessergestellten dehnen sich im Zentrum der Metropolen ebenso aus wie die "Inseln der Armut" in den innerstädtischen Altbauwohnquartieren oder in randständischen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus. Die "Verinselung" der kapitalistischen Stadt mit einer mehr kleinräumigen Ausdifferenzierung ihres sozial-räumlichen Gefüges korrespondiert mit der gesamtgesellschaftlichen Tendenz einer fortschreitenden Heterogenisierung von Beschäftigten- und Sozialstrukturen und der Fragmentierung sozialer Lebenszusammenhänge.

Zwar werden die *städtischen Umbau- und Spaltungsprozesse* "außerhalb" der Städte durch übergreifende gesellschaftliche Restrukturierungsprozesse in Gang gehalten, sie *müssen* aber "innerhalb" der Stadt bewältigt werden. Die gesellschaftliche Durchsetzung neuer Produktionskonzepte, Konsummuster und Reproduktionsformen wird auf der lokalen Ebene mit Hilfe neuartiger flexibler Regulationsformen städtischer Politik unterstützt. Auch das Konzept der "multikulturellen Gesellschaft" gehört zu einem neuen, flexiblen Umgang mit der zunehmenden Spaltung der Stadt. Die lokale "Bewältigung" globaler Probleme wird zur spezifischen Aufgabe der Städte bzw. des lokalen Staats (Krätke/Schmoll 1987).

### Neue internationale Arbeitsteilung und Polarisierung städtischer Arbeitsmärkte

Die Entwicklungsdynamik der städtischen Metropolen im "post-fordistischen Zeitalter" und die Intensität städtischer Umbau- und Spaltungsprozesse ist nach dem "global city"-Konzept durch die Rangstellung dieser Großstädte im weltweit vernetzten Städtensystem bestimmt. Das "global city"-Konzept stellt die Existenz einer funktionalen Hierarchie der Städte im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft heraus (Wallace 1990). Die städtischen Metropolen erhalten ihre Rangstellung im Städtensystem nicht aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktionen für die umgebende Region, sondern auf Basis ihrer transregionalen wirtschaftlichen Kommando- und Kontrollfunktionen

und ihrer Fähigkeit zur Zentralisierung von (weltweiten) Kapitalströmen.

Restrukturierungsprozesse in der Städtehierarchie sollen nach diesem Konzept aus Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung erklärt werden (Cohen 1981). Neu an der gegenwärtigen internationalen Arbeitsteilung ist die Tatsache, daß sie nicht mehr von Unternehmen mit einer "nationalen Identität", die mit ihren Produkten weltweit Handel betreiben, geprägt wird. Vielmehr ist die internationale Arbeitsteilung heute von transnational organisierten Unternehmen bestimmt, die in zahlreichen Ländern zugleich operieren und ihre Transaktionen häufig sogar unternehmensintern durch ein weltweites Netz von eigenen Unternehmensabteilungen realisieren können. Diese Unternehmen stützen sich auf *neue Produktionskonzepte* und Managementstrategien, die für die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung genauso bedeutsam sind wie der Einsatz neuer Technologien, die flexible Produktionsmethoden ermöglichen (wie z.B. CAM und CIM-Systeme). Zu den neuen Produktionskonzepten gehört insbesondere das "worldwide sourcing", d.h. die systematische Nutzung der weltweit unterschiedlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen - z.B. durch Auslagerung standardisierter Produktionslinien in Städte der "Dritten Welt" und durch die transnationale Organisation von Lieferverflechtungen. Ferner die *Flexibilisierung* und *Deregulierung* von Beschäftigungsverhältnissen, d.h. konkret die Einführung flexibler Arbeitszeiten und befristeter Arbeitsverträge, die Flexibilisierung des Entlohnungssystems, die des Kündigungsschutzes und des Abbaus der Tarifautonomie. Drittens die Einführung des "just-in-time" Prinzips (Läpple 1989), d.h. die flexible Lenkung des (internen und externen) Materialflusses entsprechend den Produktionsanforderungen der jeweiligen Unternehmen, wobei sich immer mehr ein Netzwerk spezialisierter, kleinerer und mittlerer Betriebe herausbildet, die als Subunternehmen für eine oder mehrere Firmen arbeiten. Die neuen Produktionskonzepte und Managementstrategien finden sich heute sowohl im Bereich klassischer "fordistischer" Industrien wie dem Automobilbau (hier z.B. das Konzept des "world car") als auch im Bereich typischer High-Tech-Industrien wie der Computerfertigung. Während das "worldwide sourcing" eine globale Ausdifferenzierung spezialisierter Produktionsgebiete fördert und dabei u.a.

die Auslagerung standardisierter Produktionslinien in Städte der "Dritten Welt" verstärkt, drängt das "just-in-time" Prinzip eher zur räumlichen Agglomeration von vernetzten, spezialisierten Unternehmen an neuen Standorten (Leborgne/Lipietz 1987), die sich vorzugsweise innerhalb der hochindustrialisierten Länder herausbilden. Die industriellen Produktionsstandorte an den Seen Asiens und Lateinamerikas entwickeln sich dabei zu einer "neo-fordistischen Peripherie" der kapitalistischen Weltwirtschaft (Leborgne/Lipietz 1990; Lipietz 1990), die sich auf ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, extrem niedrige Löhne und hohe Arbeitsintensität unter Anwendung der überkommenen "fordistischen" Massenproduktion mit standardisierten Betriebsabläufen und wenig flexibler Maschinerie stützt. Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse sind im Industriesektor der "Dritten Welt" seit langem verbreitet - neuartig ist eher die Entwicklung, daß die kapitalistischen Großunternehmen (seit den 70er Jahren) in eine umfangreiche Massenproduktion von Industriegütern in Städten der Dritten Welt für den *Re-Export* auf die Märkte in den Städten der kapitalistischen Kernländer investieren (Feagin/Smith 1987; Landsberg 1987; Läpple 1985; Wallace 1990). Auslandsinvestitionen dienen also immer weniger zur Erschließung "lokaler" Märkte im Ausland.

Die erhöhte globale Mobilität des Kapitals hat die fortschreitende Zentralisierung des Kapitals zur Voraussetzung, welche immer größere Kapitalien unter ein einheitliches Kommando bringt. Damit erhält zugleich die Standortverteilung der "Kommandozentralen" erhöhte Bedeutung. Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung produzieren transnationale Unternehmen an weltweit verstreuten Standorten für den Export auf weltweit verteilten Märkten: "Wir kaufen Unterwäsche und Transistorradios, die in Kuala Lumpur hergestellt werden, Volkswagen, die von Türken in Deutschland fabriziert sind, und Bohnen, die von Mexikanern in den USA geerntet werden" (Goldsmith 1987, S.272). Unter den Bedingungen eines weltweiten sozialen Dumping-Wettbewerbs wird es für die Arbeiterschaft der hochindustrialisierten Länder immer schwieriger, ihr vergleichsweise hohes Lohnniveau, ihre relativ guten Arbeitsbedingungen und sozialen Absicherungen zu verteidigen, mit der Konsequenz, daß sie heute in vielen "revitalisierten" städtischen Industrie-

und Gewerbebezonen der Kernländer selbst den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ihrer Brüder und Schwestern aus der "Dritten Welt" ausgesetzt werden.

Während sich die Produktion weltweit diversifiziert - wobei Länder mit einem niedrigen Lohnniveau und schwachen Gewerkschaften bzw. diktatorischen Regimen vom Kapital bevorzugt werden - werden unternehmerische Funktionen, d.h. die Entscheidungen und die Kontrolle darüber, was, von wem, wo und wie produziert wird, in bestimmten Großstädten - den Metropolen oder sog: global cities - selektiv konzentriert. Diese Städte werden zu "geographischen Knotenpunkten" einer transnational organisierten Ökonomie. Sie werden zum Standort von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entscheidungszentren mit einer Vielzahl dazugehöriger unternehmens- und konsumorientierten Dienstleistungsbetrieben.

In den Metropolen der kapitalistischen Weltwirtschaft sind vielfältige Prozesse der ökonomischen Restrukturierung zu beobachten: sie umfassen sowohl die Schließung "traditioneller" Industriebetriebe als auch die Neugründung von Unternehmen im High-Tech-Sektor oder im Dienstleistungsbereich, aber auch die Entstehung neuer "sweatshops" im produzierenden Gewerbe, in denen vor allem Immigrantinnen zu Arbeitsbedingungen schufteten müssen, die aus der Dritten Welt "reimportiert" scheinen. Indem "Dritte Welt"-Arbeitsbedingungen auch in die Städte der hochindustrialisierten Länder "heimgebracht" werden (Goldsmith 1987), spart man sich partiell den traditionellen Export solcher Jobs in die Städte Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung werden diese Kernstädte weiter zu "Dienstleistungsmetropolen" ausgebaut, d.h. treffender ausgedrückt: zum Standort von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entscheidungszentren sowie einer Vielzahl dazugehöriger produktions- und unternehmensorientierter Dienstleistungsbetriebe. Dabei entstehen auf der einen Seite hochrangige und hochbezahlte Arbeitsplätze in den Bereichen Unternehmensführung, Organisation und Marketing, Finanzen und Versicherungen, Immobilienhandel, Rechts- und Unternehmensberatung, EDV-Dienste, Forschung und Entwicklung, auf der anderen Seite wachsen zugleich die "niederen" Dienstleistungsjobs, entstehen massenhaft gering ent-

lohnte, wenig qualifizierte und meist ungeschützte Arbeitsplätze im Bereich von Bürohilfstätigkeiten, Reinigungs- und Botendiensten, der Gastronomie, in Hotels, urbanen Freizeiteinrichtungen und privaten Haushalten (Sassen-Koob 1984; Marcuse 1988; Mayer 1990; Soja 1990). Dazu gehört auch eine starke Zunahme von illegaler Leiharbeit und Schwarzarbeit. Gleichzeitig reduzieren sich im Zuge von Prozessen der Deindustrialisierung die Arbeitsplätze dauerhaft beschäftigter (Fach-) Arbeiter mit mittleren Einkommen (Häusermann/Siebel 1990). So entsteht eine doppelte Spaltung des städtischen Arbeitsmarktes: einmal die zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zum anderen die Spaltung zwischen "hochrangigen" und "niederen" Arbeitsplätzen. Für die "niederen" Dienstleistungen stellen Frauen - und hier vor allem Immigrantinnen - das flexible Hauptreservoir dar. Entlang der Trennungslinien, die hauptsächlich durch Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit bestimmt sind, entsteht innerhalb der Metropolen und städtischen Wachstumszentren eine polarisierte Beschäftigungsstruktur, die die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarkts weiter vorantreibt. Vom Umbau der Stadt zur "Dienstleistungsmetropole" wird die (überwiegend männliche) Gruppierung hochbezahlter Fach- und Führungskräfte profitieren, während die Masse der Erwerbssuchenden - darunter viele Frauen und Immigrantinnen - um die "niederen" und prekären Jobs konkurrieren oder ihr Überleben durch "informelle" Wirtschaftsaktivitäten sichern muß.



Städte in der  
"Dritten Welt"

In den Städten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat sich allerdings eine *Polarisierung von arbeits- und sozialräumlichem Gefüge* herausgebildet, deren Ausmaß in den Großstädten hochindustrialisierter Länder bei weitem nicht erreicht wird: Das "moderne" Stadtzentrum wird vielfach von einem Ring aus Slumgebieten umzogen, oder es bilden sich im innerstädtischen Bereich in

unmittelbarer Nachbarschaft zu Baustellen, Bürohäusern, großen Fabriken oder Bahnstationen *Slum- und Squatter-Siedlungen als "Inseln" der Armut* heraus. Diese Quartiere der Armen, in denen die Mehrheit der Stadtbevölkerung in Asien, Afrika und Lateinamerika lebt, haben vielfältige Erscheinungsformen - sie umfassen klassische Baracken-, Pappkarton- oder Blechdachslums (häufig in der Nähe von Flußläufen oder Eisenbahnlinien), deren Bewohner täglich auf der Suche nach Arbeitschancen ins Zentrum ziehen, oder aus der Kolonialzeit stammende primitive Barackensiedlungen für Arbeiter und Büroangestellte, oder zu Ruinen verfallende Altstadtviertel, in deren Mauern die Armen mitunter "mehrstöckige" Barackensiedlungen errichten (z.B. Wohnen in Bretterverschlägen auf verschiedenen Etagen oder auf den Dächern).

Ökonomisch ist die Situation der Slumbewohner durch unregelmäßige Beschäftigung, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und geringe Einkommen, die häufig das Existenzminimum unterschreiten, gekennzeichnet. Der desolate bauliche Zustand und die Überfüllung innerstädtischer Slums hängt mit der Armut der Bewohner zusammen: zwar ist bauliche Selbsthilfe bei diesen Bevölkerungsschichten seit jeher weitverbreitet, doch können sie vielfach nicht die benötigten Materialien erwerben; zudem sind die Slumbewohner ständig mit der Suche nach Arbeit und Einkommen beschäftigt, so daß sie meist gar nicht die Zeit haben, sich ausreichend um ihre Wohnungen oder Häuser zu kümmern. Der Zustand baulicher Degradation wird durch das Fehlen gesicherter Nutzungsrechte noch verstärkt.

In den Städten der "Dritten Welt" sind das Wohnen und Arbeiten meist auf engstem Raume integriert. So stellen die innerstädtischen Quartiere die räumlichen Verankerungspunkte eines ausgedehnten "informellen Sektors" dar, dessen Beschäftigtenanteil in den Städten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zwischen 40 und 70 liegt (mit wachsender Tendenz). Der "moderne" Industriesektor (mit "neofordistischen" Strukturen) umfaßt in den meisten Städten der "Dritten Welt" nur einen relativ geringen Anteil der Arbeitsplätze. Im Vergleich zu den Städten der hochindustrialisierten Länder ergibt sich hier eine *stark akzentuierte Spaltung des städtischen Arbeitsmarktes*. Das exponentielle Bevölkerungswachstum dieser Städte hat zur *Ausbildung einer*

*"Slum-Ökonomie"* geführt, in der das *Überleben des größten Teils der Stadtbewohner durch vielfältige, aber meist prekäre Arbeitschancen organisiert wird*. Die Abgrenzung zwischen "formellem" und "informellem" Sektor ist u.a. wegen der Heterogenität der Wirtschaftsaktivitäten und Betriebsstätten der Slum-Ökonomie nicht eindeutig vorzunehmen. So existieren z.B. zahllose kleine Läden und Werkstätten, deren Beschäftigte kein reguläres bzw. formelles Arbeitsverhältnis haben. Die Mehrheit der Beschäftigten in den Städten der "Dritten Welt" ist von vertraglich geregelten und gesicherten "formellen" Arbeitsverhältnissen und wirtschaftlichen Austauschbeziehungen ausgeschlossen und dadurch zu höchster Flexibilität gezwungen. Diese Menschen haben seit langem gelernt, unter "deregulierten" Verhältnissen zu agieren.

Vielfach entwickeln sich diese "prekären" Arbeitsverhältnisse komplementär zur "modernen" Stadtökonomie, indem deren Abfälle und Wegwerfprodukte durch die Slum-Ökonomie wieder- und weiterverwertet werden und so Tausenden von Menschen eine Überlebenschance gewähren. Das ganze Spektrum umfaßt Gelegenheits-Dienstkräfte, die täglich ins Stadtzentrum ziehen, über Straßenverkäufer und Kleinhandwerker, bis hin zu kleinen Zuliefererbetrieben für den "modernen" Unternehmenssektor, und Kooperativen, in denen eine Reihe von Haushalten zusammenarbeiten. Ein Teil der Beschäftigten arbeitet direkt für das Quartier, ein Teil für den Bedarf des Stadtzentrums an "niederen" Diensten oder für den "modernen" Sektor als billige Zulieferer. So fungieren sie häufig als notwendige Voraussetzung für den exportorientierten Sektor: Durch die Herstellung billigster Gebrauchsgüter ermöglichen sie die Einhaltung eines relativ niedrigen Lohnniveaus im "modernen" Sektor der Stadtökonomie, und zugleich stellen diese Arbeitskräfte die Nachfrager für industrielle Billigprodukte der modernen Fabriken.

Der städtische Arbeitsmarkt stellt sich für die Mehrheit der Stadtbevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als "lokale Ökonomie der Armut" dar, die durch ein verschachteltes Netz von Klein- und Kleinstbetrieben und die erzwungene hohe Flexibilität der beteiligten Einheiten/Haushalte funktionsfähig gehalten wird - vielfach auf der Basis gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen und extremer Ausbeutung von

Frauenarbeit, Kinderarbeit und Heimarbeit. Eine der Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Slum-Ökonomie scheint die quartiersbezogene Vernetzung der kleinen Wirtschaftseinheiten zu sein. Die Austauschbeziehungen innerhalb der Slum-Ökonomie werden nämlich weithin durch ein lokales Netz sozialer Beziehungen vermittelt. Der Arbeitsmarkt ist hier durch eine "Personalisierung von Wirtschaftsbeziehungen" geprägt, die manche Risiken der Armut verringert: so rekrutiert sich die "Belegschaft" von Betrieben der Slum-Ökonomie gewöhnlich aus Leuten, die über eine persönliche Beziehung zum Betriebsinhaber verfügen, abgesehen von den zahllosen Betriebseinheiten, die über Verwand-



schaftsbeziehungen bzw. aus Familienmitgliedern gebildet werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und "informelle" Wirtschaftsaktivitäten absorbieren immer neue Zuwanderer vom Land und verschaffen der anwachsenden Masse der städtischen Armen eine Überlebensbasis, indem sie Verdienstmöglichkeiten auf dem Markt für "niedere" Dienstleistungen und einfachste Gebrauchsgüter auf eine wachsende Zahl von Beschäftigten verteilt, die keinen Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten im "modernen" Sektor der städtischen Wirtschaft haben. In der Slum-Ökonomie werden Arbeitsabläufe auf eine Vielzahl von Einzeltätigkeiten und Transaktionen aufgeteilt und dadurch eine Ausdehnung individueller Erwerbschancen erreicht. So kann die Beschäftigtenzahl wachsen, ohne daß die

beteiligten Haushalte ihre Einkommenssituation nennenswert verbessern. Die Ausdehnung des städtischen Arbeitsmarktes mit "ungeschützten" Beschäftigungsverhältnissen und das Wachstum von Slums oder degradierten Wohnquartieren gehen in den Großstädten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Hand in Hand.

In die Ausländer-Quartiere der metropolitane Zentren der Industrieländer werden nicht "fremde Kulturen" importiert, sondern die *Überlebensstrategien* von Menschen, die lernen mußten, mit extremen Formen der ökonomisch-sozialen Marginalisierung zu leben. Die traditionelle Lebensweise und Kultur der ImmigrantInnen befindet sich in den Städten der "Dritten Welt" unter dem

globalen Einfluß der kapitalistischen "Modernisierung" längst in Auflösung. Beim Import von Arbeitskräften aus der "Dritten Welt" in die städtischen Metropolen der hochentwickelten Industrieländer wird die von den ImmigrantInnen in ihren Heimatländern als Überlebensstrategie erlernte Flexibilität als Ressource für die Durchsetzung eines flexiblen Akkumulationsregimes in die Großstädte der "Ersten Welt" eingebracht. Die ImmigrantInnen aus der "Dritten Welt" bringen zugleich ihre sozialen Organisationsformen mit, die ihnen ein Überleben ermöglichten (u.a. die Personalisierung von Austauschbeziehungen der "informellen" Ökonomie). Dabei bestehen zwischen verschiedenen Völkergruppen größte Differenzen - die Extreme reichen von quasi

„mafiosen“ Strukturen bis hin zu „solidarisch“ organisierten lokalen Gemeinschaften.



### Auf dem Weg zu einer vielfach geteilten Stadt

In den metropolitanen Zentren des Städtensystems gehen Prozesse der Polarisierung von Beschäftigtenstrukturen und Prozesse sozialräumlicher Polarisierung Hand in Hand. Die *Vervielfältigung sozialräumlicher Differenzierungen* läßt sich mit dem Konzept der *„quartered city“* beschreiben (Marcuse 1989): Dieses Konzept sucht die bestimmenden sozialräumlichen Differenzierungen der Städte an charakteristischen Quartieren mit spezifischen Nutzergruppen festzu-



machen und die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen diesen Quartieren zu definieren. Die Hierarchisierung innerhalb der Stadt ist u.a. über Arbeitsbeziehungen zwischen den Quartieren vermittelt. Dabei können 4 bis 5 typische Quartiere der „post-fordistischen“ Stadt qualitativ unterschieden werden:

a) Die *„Stadt der Herrschaft und des*

*Luxus“* - sie erscheint als die Stadt der gesellschaftlichen „Führungseliten“, für die der Stadtraum, insbesondere die City, weniger Wohnquartier als vielmehr ein Ort der Machtausübung (unternehmerische Direktion und Kontrolle) und der Profitaneignung ist. Die Führungseliten sind hoch mobil. Sie können auch in Villen außerhalb der Stadt leben. Wenn sie im Stadtzentrum wohnen, nutzen sie exklusive City-Appartements, die z.B. durch umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen von anderen Wohnquartieren und sozialen Schichten strikt abgeschottet sind. Die Stadt des Luxus dominiert über die anderen Quartiere, doch ist sie von den Dienst- und Arbeitsleistungen der Bewohner anderer Quartiere abhängig.

b) Die *„gentrifizierte Stadt“* - sie dient den Führungskräften und hochbezahlten Spezialisten aller Art als Wohnstandort. Die soziale Gruppe der „gentrifiers“, die überwiegend aus kinderlosen Haushalten mit ein oder zwei Berufstätigen besteht, pflegt einen stark individualisierten, berufs- und konsumorientierten Lebensstil. Ihre Wohnquartiere umfassen aufgewertete innerstädtischen Stadtviertel mit luxusmodernisierten und/oder zu Ei-

gentumswohnungen umgewandelten Altbauwohnungen oder Fabriketagen und luxuriös gestalteten Neubaublocks. Die Bewohner der gentrifizierten Stadt arbeiten in leitenden oder hochrangigen Positionen in der „Stadt der Herrschaft und des Luxus“. Angehörige ethnischer Minderheiten mit ähnlich marktconformer Lebensweise werden weitgehend toleriert.

c) Die *„mittelständische Stadt“* - sie ist Quartier der besserstellten Arbeiterschichten und des kleineren Mittelstands. Sie verspricht „Sicherheit“ für die patriarchalen Kleinfamilien-Haushalte sowie stabile traditionelle Konsummuster. Der „mittelständischen Stadt“ können sowohl suburbane Einfamilienhausgebiete, als auch innenstadtnahe gelegene „bürgerliche“ Miethaus-Viertel zugeordnet werden. Die Bewohner dieser Quartiere verfügen über stabile Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse und sind bestrebt, sich von den „unteren“ Schichten und ethnischen Minderheiten abzugrenzen.

d) Die *„Mieter-Stadt“* - sie umfaßt die Quartiere der schlecht entlohnten Arbeiterschichten und Dienstleistungsbeschäftigten mit häufig ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Die Mieter-Stadt gewährt keine Sicherheit und Stabilität, sondern ist stets von den Flächenansprüchen „höherer“ Nutzungen oder vom ökonomisch-sozialen Niedergang und baulichen Verfall bedroht. Nach ihrer baulich-räumlichen Gestalt umfassen diese Quartiere die klassischen Arbeitermietenkaserne-Viertel ebenso wie „neue“ Großsiedlungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Die Bewohner der Mieter-Stadt stellen die große Masse der Arbeitskräfte städtischer Industrie- und Gewerbebezonen und der Dienstleistungsbeschäftigten, die in der „Stadt des Luxus“ und in der „gentrifizierten Stadt“ die untergeordneten Arbeitsfunktionen in meist ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen erfüllen. Der Anteil von Angehörigen ethnischer Minderheiten an dieser sozialen Gruppierung ist relativ hoch.

e) Die *„aufgegebene Stadt“*, das Getto - sie ist das Quartier der Verarmten, der gesellschaftlich Ausgegrenzten, der dauerhaft Erwerbslosen, die keine Chance regulärer Beschäftigung erhalten. Die „aufgegebene Stadt“ ist gewöhnlich auch der Ort, wo sich Angehörige sozial diskriminierter, außerhalb der „Mehrheitsgesellschaft“ stehender ethnischer Gruppen konzentrieren. Gelegenheitsarbeit und „informelle“ Wirtschaftsaktivitäten bestimmen die Existenzbedingungen in diesen Quartieren. Manche Bewohner erhalten die „Chance“, gelegentlich als Dienstkräfte in der Stadt des Luxus, der gentrifizierten und der mittelständischen Stadt, oder in neuen „sweatshops“ revitalisierter städtischer Gewerbebezonen zu arbeiten. Nach ihrer bauräumlichen Gestalt umfassen diese Quartiere dem Verfall preisgegebene Altbau-Viertel, zuneh-

mend aber auch degradierte Neubausiedlungen, sowie in manchen Fällen Obdachlosensiedlungen wie Barackenstädte und Slums an der städtischen Peripherie.

Das Konzept einer vielfach geteilten Stadt erscheint aussagekräftiger als ein „dual city“-Konzept und ist mit den Tendenzen einer ökonomisch-sozialen Heterogenisierung der Städte besser zu verbinden. Die Vervielfältigung sozialräumlicher Differenzierungen bedeutet eine Auflösung großflächiger „Zonen“ städtischer Wohnnutzung in eine Vielzahl besonderer Quartiere, die sich im Stadtraum als Inseln ausbilden. Die Ausdifferenzierung von Wohnquartieren und Arbeitsverhältnissen entwickelt sich in einem korrespondierenden Verhältnis. Die Herausbildung von „Ausländerquartieren“ ist ein Teil dieses Differenzierungsprozesses, der sich auch innerhalb der (deutschen) „Mehrheitsgesellschaft“ vollzieht. In der „aufgegebenen Stadt“ treffen diejenigen Gruppierungen zusammen, die auf die Schattenseite des gesellschaftlichen Polarisierungsprozesses geraten. Die Verschiebung des stadt-räumlichen Gefüges äußert sich im Kontext der „vielfach geteilten Stadt“ einerseits in der Neuentstehung, räumlichen Erweiterung und Verlagerung von spezifischen Quartieren, andererseits in der Restrukturierung von Arbeitsbeziehungen zwischen den Quartieren. Diejenigen Quartiere, die beim gegenwärtigen Umbau der Städte die größte Entwicklungsdynamik (Neuentstehung und/oder Erweiterung) aufweisen, sind die „gentrifizierte“ und die „aufgegebene Stadt“.

Ein bedeutendes Element der sozialräumlichen Restrukturierung von prosperierenden Großstädten und „global cities“ ist die Intensivierung von Gentrifizierungsprozessen, die über eine verschärfte Konkurrenz der Städte um „höhere“ Konsumentenschichten und hochqualifizierte Arbeitskräfte vermittelt wird. Umnutzungs- und Aufwertungsprozesse innerhalb der städtischen „Wohnfunktion“ können ein ebenso großes Gewicht erhalten wie die Umnutzung citynaher Wohnquartiere für expandierende Flächenansprüche von Banken, Unternehmenszentralen und produktionsorientierten Dienstleistungen. Von Aufwertungsprozessen werden vor allem citynah gelegene Wohnquartiere mit guten Wohnumfeldqualitäten, einem guten Angebot an vielfältigen Dienstleistungseinrichtungen und relativ guter Bausubstanz erfaßt. Die Aufwertung innerstädtischer Wohnviertel wird vom Immobilienkapital durch die

Schaffung eines neuen „urbanen Ambiente“ mit luxusmodernisierten Altbauten, postmodernen Neubauten als „Lückenfüller“ und „neuen Räumen der Konsumtion“ organisiert. Durch die baulich-räumliche Um- und Neugestaltung ehemals bürgerlicher oder proletarischer Altbauwohnviertel schafft sich das Immobilienkapital neue Wertungsmöglichkeiten. Gentrifizierungs-Prozesse sind mit Verdrängungsprozessen verbunden: In der Nutzungskonkurrenz um Wohnungen in begehrten citynahen Quartieren setzen sich die Haushalte mit höherem Einkommen gegen die BewohnerInnen mit niedrigerem Einkommen durch.



### Neue Inseln für funktionale Eliten: Die „gentrifizierte“ Stadt und die Ausdifferenzierung von Lebensweisen

Diese neuen Formen des Stadtbbaus sind Konsequenz und Bestandteil von weiterreichenden ökonomisch-sozialen Restrukturierungsprozessen (Smith 1987). Die Aufwertung bestimmter innerstädtischer Wohnviertel und die Verdrängung mittlerer und unterer Einkommensgruppen aus diesen Quartieren ist vor allem mit den sich verändernden Beschäftigungsstrukturen und Einkommensdifferenzierungen, wie mit der Verbreitung stark individualisierter Lebensweisen und neuer Konsummuster in den wachsenden Dienstleistungszentren der hochentwickelten kapitalistischen Länder in Verbindung zu bringen.

Der zahlungskräftigen Nachfrage, die sich auf zentral gelegene Wohnviertel guter Qualität richtet, gehören überdurchschnittlich häufig jene jüngeren, aufstiegsorientierten, mobilen, qualifizierten und gut bezahlten Beschäftigtengruppen an, die sich im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels in den expandierenden großstädtischen Kontroll-, Finanz- und Dienstleistungszentren konzentriert ha-

ben. Empirische Falluntersuchungen von Aufwertungsprozessen in verschiedenen Großstädten der hochentwickelten kapitalistischen Länder weisen einen hohen Anteil dieser sozialen Gruppierung in gentrifizierten Wohnquartieren nach (Laskal/Spain 1980; Smith 1987; Dangschat 1988). Als ein *weiterer Erklärungszusammenhang* im komplexen Prozeß der Gentrifizierung können die *sozialen Prozesse* angesehen werden, die - gemessen an der patriarchalen Kleinfamilie traditionellen Mustern - zu *veränderten „Lebensstilen“* bzw. Reproduktionsweisen *der städtischen Mittelschichten* mit der Folge einer starken innerstädtischen Wohnstandortorientierung führen. Noch in den 70er Jahren zogen jüngere, aufstiegsorientierte, zahlungskräftige Mittelschicht-Haushalte vorwiegend in die Vorortsiedlungen der Großstädte, um dort im Eigenheim oder in der Neubauwohnung das kulturell vorgegebene Kleinfamilienleben zu führen. Im Unterschied zu diesen höheren Einkommensgruppen, die die Prozesse der Suburbanisierung in den 60er und 70er Jahren bestimmt haben, handelt es sich bei den beruflich erfolgreichen Schichten, die in marktconformer Weise seit über 10 Jahren die Innenstädte großer Dienstleistungszentren und High-Tech-Wachstumszentren erobern, überwiegend um Haushalte mit *nicht-kleinfamilialen Lebensformen* und mit anderen normativen Orientierungen und „Lebensstilen“.

Vor allem der Doppelverdiener-Haushalt ohne Kinder mit zwei qualifizierten Erwerbstätigen wird auf Grund seiner beträchtlichen Zahlungsfähigkeit den potentiellen „gentrifiers“ zugerechnet. Dieser Haushaltstyp reflektiert wie der Single-Haushalt jüngerer, alleinlebender Frauen auch die veränderte Stellung von Frauen im Erwerbsebereich und im Bereich der familiären Arbeit: im Sinne der qualifizierten Erwerbstätigkeit von Frauen, der Verbreitung nicht-kleinfamilialer Lebensformen und einer weniger ausgeprägten internen Rollendifferenzierung in nicht-traditionellen Beziehungsformen (Meyer/Schulze 1988).

Die Veränderung der Haushaltsstrukturen bei den städtischen Mittelschichten ist Resultat und zugleich Bestandteil sich verändernder normativer Orientierungen und „Lebensstile“. Für den *„Lebensstil“* der jüngeren, qualifizierten erwerbstätigen, mobilen Beschäftigtengruppe mit hohem Einkommen werden individualistisch-materialistische Verhaltensweisen als typisch angenommen, die mit einer ausgeprägten Berufs- und Karriereorientie-

nung, einem hedonistischen Lebensentwurf im Bereich der Freizeit und des Konsums und vor allem mit der Ablehnung eines kleinfamiliären Lebensmodells einhergehen. Die sozialen Gruppen der Yuppies und Dinks führen im Regelfall ein stark berufsorientiertes Leben, und dies gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Ein hohes Einkommen, Kinderlosigkeit und eine stark individualisierte Lebensführung mit knappen Zeitbudgets bestimmen die Lebensweise der qualifizierten erwerbstätigen Frauen und Männer: Teile der Hausarbeit werden durch eine ganze Palette spezialisierter Waren und kommerzieller oder persönlicher Dienstleistungen ersetzt. Daß haushalts- und konsumorientierte Dienstleistungen überwiegend von Frauen in meist ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden, unterstreicht nur die Tendenzen der sozialen Polarisierung.

Ein an den Bedürfnissen und dem Geschmack dieser Bevölkerungsgruppe orientiertes vielfältiges Angebot an Einkaufsmöglichkeiten und privaten Dienstleistungen im Wohnumfeld ist eine Voraussetzung und Konsequenz des "Yuppie-Lebensstils". Das Bedürfnis nach einer Vielfalt sozialer Beziehungen macht innerstädtische Stadtviertel mit der Nähe zu einer Vielzahl von Kontaktmöglichkeiten durch Kneipen, Kinos, Clubs etc. als Wohnstandort besonders attraktiv (Beauregard 1986). Als Folge der hohen Bewertung individueller Freiräume und Rückzugsmöglichkeiten genießt die eigene Wohnung als Konsumgut eine hohe Priorität. Nachgefragt werden großzügig geschnittene, gut ausgestattete Wohnungen mit genügend vielen Räumen und einer attraktiven architektonischen Gestaltung: "Bürgerliche" Altbauwohnungen aus der Gründerzeit, neu ausgebaute Dachwohnungen, Fabriketagen in Mischgebieten oder Wohnungen in "postmodernen" Neubauten können diese Ansprüche erfüllen. Vor allem auf Altbauwohnungen in bevorzugten innerstädtischen Wohnlagen geht von dieser Bevölkerungsgruppe ein massiver Nachfragedruck aus, der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen lukrativ werden läßt.

Und noch etwas ist am Lebensstil der Yuppies auffällig: der sog. demonstrative Konsum: Man/Frau hat Spaß daran zu zeigen, daß man/frau über Geschmack und Geld verfügt. Standardisierte, billige Massenprodukte werden abgelehnt. Nicht-massenproduzierte, sich den Anschein des Individuellen gebende Waren

und exclusive Dienstleistungen werden bevorzugt. Man/frau will sich von der Masse abheben. Auch in diesem Sinne wird die großzügig geschnittene Altbauwohnung mit Jugendstilelementen und Stuckdecken dem 08-15 Bungalow am Stadtrand vorgezogen. Der Vorstadt-Traum ist ausgeträumt. Die neuen beispielgebenden Konsummuster materialisieren sich in den Innenstädten. Neben der edel renovierten Altbauwohnung wird in kurzfristig erreichbarer Nähe jene kulturelle, kulinarische und konsumorientierte Infrastruktur erwartet, die für ein Yuppie-Leben unerlässlich scheint: der schicke Italiener um die Ecke, die exklusive Boutique, das Programmkinos, interessante Museen und hochrangige Theater. Durch ihr hohes Einkommen stellt die "neue Mittelklasse" eine Konsumentenschicht dar, die mit ihrer Nachfrage nach Luxuskonsumgütern, privaten Dienstleistungen und "Erlebniseinkäufen" den Aufwertungsprozess bestimmter innerstädtischer Stadtviertel noch beschleunigt: Bestehende Geschäfte oder Kneipen werden von Investoren aufgekauft und den neuen Nachfragestrukturen gemäß "umgewandelt". In den Großstädten bilden sich "neue Räume der Konsumtion" (Smith 1987) heraus, die im Rahmen des allgemeinen gesellschaftlichen Strukturwandels eine aktive Rolle bei der Differenzierung und Hierarchisierung von Konsummustern spielen.

Für die Entwicklung neuer Wohnformen und Wohnstandortpräferenzen ist die Herausbildung eines neuen "postfordistischen" Konsummodells, das den nivellierenden Massenkonsum industriell hergestellter, standardisierter Konsumgüter ablöst, von größter Bedeutung. Die Produkt-Differenzierung, Kleinserienproduktion und den neuen Haushaltstypen entsprechende Angebote erhalten ein zunehmendes Gewicht. Dabei setzen die Bedürfnisse und Erwartungen der neuen städtischen Mittelschichten die Standards. So gelten für die Marktforschung vor allem der junge Doppelverdiener-Haushalt und die qualifizierte erwerbstätige Frau als "Trendsetter" im Konsum von Waren und Dienstleistungen. Insgesamt wird eine wachsende Polarisierung im Einkaufsverhalten festgestellt, die die wachsende Polarisierung der Einkommen widerspiegelt. Marktforscher sprechen von der Polarisierung der Kunden in sog. BilligkäuferInnen und in PrestigekäuferInnen und vom "Verlust der Mitte" (unter der vor allem die traditionellen Kaufhäuser zu leiden haben).

Der vertieften Spaltung und Ausdifferenzierung der Lohnabhängigen entspricht die Diversifizierung des Konsumgüter- und Dienstleistungsmarktes in standardisierte, billige Massenprodukte bzw. Dienstleistungen und in nicht-massenproduzierte, sich den Anschein des "Individuellen" gebende Waren und "exklusive" Dienstleistungen. Neue, rasche Expansion versprechende Märkte wie in der "fordistischen" Phase des Massenkonsummodells mit Absatzfeldern, die vor allem mit der Suburbanisierung und Automobilisierung verbunden waren, sind bei dem - bisher nur in Konturen erkennbaren - "postfordistischen" Konsummodell nicht in Sicht. Stattdessen scheint sich eine Veränderung in der gesellschaftlichen Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen in Richtung auf einen "Überkonsum" der oberen Ränge der Gesellschaft anzudeuten (Lipietz 1990). Ein Moment der Auflösung des "fordistischen" Konsummodells, quasi von innen heraus, kann darin gesehen werden, daß die Standardisierung, Vermehrung und Verbilligung industrieller Konsumgüter die soziale und kulturelle Differenzierung der "neuen Mittelschichten" zu der übrigen Masse der Lohnabhängigen über den Konsum von Waren und Dienstleistungen geradezu herausfordert. Unter diesem Aspekt erscheint Gentrifizierung als ein "Prozeß", der soziale Unterschiede und kulturelle Differenzen wieder deutlicher machen soll. *Die Aufwertung des Konkurrenzprinzips trägt dazu bei, nicht nur die bestehenden sozialen Ungleichheiten zu vertiefen, sondern auch noch zu "kultivieren"*.

Die soziale und kulturelle Abgrenzung von innerstädtischen Wohnquartieren der neuen wohlhabenden Mittelschichten wird durch die Produktion von "symbolischem Kapital" unterstützt. "Symbolisches Kapital" umfaßt nach Harvey (Harvey 1990) diejenigen (Luxus)Güter und Accessoires, die den Geschmack und den besonderen ökonomisch-sozialen Status ihres(r) Besitzer(in)s bezeugen sollen. Unter dem aufkommenden Regime flexibler Akkumulation wird der kulturellen Unzufriedenheit städtischer Mittelschichten mit dem normierten und nivellierenden Massenkonsum der "fordistischen" auf der Angebotsseite mit Produkten begegnet, die Geschmacksdifferenzierungen und ästhetische Präferenzen in viel höherem Maße berücksichtigen. So erhält Produkt-Differenzierung und Produktion von "symbolischen Kapital" auch in der Umgestaltung von Wohnvierteln und in

der Schaffung eines neuen urbanen "Ambientes" durch das Immobilienkapital ein zunehmendes Gewicht. Bei der Veränderung oder Erneuerung baulicher Strukturen äußert sich die Bildung "symbolischen Kapitals" vor allem in neuen baulichen De- und Ornamentierungen, die als Codes und Symbole für die soziale Abgrenzung fungieren können. "Postmoderne" Architektur erscheint als bauliche Verpackung des flexiblen Akkumulationsregimes (Harvey 1989). Die Wiederbelebung von "Kiez" und Geschichte wird zu einer wichtigen Verkaufsstrategie der Produzenten des "symbolischen Kapitals".

Eine Reihe anderer Autoren versteht Gentrifizierung gar als einen Prozeß, in dem sich eine soziale Gruppe als "neue Mittelklasse" konstituiert (Jäger 1986; Smith 1987; Bondi 1989). Gentrifizierung soll als Wohnform und als Teil eines bestimmten Lebensstils vor allem Individualität ausdrücken und sich von der Homogenität des Vorstadtlebens unterscheiden. Die Suche nach dem Unterschied, nach Vielfalt und Besonderheit inmitten des Massenkonsums kann jedoch frustrierend werden, da kulturelle Unterschiede selbst massenproduziert werden (Smith 1987). Die "neue Mittelklasse" kann ihre soziale Identität nur in Distanz zu anderen sozialen Schichten und Klassen artikulieren. Die Herstellung dieser Distanz beinhaltet nicht nur gestalterische Fragen, sondern auch die "Invasion und Kolonisierung" von Wohnquartieren mit anderen sozialen Strukturen, die notwendigerweise mit Verdrängungs- und Marginalisierungsprozessen verbunden sind (Bondi 1989).

Im Rahmen des von privaten Verwertungsmechanismen bestimmten Wohnungsmarktes und der zunehmenden Verknappung preiswerter Mietwohnungen kommt es gegenwärtig auch mehr und mehr zu Verdrängungsprozessen innerhalb von Gruppen mit niedrigerem Einkommen: In diesen Fällen betreffen Gentrifizierungsprozesse, die zunächst auf "attraktive" innenstadtnahe Wohnviertel beschränkt schienen, weitere Wohnviertel im Stadtgebiet. In den weniger attraktiven Quartieren werden die "marginal gentrifiers" zu Trägern eines sozialen Umnutzungsprozesses, bei dem ebenfalls niedrige Einkommensschichten aus ihren angestammten Vierteln verdrängt werden. Im Unterschied zum "klassischen" Gentrifizierungsprozeß bringt diese Form der Umnutzung zunächst noch keine nachhaltige Steigerung

des Grundrentenaufkommens. Doch entwickelt sich eine sozialräumliche Ausdifferenzierung auch innerhalb von Quartieren, die der "Mieter-Stadt" oder bereits der "gentrifizierten Stadt" zugerechnet werden können.

Auch die Entstehung einer zweiten sozialen Gruppe von "gentrifiers" mit einer ausgeprägten innerstädtischen Wohnstandortorientierung ist im Rahmen der Ausdifferenzierung von Beschäftigungsverhältnissen, des Einkommensgefüges und der städtischen Lebensweisen in den Großstädten der hochentwickelten kapitalistischen Ländern zu sehen. Die soziale Gruppe der "marginal gentrifiers" (Rose 1984), die auch "Pioniere" (Dangschat 1988) oder nach ihren Arbeits- und Lebensformen "Alternative" genannt (Häußermann/Siebel 1987) werden, umfaßt meist jüngere Leute mit hohem Bildungsstand und überwiegend nicht-kleinfamiliären Lebensformen, die soziokulturell den Mittelschichten zuzurechnen sind. Diese Gruppe tritt in Gentrifizierungsprozessen häufig als "Vorläufer" auf und meist wird sie im Zeitverlauf von den Gruppen mit höherem Einkommen ver-

und Lebensweise, einschließlich der Konsumpraktiken. Im Unterschied zu den "echten Gentrifiers" verfügen die "marginal gentrifiers" über ein geringeres Einkommen, und häufig sind sie ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Ein Teil der sehr heterogen zusammengesetzten Gruppe der "marginal gentrifiers" versucht durch Selbsthilfaktivitäten und Tätigkeiten im informellen Sektor, meist verbunden mit staatlichen Transfereinkommen, mit verschlechterten ökonomischen Bedingungen zurecht zu kommen. Sie sind auf niedrige Wohn- und Transportkosten und Stadtviertel mit dichten Versorgungsnetzen angewiesen. Gesucht wird die Nähe zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz, vor allem aber die gute Erreichbarkeit von vielfältigen Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Alleinlebende, nichteheliche Lebensgemeinschaften und Wohngemeinschaften bevorzugen als Wohnstandort innerstädtische Wohnviertel mit einer Vielzahl von Kontaktmöglichkeiten in einer "urbanen" Atmosphäre. Stadtteile, die von einer kulturellen oder subkulturellen Szene geprägt sind und viele Kneipen und Kinos beher-



drängt. Trotz gewisser Gemeinsamkeiten vor allem hinsichtlich des Bildungsstandes und einer in den gesellschaftlichen Umbauprozessen wurzelnden Infragestellung bisher "bürgerlicher" Lebensformen, "fordistische Konsumnormen" eingeschlossen, unterscheiden sich beide Gruppen von "gentrifiers" ganz wesentlich hinsichtlich Einkommenshöhe, Beschäftigungssituation

bergen, sind besonders beliebt (Spiegel 1986).

Besonders für die Gruppe der "marginal gentrifiers" gilt, daß Erfahrungen mit unterschiedlichen Wohn- und Lebensformen einerseits bewußt gewollt sind (Spiegel 1986), andererseits die Ablehnung des kleinfamiliären Lebensmodells als "kulturelle Grundlage der Revitalisierung der Innenstädte" (Häußermann 1988) nicht

nur mit dem Zugewinn an Handlungs- und Gestaltungsspielraum erklärt werden kann, sondern auch mit der zum Teil aufgezwungenen ungesicherten Lebensperspektive vieler jüngerer Leute, die tradierte biographische Muster nicht mehr zuläßt. Dies gilt vor allem für Frauen, für die die traditionelle Ehe- und Familienversorgung brüchig geworden, der Weg in eine gesicherte berufliche Existenz aber nicht weniger gefährdet ist.



### Neue politische Regulationsformen der Städte

Intensität und räumliche Ausdehnung von Gentrifizierungs-Prozessen in einer Stadt sind im konkreten Fall von ihrer Konkurrenzposition innerhalb der nationalen und transnationalen Städte-Hierarchie bestimmt. Die Gentrifizierung bewirkt eine Modifikation von Wohngebietsstrukturen innerhalb des gegebenen städtischen Raumgefüges. Die gegebene Standortverteilung der Wohnfunktionen bleibt erhalten. Neue Räume für gehobene Wohnfunktionen entstehen dort, wo sich der Gentrifizierungsprozeß auf traditionelle innerstädtische Gewerbezone (z.B. die London Docks, die Hamburger Speicherstadt) und aufgegebene Industrieflächen richtet. Insgesamt wird die eher großflächige Funktionsdifferenzierung der "fordistischen" Stadtstruktur durch eine mehr kleinräumige Differenzierung abgelöst bzw. überformt, da Gentrifizierungs-Prozesse räumlich selektiv wirksam sind, d.h. nicht den gesamten Raum innerstädtischer Wohnquartiere betreffen. Dabei entstehen mehr oder weniger ausgedehnte Inseln der Gentrifizierung. Eine "Entstandardisierung" von Stadträumen deu-

tet sich an, die nicht nur von Prozessen kleinteiliger sozialräumlicher Differenzierung (Blasius/ Dangschat 1990) ausgeht, sondern auch von einer Flexibilisierung der Raumnutzung durch die gegenwärtig wieder aufgewertete innerstädtische Mischnutzung, die kleinräumige Überschneidung von Gewerbe und Wohnen.

Seit den 70er Jahren hat sich im Kontext weltweiter ökonomisch-sozialer Restrukturierungsprozesse und einer veränderten internationalen Arbeitsteilung auch die Konkurrenz zwischen den Städten verschärft. Die Durchsetzung eines neuen flexiblen Akkumulationsregimes wird durch die intensivierte Städte-Konkurrenz befördert (Harvey 1988). Städte können als konkurrierende Einheiten innerhalb der kapitalistischen Entwicklungsdynamik begriffen werden, die sich unter Konkurrenzdruck ähnlich wie privatwirtschaftliche Unternehmen verhalten. Stadt wird nicht mehr nur ressort-

gebunden verwaltet, vielmehr sollen Wachstums- und Umstrukturierungsprozesse von der Stadtverwaltung und -politik aktiv initiiert werden. Damit werden die bestimmenden Komponenten des gesellschaftlichen Strukturwandels wie die "Flexibilisierung", "Durchmarktung" und "Deregulierung" zu Maximen einer "unternehmerischen" Stadtpolitik (Mayer 1990). Auf der Ebene des lokalen Staats bilden sich neue politische Regulationsformen heraus, die den ökonomisch-sozialen Umbauprozess der Städte unterstützen. Die politische Steuerung von Prozessen der Stadtentwicklung wird vom lokalen Staat differenzierter gehandhabt:

(a) Zur politischen Einbindung lokaler Oppositionspotentiale werden seit einigen Jahren flexible "weiche" Regulationsformen angewandt. Mit gesellschaftlichen Widersprüchen und sozialen Konflikten wird vom lokalen Staat inzwischen flexibler umgegangen. Besonders auf dem Gebiet der Planungspolitik ist in verschiedenen Städten der Übergang zu dezentralen Regulierungsformen zu beobachten: Stadterneuerung wird nicht mehr als flächendeckendes sozialchirurgisches Gesamtprogramm durchgeführt, sondern lokal differenziert, kleinteilig und flexibel organisiert. Nach oft jahrelangem Kampf und Widerstandsaktionen der von Verdrängung bedrohten Sanierungsbetroffenen wurden zur behutsameren Erneuerung der Altbauwohnquartiere eine Vielzahl von neuen para-staatlichen Trägerformen geschaffen. Eine Aufgabe dieser neuen Trägerformen ist sicherlich darin zu sehen, daß sie durch lokal begrenzte Teilnehmungsmodelle und Partizipationsverfahren die politische Einbindung von lokalen Oppositionspotentialen bewirken, und mit Hilfe begrenzter, lokalisierter Zugeständnisse den "Konsens" der Betroffenen herstellen sollen (Homuth 1987). Trotz erweiterter und flexibler Organisationsformen in einzelnen Stadtquartieren wird aber an dem fortschreitenden Stadtbau zur Anpassung städtischer Lebensräume an neue Verwertungsansprüche nichts geändert. Auf gesamtstädtischer Ebene werden z.B. die Ansprüche des Immobilienkapitals nach wie vor durchgesetzt und durch die Deregulation wohnungswirtschaftlicher Steuerungspotentiale unterstützt. Zugleich fördert die flexible Stadtpolitik soziale und kulturelle Selbsthilfeprojekte als neue Formen einer "Selbstregulierung der Marginalität" (Esser/Hirsch 1987).

(b) Zur Durchsetzung von Kapitalinteressen, insbesondere der Ansiedlungswünsche und Flächenansprüche bedeutender Unternehmen und der Bauprojekte des Immobilienkapitals, werden neue Regulationsformen (und Legitimationstechniken) entwickelt. Die wirtschaftspolitische Konkurrenz zwischen den "Metropolen" des Städtesystems richtet sich vor allem auf die Ansiedlung von Produktionspotentialen, auf die Anziehung "gehobener" Konsumentenschichten mit hohem Kaufkraftpotential, und auf die Ansiedlung oder Expansion von Direktionszentralen der Großunternehmen und Finanzinstitutionen sowie hochrangige Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen (Krätke 1990). Die großen Städte sind bemüht, sich zu transnational bedeutenden Entscheidungs-, Finanz- und Kontrollzentren zu entwickeln. Dazu gehört auch der Übergang zu einer konzentrierten Wirtschafts- und Wachstumsförderung. Zu den neuen politisch-institutionellen Regulationsformen einer "unternehmerischen" Stadtpolitik gehört vor allem die Schaffung von vielfältigen parastaatlichen Entwicklungsträgern und gemischtwirtschaftlichen Organen ("public/private partnerships"), die der öffentlichen Kontrolle und der von Wahlen beeinflussbaren Politikspäre weitestgehend entzogen sind (Gottdiener 1988). Die Flexibilität der neuen Regulationsformen befähigt den lokalen Staat, auf die unterschiedlichen "Inseln" der Stadt mit ihren unterschiedlichen Lebensweisen und Entwicklungsdynamiken differenziert einzuwirken. Zu den wichtigsten Aufgaben der heutigen Stadtpolitik gehört die lokale "Bewältigung" der Konflikte, die aus der wachsenden Polarisierung städtischer Lebensverhältnisse erwachsen. Dazu gehört auch die flexible Einbindung bisher diskriminierter Bevölkerungsgruppen wie Angehörige ethnischer Minderheiten oder andere soziale Gruppen (z.B. qualifizierte, jüngere Frauen), die als Entwicklungspotential der kapitalistischen Marktwirtschaft entdeckt und als anerkannte Marktteilnehmerinnen aufgewertet werden. Die lokale Politik in den metropolitanen Zentren muß sich mehr und mehr auf die Regulation der vervielfachten und vertieften sozio-ökonomischen und sozialräumlicher Spaltungen konzentrieren.

### Literaturverzeichnis

Benko, G./Dunford, M. (Hg.) 1991: Industrial change and regional development: the transformation of new industrial spaces. London

Blasius, J./Dangschat, J.S. (Hg.) 1990: Gentrification - Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Frankfurt/M./New York

Bondi, L. 1989: Gender divisions and urban polarisation. Konferenz-Ms. Bristol

Borst, R. u.a. (Hg.) 1990: Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin

Breckner, J. u.a. 1985: Regionale Entwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung. Die Beispiele Ruhrgebiet und München. Bochum

Chase-Dunn, Ch. 1984: Urbanization in the world-system: New directions for research in: Smith, M.P. (Hg.): Cities in transformation. Class, Capital, and the state. Beverly Hills/London

Cohen, R.B. 1981: The new international division of labour, multinational corporations and urban hierarchy, in: Dear, M./Scott, A.J. (Hg.): Urbanization and urban planning in capitalist society. London

Dangschat, J.S. 1988: Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: Friedrichs, J. (Hg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen

Dangschat, J.S. 1990: Geld ist nicht (mehr) alles - Gentrification als räumliche Segregierung nach horizontalen Ungleichheiten, in: Blasius, J./Dangschat, J.S. Gentrifikation - Die Aufwertung innenstadtnaher Gebiete. Frankfurt/M./New York

Esser, J./Hirsch, J. 1987: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrise zur "postfordistischen" Regional- und Stadtstruktur, in: Prigge, W. (Hg.): Die Materialität des Städtischen. Basel, Boston

Feagin, J.R./Smith, M.P. 1987: Cities and the new international division of labor: an overview, in: Smith, M.P./Feagin, J. (Hg.): The capitalist city. London

Feagin, J.R. 1988: Free enterprise city. Rutgers University Press, New York

Goldsmith, W. 1987: Bringing the Third World home, in: Peet, R. (Hg.): International capitalism and industrial restructuring. A critical analysis. London

Gottdiener, M. 1988: Crisis theory and socio-spatial restructuring: the US case, in: Gottdiener, M./Kominos, N. (Hg.): Capitalist development and crisis theory. London

Harvey, D. 1985: The urbanization of capital. Studies in the history and theory of capitalist urbanization. Baltimore

Harvey, D. 1987: Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Überlegungen zum "Post-Modernismus" in den amerikanischen Städten, in: Prokla, Nr. 69, Berlin

Harvey, D. 1989: The condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origin of Cultural Change. Oxford

Häußermann, H. 1988: Stadt und Lebensstil, in: Hauff, V. (Hg.) Stadt und Lebensstil. Weinheim und Basel

Häußermann, H./Siebel, W. 1987: Die neue Urbanität. Frankfurt/M.

Henderson, J./Castells, M. (Hg.) 1987: Global restructuring and territorial development. London

Homuth, K. 1987: Identität und soziale Ordnung. Zum Verhältnis städtischer Kultur und gesellschaftlicher Hegemonie, in: Prokla, Nr. 68, Berlin

Hudson, R. 1989: Labourmarket changes and new forms of work in old industrial regions: maybe flexibility for some but not flexible accumulation, in: Environment and Planning D: Society and Space, Vol. 7

Jager, M. 1986: Class definition and the aesthetics of gentrification: Victoriana in Melbourne, in: Smith, N./Williams, P. (Hg.): Gentrification of the city. Boston

Krätke, S. 1990: Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung, in: Borst, R. u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin

Krätke, S. 1991: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der "postfordistischen" Ära. Frankfurt/New York

Krätke, S./Schmoll, F. 1987: Der lokale Staat: "Ausführungsorgan" oder "Gegenmacht"?

Landsberg, M. 1987: Exported industrialization in the Third World: manufacturing imperialism, in: Peet, R. (Hg.): International capitalism and industrial restructuring. A critical analysis. London

Läpple, D. 1985: Internationalization of capital and the regional problem, in: Walter, J. (Hg.): Capital and labour in the urbanized world. London

Läpple, D. 1989: Neue Technologien in räumlicher Perspektive, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 4, Bonn/Bad Godesberg

Laska, S./Spain D. (Hg.) 1980: Back to the city: Issues in neighborhood renovation. Emsford

Leborgne, D./Lipietz, A. 1987: New technologies, new modes of regulation: some spatial implications. Konferenz-Ms. Dubrovnik

Leborgne, D./Lipietz, A. 1990: Fallacies and open issues about Post-Fordism; Referat zur Konferenz "Pathways to Industrialization & Regional Development in the 1990s", Lake Arrowhead - UCLA

Lipietz, A. 1986: New tendencies in the international division of labour: regimes of accumulation and modes of regulation, in: Scott, A.-J./Starper, M. (Hg.): Production, work, territory. The geographical anatomy of industrial capitalism. London

Logan, J.R./Molotch, H.L. 1987: Urban fortunes. The political economy of place. Berkeley, Los Angeles, London

Marcuse, P. 1988: Divide and siphon: New York City on division, in: City Limits, Vol. 13, No. 3

Marcuse, P. 1989: "Dual city": a muddy metaphor for a quartered city, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 13, No. 4, London

Massey, D. 1984: Spatial division of labour. Social structures and the geography of production. London

Mayer, M. 1990: Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt, in: Borst, R. u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin

Meyer, S./Schulze E. 1988: Nichteheilige Lebensgemeinschaften - eine Möglichkeit zur Veränderung des Geschlechterverhältnisses? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Nr. 2, 40. Jg., Wiesbaden

Peet, R. (Hg.) 1987: International capitalism and industrial restructuring. A critical analysis. London

Prigge, W. (Hg.) 1987: Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel, Boston

Rose, D. 1984: Rethinking gentrification - beyond the uneven development of marxist urban theory, in: Environment and planning, Nr. 1

Sassen-Koob, S. 1984: The new labor demand in global cities, in: Smith, M.P. (Hg.) Cities in transformation, Beverly Hills

Sassen-Koob, S. 1988: Global cities (New York, Tokyo, London). Princeton

Scott, A.J. 1988: Flexible production systems and regional development: the rise of new industrial spaces in North America and western Europe, in: International Journal of Urban and Regional Research, Jg. 12, Nr. 2

Smith, M.P./Feagin J.-R.: 1987 The capitalist city. Global restructuring and community politics. Oxford, New York

Smith, N. 1986: Gentrification, the frontier, and the restructuring of urban space, in: Smith, N./Williams, P. (Hg.): Gentrification of City. London

Soja, E.W. 1990: Ökonomische Restrukturierung und Internationalisierung der Region Los Angeles, in: Borst, R. u.a. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin

Spiegel, E. 1986: Neue Haushaltstypen. Entstehungsbedingungen, Lebenssituation, Wohn- und Standortverhältnisse. Frankfurt a.M.

Thrift, N. 1987: The fixers: the urban geography of international commercial capital, in: Henderson, J./Castells, M. (Hg.): Global restructuring and territorial development. London

Wallace, I. 1990: The global economic system. London



# Bruchstellen der europäischen Linken

von Luciana Castellina\*

## 1.

Ich würde gerne mit einer Prämisse beginnen: Wenn wir über ein Projekt der Europäischen Linken sprechen wollen bzw. die Frage behandeln, ob auch in Zukunft eine Europäische Linke möglich ist, muß man sich fragen, wer heute die Subjekte dafür sein könnten, also diejenigen, die den Prozeß der Veränderung tragen. Diese Frage ist von größter Bedeutung, wenn wir nicht nur über ein abstraktes Modell sprechen wollen, und wenn es nicht nur um Engineering-Politik geht. Ich will mich ganz bewußt auf ein deutsches Element des Marxismus stützen: *die Notwendigkeit der Organisation einer konkreten sozialen Bewegung, statt nur ein Idealmodell vorzuschlagen*. Letzteres ist eher die Tendenz des Grundsatzprogramms der SPD und der anderen heutigen großen linken Parteien in Westeuropa: alle sind Freunde; es wird nicht mehr gesagt, wo es Gegner und Widerstände gibt; es wird selten darüber gesprochen, welche konkreten Wege einzuschlagen sind. Ein Subjekt der Veränderung wird nicht mehr identifiziert. Diese Frage war immer ein Problem für die Linke. Sie ist es heute mehr denn je.

Es ist sehr leicht zu zeigen, daß die moderne kapitalistische Entwicklung neue Formen zeigt. Neben ihren alten und tiefen materiellen Widersprüchen (das Nord-Süd-Problem, die Armut in den Metropolen usw.) gibt es auch ganz neue und sehr grundlegende - die Umweltfrage, die Entfremdung von der Arbeit, die Barbarisierung der menschlichen Beziehungen. Das Potential ist deshalb groß und vielfältig. Die große Schwierigkeit beginnt dann, wenn man die Frage beantwortet muß, wer und wie man diese Widersprüche repräsentieren kann? Was sind die potentiellen antagonistischen

Kräfte? Es gibt immer mehr, die in der Folge der sozialen Marginalisierung, der strukturellen Arbeitslosigkeit und in neuen sozialen Bewegungen eine neue und sehr radikale Kritik an der Ideologie, den Werten und dem Modell des bestehenden Systems üben. Das Interessante daran ist, daß diese Kritik nicht das Ergebnis von ideologischer Schulung ist, sondern eine Entdeckung der Irrationalität des Systems durch massenhafte individuelle Erfahrung. Neben der traditionellen Arbeiterklasse, die zahlenmäßig abnimmt, entsteht ein breiter alternativer Block.

Andererseits müssen wir uns aber vergegenwärtigen, daß das System sehr erfolgreich geworden ist: in der gezielten Fragmentierung der Arbeiterklasse selbst und ihrer Integration, in der Massenmanipulation durch Medien, in einem Transfer der Macht, immer unkontrollierbarer Mechanismen, in der zunehmenden Unsichtbarkeit der Hände des Marktes, die als neutral gelten. Wir sind heute in einer Situation, in der die Konflikte marginalisiert sind. Dies alles macht den Aufbau einer Gegenkultur und einer Organisation sehr schwer. Die Kräfte haben sich immer mehr zersplittert. Es entsteht ein Korperatismus. Die Zersplitterung der neuen Bewegungen produziert Pendelschläge zwischen kleinen, konkreten Zielen und großen ideologischen Betonungen. Ich sage das nicht, weil ich durch Pessimismus paralisieren will, sondern weil ich denke, daß man sich all dessen bewußt sein muß. Es gibt kein einziges und eindeutiges Subjekt mehr, so wie es die Arbeiterklasse in der Vergangenheit war. *Ein neues Subjekt kann in der Zukunft nur entstehen in Beziehung zu einem Projekt, das aufgebaut werden muß, weshalb die politisch-kulturelle Vermittlung immer wichtiger wird*. Denn die Spontanität der neuen Bewegungen ist in unmittelbaren Bedürfnissen begründet und diese sind heute zweideutig und widersprüchlich.

Hier wird Gramscis Konzept der Hegemonie - seiner Idee der Partei als

kollektivem Intellektuellen, als modernem Prinzen - wieder wichtig. Dies muß gerade deshalb betont werden, weil es heute eine tiefe Kritik an den Parteien gibt. Sie haben ihre Glaubwürdigkeit verloren - aber das darf uns nicht zu der Konsequenz führen, daß man keine Partei, keine Projekte und keine Kultur brauchen würde. Die berechtigte Kritik an superideologischen Parteimodellen hat zu sehr zu einem unerträglichen Empirismus geführt.

Wir müssen die Frage behandeln, welche Partei wir uns vorstellen. Bisher gab es eigentlich nur Versuche. Diese zeigen, daß keine schon ihren Weg gefunden hat. Es ist deutlich geworden, daß man den Beitrag verschiedener Kulturen braucht. Wir müssen uns bewußt sein, daß alle linken Familien in einer Krise sind: Selbstverständlich die kommunistische, aber auch die sozialdemokratische und auch die neu angekommenen Grünen. Sie sind unfähig, auf die neuen Entwicklungen, die es überall in Europa gibt, eine Antwort zu geben, haben sogar nicht einmal mehr einen Referenzpunkt, so daß der Protest den Weg nach rechts geht. Die Wahrheit ist, daß die Linke - alle ihre Teile - keine Antwort gegenüber der grundlegenden Krise haben:

- das Wachstum löst das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mehr;
- neue Märkte sind nicht mehr zu gewinnen, weil man an der Grenze der gegenwärtigen Verbrauchsmöglichkeiten der Welt angekommen ist, denn noch mehr würde die Umwelt endgültig zerstören.

Daneben gibt es die Krise des politischen Systems und seiner Institutionen. Obwohl gerade das Modell des demokratischen parlamentarischen Systems seine Triumphe zelebriert, so wird doch gleichzeitig immer klarer, daß es neben den eigentlichen Entscheidungszentren immer marginaler wird. *Die Politik generell wird marginalisiert*. Wenn sich die Leute heute nicht mehr für Politik interessieren, so gibt es eine große Rechtfertigung - sie

fühlen, besser als viele Politiker, eine Wahrheit: Durch Politik kontrolliert man nichts mehr.

## 2.

Dies alles zeigt aber nicht nur die Schwäche der Linken, sondern auch die Schwäche und schreckliche Irrationalität des kapitalistischen Systems. In der Vergangenheit hat dies eine außerordentliche Expansion bewerkstelligt. Heute ist es dominant geworden. Seine neue Irrationalität besteht darin, daß bei uns in Europa einige fundamentale Bedürfnisse schon seit längerem befriedigend waren, aber daneben ganz neue Bedürfnisse stehen, die so wichtig wie die traditionellen sind, die überhaupt noch nicht befriedigt sind. Diese neuen Bedürfnisse sind nicht mehr materieller Art - nach Produkten - es ist eine Nachfrage nach anderen Gütern wie die ökologische Frage. Es geht um Gesundheit, kulturelle Bedürfnisse usw. Aber dennoch kümmert man sich viel mehr um die Produktion, um neue Kühlschränke und Autos als um ein menschliches Gesundheitssystem und eine humane Umwelt.

Die öffentlichen Dienstleistungen, von der Schulversorgung bis zur Gesundheitsversorgung, sind nicht nur ein Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen, sie repräsentieren auch die mögliche Entwicklung, wie die Arbeitslosigkeit gelöst werden könnte. Diese öffentlichen Sektoren könnten heute dieselbe Rolle spielen, die der individuelle Massenkonsum in den sechziger Jahren gespielt hat, als es um Autos und Elektrotechnik ging. Die öffentlichen Dienstleistungen spielen diese Rolle aber nicht, weil die Nachfrage für diese Güter nicht vom Markt signalisiert wird, weil der Gewinn nicht mehr aus einer Serienproduktion kommt, die verkaufbar und exportierbar ist.

Um die neuen öffentlichen Nachfragen zu befriedigen, bedarf es deshalb einer neuen Kultur mit neuen Werten. Wenn man dieses zentrale Ziel aufstellt, stellt man aber gleichzeitig die Grundlagen des Systems in Frage: den Gewinn, die Produktion als einzigen Maßstab, die Firma als einzige Entscheidungsquelle. Weil an letzteren festgehalten wird, bleibt die Umwelt immer marginal.

Ich sage nicht, daß man die kapitalistischen Strukturen gleich überwinden kann. Und ich spreche auch nicht generell gegen jeden Markt, Märkte wird es immer geben. Ich sage aber, daß das Denken über diesen Horizont hinausgehen muß. Es darf sich nicht in den Käfig der

kapitalistischen Wettbewerbsideologie sperren lassen. Menschen würden uns viel besser verstehen, wenn wir diesen Käfig verlassen würden. Alle wissen, daß die Menschheit zum ersten Mal die Ressourcen und die Fähigkeit hat, die Bedürfnisse der Welt zu beantworten. Aber alle wissen, daß dieses nicht gemacht wird. Zum ersten Mal erlaubt uns die Technologie, die Quantität der Arbeit zu reduzieren und die Qualität zu entwickeln. Doch die technologische Entwicklung bringt Arbeitslosigkeit. Zum ersten Mal gibt es eine Massenausbildung und die breiten und schnellen Informationsmöglichkeiten können zu einer menschlicheren Entwicklung, zu mehr Freiheit und kritischem Denken und damit zu einer neuen Zivilisation führen. Doch tatsächlich führen sie zu immer größerer Manipulation und zu immer mehr Konformismus. Ich denke, daß zum ersten Mal Modernität und Fortschritt die Zivilisation nicht mehr weiterbringen, auch nicht mehr graduell, und nicht mehr Gleichheit schaffen, sondern zu größerer Ungleichheit und zu Barbarismus führen. Es ist sehr schwer, in einem System zu leben, das seine Rationalität verloren hat. Eines, das unfähig ist, die richtigen Prioritäten zu setzen. Eines, das seine Fähigkeiten auf die Befriedigung überflüssiger Bedürfnisse konzentriert und die wichtigen unbeantwortet läßt.

Die Linke braucht also, um eine Rolle zu finden, eine Befreiung von diesem Ökonomismus. Sie sollte sich nicht mehr mit dieser Art Fortschritt und quantitativem Wachstum identifizieren. Sie muß die nicht direkt ökonomische Dimension des individuellen und kollektiven Lebens beachten. Ein Beispiel: Seit ein paar Jahren hat sich in Italien eine neue Studentenbewegung entwickelt. Diese Studenten haben keine materiellen, ökonomischen Fragen gestellt, sondern die nach der Bedeutung des Wissens. Es war eine Kritik an der Kommerzialisierung der Kultur. Aber die Linke, konzentriert auf den Markt, hat auch nicht verstanden, was sie wollten. Es war etwas, das der Markt nicht signalisieren konnte. Deshalb wurde es nicht wahrgenommen, man war blind.

## 3.

Das Modell des Westens, das sich bisher nur in einem ganz kleinen Teil der Welt entwickelt hat, kann nicht mehr exportiert werden. In einer Zeit, in der man Triumphe des Modells feiert, muß man entdecken, daß es entscheidende innere und

externe Schwächen hat. Sein ursprünglicher Traum und Ehrgeiz, die Welt zu durchdringen, hat keine Zukunft mehr. Ich fürchte, daß es für diese Schwäche bereits eine dramatische, globale Antwort gefunden hat: *die Amputation - eine wirkliche Amputation - ganzer Kontinente*. Ein sehr selektives Verhalten ist zu beobachten: Einerseits die Integration kleiner Stücke (Regionen bzw. Länder wie Polen und Slowenien, oder von sozialen Schichten), und zwar solcher Stücke, die zu integrieren für einen selbst interessant sind aus ökonomischen oder militärischen Gründen. Andererseits die Marginalisierung des Restes in der Hoffnung, den eigenen Privilegien das Überleben zu garantieren. So wehrt man sich gegen das Risiko, daß andere an dem Verbrauch der nicht erneuerbaren Rohstoffe oder am Verbrauch des Sauerstoffs teilnehmen könnten. Die klassische Norm war die Eroberung der Märkte und der Rohstoffe. Die zusätzliche Norm ist die Amputation. Bereits jetzt ist die Sub-Sahara in Afrika amputiert. Niemand kümmert sich mehr um diesen Teil. Afrika hat nur 3% des Bruttosozialproduktes der Welt. Man denkt, dies könne man vernachlässigen. Wenn alle Afrikaner sterben würden, so wäre es in den Augen vieler vielleicht besser. Man könnte endlich für unberührte Bäume sorgen, könnte

**... eine Wahrheit:  
Durch Politik kontrolliert man nichts mehr.**

unsere Luft besser reinhalten, und es ist leichter, sich um die Bäume als um die Menschen zu kümmern.

Margret Thatcher - die ich liebe, weil sie immer das sagt, was andere nur denken - hat die neue Strategie illustriert. Die Lösung, sagte sie, sei leicht. Die Schwarzen und Gelben sollen endlich ihren unzulässigen Anspruch aufgeben, auch Kühlschränke haben zu wollen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Treibhauseffekt haben wir ähnliche Sachen gehört. Die sogenannte Interdependenz, die in allen Thesen aller linken Parteien der Welt steht, ist in einer solchen Richtung formuliert worden. Statt einer neuen Solidarität - die sich be-

\* Luciana Castellina, Rifondazione Comunista, Mitglied des Europäischen Parlaments, Direktorin der Zeitschrift liberazione

# Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Dettlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50  
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

**Bestellcoupon:**  
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Zu schicken an:  
VSA-Verlag  
Postfach 50 15 71  
W-2000 Hamburg 50

wußt ist, daß das, was in Bolivien und Brasilien geschieht, auch Konsequenzen für uns in Europa hat - werden neue Mauern gebaut. Es werden mittelalterliche Wassergräben vor den Zitadellen der Privilegierten gezogen. So soll die Ansteckung verhindert werden. Das führt zu einer Diskriminierung im planetarischen Maßstab, zu einer Weltapartheid: Es entsteht ein Systemrassismus, gegenüber dem die Nazi-Skinheads ein Kinderspiel sind.

Angesichts dieser Szenarien sollte man nicht über Entwicklungsbegrenzungen sprechen, ohne sehr deutlich zu sagen, daß man das eigene Modell verändern muß. Ich kann die vielen Reden und Heulereien über das Sterben des amazonischen Waldes nicht mehr hören. Natürlich stirbt er, und dieses Sterben muß verhindert werden. Aber wir müssen ein noch größeres Engagement fordern für die Nutzung der Sonnenenergie bei uns. Sonst denke ich sofort, daß man die Wälder retten will, um die Indianer zu schützen, weil diese eine seltene Vogelart seien, die unter Naturschutz gestellt werden müsse. Die Linke muß also das Kriteri-

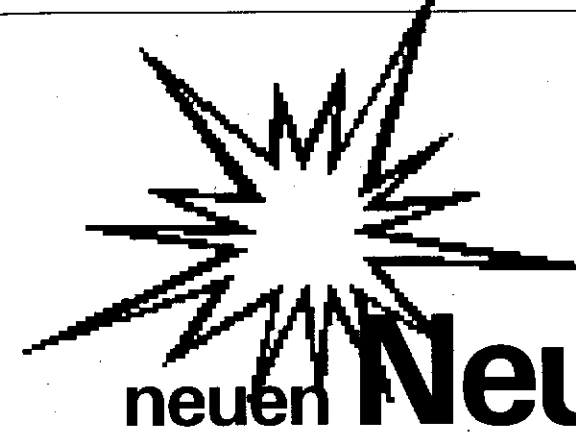
**... Weltapartheid:  
Es entsteht ein  
Systemrassismus,  
gegenüber dem die  
Nazi-Skinheads ein  
Kinderspiel sind.**

um, das unsere politisch-ökonomische Kultur dominiert, umkehren. Gegenwärtig ist alles ausgerichtet auf die Ökonomie, einschließlich der Bedürfnisse, Ideen und Beiträge der Schwächeren, die an dem Kriterium der Stärkeren ausgerichtet werden. Das ist nicht nur die Theorie des internationalen Währungsfonds und der Weltbank, aber oft auch, obwohl unbeachtet, der Arbeiterbewegung des Nordens. Der Süden soll kompatibel zum Norden gemacht werden. Dagegen muß eine umgekehrte Orientierung gesetzt werden. Diese muß sich auf *das Kriterium der gegenseitigen Kompatibilität* stützen, anstelle der heutigen unilateralen Ausrichtung an den Märkten des Nordens. Dies gilt für die Umwelt, die Wirtschaft und die Kultur. Dies wäre die *Sub-*

*stanz eines neuen Polizentrismus*, die Substanz einer substantiellen Demokratisierung. Frauen können das besser verstehen. Diese wissen heute, daß sie sich nicht nur an den Männern orientieren dürfen. Die Linken, einschließlich der Gewerkschaften, müssen immer daran denken, wenn sie etwas vorschlagen, ob es um Unternehmen, um Autos oder Flugzeuge geht - ob es möglich wäre, nicht nur für sich selbst, sondern für 6 Mrd. Menschen. Natürlich ist das sehr schwer. Denken wir daran, wie froh die Gewerkschaften sind, wenn die Rohstoffe - vor allem das Öl - aus der Dritten Welt billiger werden, weil dann die Preise fallen, und weil sich dann unsere Produktion wieder besser entwickeln kann, und die Arbeitslosigkeit sinkt. Wenn wir daran denken, werden wir uns bewußt, wie lang der Weg zu einer neuen Alternative ist.

Die Völker werden sich nicht wehrlos amputieren lassen. Deshalb erleben wir eine wachsende Militarisierung der internationalen Beziehungen und einen unerträglichen Eurozentrismus bzw. westlichen Zentrismus. Wir tun so, als ob unser Konzept der neuen internationalen Ordnung, unser Modell und unsere Werte von Gott definiert wären. Wir tun so, als ob wir deshalb das Recht hätten, sie mit Waffen durchzusetzen. Die Sunday Times erklärte zum Golfkrieg, daß es die westliche Aufgabe sei, die entwickelten Ökonomien der Welt funktionieren zu lassen, ohne dabei unterbrochen oder gestört zu werden von der Dritten Welt. Diese Aufgabe erfordere auch Interventionen und vielleicht präventive Aktionen.

Die Linke muß sich stattdessen bemühen, sich in die Situation des anderen zu versetzen. *Sie muß sich fragen, ob alles das, was für mich, meine Familie, mein Land gefordert wird, auch für 6 Mrd. Menschen gelten kann. Wenn wir dies jedes Mal bedenken, dann kommen wir zu einem wirklich neuen Internationalismus.* Ich meine, die Linke in Europa muß in diesem Zusammenhang auch unbedingt ihren Eurozentrismus überwinden und die Manie des neuen Interventionismus, der so tut, als gäbe es eine Lösung, wenn wir irgendwo militärisch eingreifen würden, ob in Jugoslawien oder in Somalia.



Auf dem Weg zu einer

# neuen Neuen Linken

von Hermann Scheer\*

## 1.

Die "Linke" in Europa gibt es nicht mehr, jedenfalls ist sie anhand der offiziellen Parteiformationen kaum noch inhaltlich erkennbar. Dies zeigt ein Blick in das Spektrum der europäischen Parteien, die zur Sozialistischen Internationale (SI) gehören: Diesseits rechtskonservativer Positionen ist heute alles an Positionen zu finden, was z. B. im Spektrum der Parteien des Deutschen Bundestages versammelt ist. Die PSI ist zur neoliberalen Wirtschaftspartei geworden, die eher der deutschen FDP als der SPD entspricht. Die PSDI in Italien ist nur noch ein rechtsliberaler Mittelstandsverein. Die ehemalige Kommunistische Partei Italiens, die sich in Demokratische Partei der Linken (PDS) umgetauft hat, hat seit 1991 ungefähr 1 Million Mitglieder verloren, ist auf ein Wählerspektrum um die 15 % abgerutscht, mit Tendenz nach unten, und hat ihren Charakter als große linke Massen- und Volkspartei verloren; sie begründete ihre Transformation mit einer Orientierung an der SPD, die jedoch schon vorher gegeben war, und in ihrer Führung wächst die Neigung, sich nunmehr am Vorbild der demokratischen Partei der USA zu orientieren. Die PSF ist auf dem Wege der Selbsterstörung, der mit der Programmatik der letzten Jahre eingeschlagen wurde, die kaum noch eine linke Identifikation erlaubte: In der Sicherheitspolitik nahe den amerikanischen Republikanern, in der Wirtschaftspolitik wiederum eher liberal, in der Sozialpolitik noch sozialdemokratisch, in der Umweltpolitik ignorant - und dies al-

les ohne Verbindung zueinander. Die PSOE in Spanien hat ein liberales Wirtschaftsprogramm, das eher dem traditionellen Wachstumsmodell der 60er Jahre entspricht, da es in Deutschland nur noch der Wirtschaftsflügel der CDU vertritt. Die Labour Party hat sich in der Sicherheitspolitik nahezu vollkommen an die Konservativen angepaßt und setzt sich inzwischen in einer Weise für die Fortsetzungen der atomaren Abschreckungspolitik ein, mit der der ehemalige unilaterale Abrüstungsbefürworter Kinnock Positionen des Führers des rechten Labour-Flügels aus den frühen 80er Jahren, Dennis Healey, rechts überholte. In der Wirtschaftspolitik ist von einer neuen Umwelt- oder Energiepolitik kaum etwas zu finden. Die skandinavischen sozialdemokratischen Parteien versuchen, wie auch die SPD, eine neue Programmatik der Verbindung von klassischer sozialer Wohlfahrtspolitik und neuer Umweltpolitik, aber bei gleichzeitiger "Entideologisierung" ihrer wirtschaftspolitischen Positionen, das heißt mit starken Orientierungen auf liberale Wirtschaftsprogrammatik.

Wenn insgesamt von Befürwortern der Atomabschreckung, wie in Frankreich, bis zur Infragestellung der Atomabschreckung, wie eher in der SPD (mit nachlassendem Profil), alles im Spektrum der europäischen SI-Parteien vertreten ist, kann sich kaum eine europäische linke Identität entwickeln. Und wenn vom sozialen Wohlfahrtsstaatsmodell einerseits bis zum reinen wirtschaftsliberalen Programm andererseits, von neuen ökologischen Orientierungen bis zu ökologischer Ignoranz alles vertreten ist, gibt es auch in diesen Fragen das Vakuum mangelnder Identifikationsmöglichkeit. Programmatisch hat sich die Linke in West-Europa aufgelöst und ist in unterschiedliche Richtungen verstreut, und die

mehr und mehr durchkommende wirtschaftspolitische Tendenz ist die der Anpassung an Positionen des wirtschaftlichen Liberalismus, mit unterschiedlich angesetzten Rückzugsgefechten von sozialstaatlicher Politik, weil es nahezu nirgendwo mehr einen offensiv vertretenen sozialen Umverteilungsansatz gibt, weshalb die sozialstaatlichen Finanzierungsprobleme die Signale auf Abbau stellen.

In Osteuropa sieht die Angelegenheit noch trüber aus, weil nahezu alle sozialdemokratischen Parteien keine eigene Position finden können zwischen der Abgrenzung von allem, was nach vormaligem sogenannten realen Sozialismus riecht und einer völlig unreflektierten Anpassung an das, was man unter marktwirtschaftlicher Orientierung versteht. Die potentiellen oder bereits anerkannten Schwesterparteien der SI wie in Osteuropa sind nahezu ausnahmslos Splitterparteien.

Betrachten wir das ehemalige kommunistische Parteienspektrum, so sind die zumindest umgetauften ehemaligen Staatsparteien in Osteuropa noch die vergleichsweise mitglieder- und wählerstärksten - aber mit großen inneren Spannungen wegen einer unscharfen Programmatik und mangelnder Glaubwürdigkeit. Wohl sind alle offiziell für parlamentarische Demokratie, aber von einem eigenständigen neuen wirtschaftlichen und sozialen Programm kann keine Rede sein - außer dem Versuch, die Umwandlung der Plan- in Marktwirtschaften zu verlangsamen und damit sozialverträglicher zu gestalten. Teilweise nehmen sie, auch mangels eines internationalen Zusammenhangs bzw. bei internationaler Isolierung, nationalistische Züge an.

In Westeuropa ist die KPF eine altkommunistische Partei, die sich in den 80er Jahren marginalisierte und von der nie-

\* Dr. rer. pol. Hermann Scheer, MdB, Remshalden, Präsident der EUROSOLAR und Herausgeber der Zeitschrift "Das Solarzeitalter"

mand vermutet, sie könne aus sich heraus eine neue linke Programmatik mit neuen Impulsen entwickeln. Lediglich in Spanien und in Italien gibt es Neuansätze, die programmatisch bei der vereinigten Linken in Spanien am weitesten fortgeschritten scheinen, die sich - unter inhaltlicher Federführung einer aus mehreren Spaltungsbewegungen hervorgegangenen demokratisch-reformkommunistischen Partei - ein modernes Programm einer ökologischen Ökonomie gegeben hat. In Italien ist aus der Erbmasse der KPI die Refondazione Comunista entstanden, in der unterschiedliche Strömungen vertreten sind: eine altkommunistische KPI-Strömung; Traditionsmitglieder und Gewerkschafter aus der KPI, die deren Transformationen nicht mitmachen wollten; und eine Strömung aus dem eher radikaldemokratisch-linkskommunisti-

nutzt. Statt ein entsprechendes praktisches Profil zu entwickeln, ist sie geprägt von Konsensangeboten an die Regierung, wobei ihre eigenen Positionen unkenntlich werden. Offensichtlich schwankt sie unschlüssig zwischen einer eher traditionellen sozialstaatlichen Haltung, was sie zu einer defensiv operierenden Partei macht, und noch nicht konzeptionell zu Ende gedachten Ansätzen einer ökologischen Ökonomie. In der Außen- und Sicherheitspolitik erscheint sie wie gelähmt und hat den Vorwurf nicht verkraftet, in ihrer klassischen Entspannungspolitik die Bürgerbewegungen des ehemaligen Ostblocks nicht frühzeitig berücksichtigt und integriert zu haben. Die Folge ist Anpassung an die offizielle NATO- und WEU-Linie. Offensichtlich steht sie noch unter dem Übergangsschock der europäischen Wende 1989/90, als sie gegenüber der

gierung. Die "Linke" in der SPD wiederum verzichtet ebenfalls auf neue eigene Entwürfe und versucht, ihre Identität zu definieren, indem sie sich gegen das Abrücken der SPD-Führung von beschlossenen Parteipositionen sperrt. Sie handelt damit aber auch mehr vergangenheits- als zukunftsorientiert. In der SPD wird durch diese Vorgänge Stück für Stück die eigene Position geräumt, bis kaum noch etwas davon übrig geblieben ist.

Damit einher geht die zunehmende Verhaltenstendenz der SPD-Führung, ihre eigene Politik an der jeweiligen Kommentar- und Stimmungslage der Massenmedien zu orientieren. Mit dem ständigen Wechsel der Modewellen der Massenmedien erfolgt auch eine ständige Modifizierung der Positionen von SPD-Führern, die somit immer schillernder erscheinen und mehr Irritation statt Orientierung vermitteln. Aus dieser Handlungsnot ist sogar eine angebliche Tugend entwickelt worden, die man im Grundsatzprogramm der SPD unter der Überschrift "Unser Verständnis vom politischen Handeln" nachlesen kann, und die zu einem immer größeren Mißverständnis geführt hat. Dort steht, daß im Zentrum sozialdemokratischer Politik der "ergebnisoffene Bürgerdialog" stehe - worunter allzu viele verstehen, sich in die allzu bequeme Rolle des Moderators zurückzuziehen, der Meinungen anderer bündelt statt eine eigene klare Meinung zu artikulieren. Die Partei solle, wie es Peter Glotz im Vorwärts ausdrücklich positiv formulierte, künftig wie ein Schwamm fungieren, der Anregungen aus der Gesellschaft in sich aufsaugt. Ich habe seinerzeit darauf polemisch geantwortet, daß Schwämme nun einmal keine Konturen hätten - und eindringlich davor gewarnt, die Konturlosigkeit auch noch zum Handlungskonzept zu machen. Das Spiegelbild der programmatischen Zurückhaltung der SPD ist die zunehmende Fixierung auf einen möglichst mediengerechten Spitzenkandidaten, von dem man die generelle Kompensation der eigenen strategischen Defizite erwartet. Damit wird aber entweder jeder Spitzenkandidat oder die Partei, meistens beide zugleich, überfordert. Das Zentralproblem der SPD ist, daß sie zu normal geworden ist - obwohl die Wirkungskraft der SPD stets davon abhängt, die Partei der demokratischen, sozialen, wirtschaftlichen und nun auch ökologischen Erneuerung sein zu können.

Die falsche Frage war: "Wer hat gewonnen?" Die falschen Antworten waren: "Die Politik der Stärke und der Kapitalismus haben gewonnen." Von diesen Antworten her wird klar, warum eine neue Militarisierung der Außenpolitik stattfindet, ausgehend von dem Leitsatz, daß der Westen nun militärisch stark und stabil bleiben müsse, um sein Erfolgsmodell nicht aufs Spiel zu setzen - und warum eine blindwütige internationale Orientierung an frühkapitalistischen Empfehlungen heute im Vordergrund steht, scheinbar alternativlos.

Das Konsensbedürfnis der SPD ist vor allem Ausdruck eigener programmatischer Unsicherheit. Die Referenzpunkte des eigenen Handelns sind kaum noch eigene neue programmatische Projekte, sondern die Vorgaben von Regierung und Medien. Die Folge ist die dauernde Defensivität, das stückweise Abbröckeln eigener Positionen - statt diese frühzeitig nach eigenen Kriterien zu ändern, um auf neue Herausforderungen eigene Antworten zu haben. Der widersprüchliche und hoffnungslose Versuch wird gemacht, "Regierungsfähigkeit" zu zeigen durch Entgegenkommen an eine rundum gescheiterte Re-

## Die entscheidende Schwäche der Linken besteht im Mangel eines neuen sozialökonomischen Konzepts . . .

schon Spektrum der ehemaligen KPI und anderen linken Gruppierungen mit Verbindungen zur Ökologie und Friedensbewegung.

Im Spektrum der Grünen wird eher unklarer als klarer, ob diese sich als Element einer europäischen Linken fühlen und über einen eher defensiv angelegten Naturschutzansatz hinauskommen. Daß die französischen Grünen sich eher als politisches Neutrum verstehen wollten, hat ihnen bisher mehr geschadet als genutzt. Aus diesen Gründen stagnieren auch die Grünen in Italien und in Österreich - und die deutschen Grünen würden dieselbe Erfahrung machen, wenn sie nicht gegenwärtig, ohne eigenes Zutun, von der Profilschwäche der SPD profitieren würden.

### 2.

Die SPD hat sich zwar 1989 ein neues, an den immer zentraler werdenden ökologischen Fragestellungen orientiertes Grundsatzprogramm gegeben - aber die damit verbundene Chance zu einer neuen Identitätsstiftung hat sie praktisch nicht ge-

### 3.

Die entscheidende strategische Schwäche der Linken in Europa besteht im Mangel eines neuen sozialökonomischen Konzepts, so daß dem Neoliberalismus - der eigentlichen Bewegung der 80er Jahre - keine eigenen Alternative entgegengesetzt werden konnte. Diese 80er Bewegung versuchte, die klassischen Besitzprivilegien mit der Idee der Freiheit zu legitimieren. Der tiefe sozialpsychologische Grund für die Ausbreitung dieser Ideen, die heute eine hegemoniale geistige Stellung haben, ist die um sich greifende Angst in der westlichen Welt vor der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Vorsprünge und Privilegien angesichts der sozialen Katastrophen in den Entwicklungsländern und anstehender ökologischer Katastrophen, was zu einer immer aggressiver werdenden Verteidigung eigener Besitzstände animiert - mit Hilfe einer Ideologie, die sich selbst die höhere Moral und überlegene Ökonomie attestiert. Je weniger Lösungsmöglichkeiten der Weltkrise des Nord-Süd-Konflikts und der Ökosphäre zu sehen sind, je deutlicher der Verzicht auf die Luxusausstattungen der westlichen Industriegesellschaften droht, desto größer wird offenbar die Neigung, wenigstens die eigene Haut zu retten und den eigenen Nabel zum Zentrum der Welt zu machen. Die neoliberale Ideologie und der von ihr geförderte Kult des Individuums sind Symptome dafür, daß die Rettung der Weltgesellschaft bereits aufgegeben wurde und zur Interessensicherung die Interventionskräfte in Stellung gebracht werden - militärisch durch schnelle Eingreiftruppen, wirtschaftlich durch die Propagierung des freien Weltmarkts.

Das eigentlich Interessante ist, daß das neoliberale Weltbild unverändert dominiert und sogar zum Orientierungsmittel linker Parteien geworden ist, trotz der ruinösen Konsequenzen überall dort, wo es praktiziert wurde, vor allem in Großbritannien und den USA, aber auch in einer zunehmenden Anzahl von Dritt-Welt-Ländern, die den Auflagen des internationalen Währungsfonds gefolgt sind. Der Grund liegt möglicherweise darin, daß der Neoliberalismus für Regierungen eine Reduktion der immer größer werdenden Komplexität verspricht, eine Komplexität, mit der sie mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr fertig werden, was sich dann in umfassendem Staatsversagen niederschlägt. Die neoliberale Entstaatlichung schafft den Regierungen die

Möglichkeit, Verantwortung abzuschüteln - also nicht mehr zuständig sein zu müssen, wenn im Namen der Freiheit und der angeblichen Effizienzsteigerung soziale Kahlschläge durchgeführt werden. Dies konnte sich nur in einer Situation durchsetzen, der keine neue sozialökonomische Perspektive der Linken gegenüberstand, wie die ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele anders erreicht werden können als durch herkömmliche Wachstumssteigerung, eine Erhöhung der Staatsquote und damit der Steuern und einer ständigen Ausdehnung des öffentlichen Verwaltungsapparats und damit der Bürokratien. Soweit linke Parteien versucht haben, die neuen ökologischen Fragen zu integrieren, haben sie dies eher additiv verstanden, statt eine wirkliche ökologische Ökonomie zu entwickeln. Sie haben teilweise grüne Forderungen übernommen, ohne dabei ausreichend zu reflektieren, daß diese häufig Ausdruck eines lediglich defensiven Naturschutzgedankens gegenüber weiteren Zerstörungen sind, aber noch nicht die Qualität einer wirklichen zusammenhängenden "Naturökonomie erreicht haben.

Das zentrale sozialökonomische und sozialökologische Projekt der Linken, das erst eine neue Qualität für die Lösung der fundamentalen Krisen bringen kann, ist in meinen Augen die Arbeit für ein solares Energiesystem, das das alte Energiesystem ablöst. Dies ergibt sich aus der grundlegenden Bedeutung der Energiefrage für alle gesellschaftlichen Tätigkeiten und aus dem elementaren Zusammenhang zwischen Energiesystem und gesellschaftlicher Entwicklung, der sich auch historisch deutlich zeigen läßt. Die Sonnenenergie als einzige Energiequelle, die nicht privatisierbar ist, ist das Projekt, das zu einem neuen strategischen Entwurf führen kann und zu einer tatsächlichen Verallgemeinerungsfähigkeit linker Positionen, die in den Industriestaaten des Nordens wie auch in den Entwicklungsländern bezogen werden können. Ich habe diese Zusammenhänge in meinem Buch "Sonnenstrategie" näher beschrieben. Solange die Linke die Inkompatibilität von Marktwirtschaft und einer Vermarktlichung erschöpflicher Ressourcen nicht erkennt

und hier nicht ihre strategischen Ansätze entwickelt, ist sie selbst ein Element der selbstzerstörerischen Dynamik der Megamotoren der Weltökonomie.

### 4.

Eine neue Linke in Europa wird es erst wieder geben, wenn sich ein neues Paradigma einer linken Programmatik entwickelt hat - und nicht, wenn die Mitglieder der SI weiterhin ihre verschiedenen Positionen wechselseitig kompromittieren. Parteigrenzen sind fließend geworden. Das neue Paradigma wird sich wohl kaum durch Beschränkung auf den formalen Rahmen der SI-Mitgliedsparteien entwickeln. Dieses neue Programm muß sozialökologisch sein. Gelingt das nicht, werden die linken Parteien zu immer klei-

ner werdenden Traditions- und Veteranenvereinen. Wenn dieses Programm entwickelt ist, werden einige heutige Parteien der SI nicht dem neuen Paradigma zuzurechnen sein. Es werden andere linke Parteien und Kräfte aus dem grünen Parteispektrum dazugehören sowie eine ganze Reihe von neuen sozialen Bewegungen, die gegenwärtig nicht in Parteien organisiert sind. Vor uns steht eine Zeit, in der auch in westeuropäischen Ländern einige noch offiziell sozialdemokratische oder sozialistisch genannte Parteien vergehen und neue Linksparteien entstehen werden. Dieser Prozeß hat schon begonnen.

## Das zentrale . . . Projekt der Linken . . . ist . . . die Arbeit für ein solares Energiesystem

# Neuanfang - Die französische Linke

von Malte Martin\*  
 28. April 1993: Politischer "Erdbeben" in Frankreich. Das Parlament wird zur "Dunkelkammer" (chambre noire) mit 80% rechten Abgeordneten. 12 Jahre "Sozialismus a la francaise" enden mit über 3 Millionen Arbeitslosen, über 220 000 Obdachlosen, Korruptionsskandalen und dem Niedergang der politischen Vertretung der Linken. Die Gewerkschaftsbewegung ist so schwach wie noch nie. Die einzige große Einheitsgewerkschaft, die FEN (Verband aller Lehrgewerkschaften) hat sich gespalten. Eine Woche nach dem Wahltag, nach einer turbulenten Parteivorstandssitzung zerbricht die PS in der Form, in der sie in Epinay auf dem historischen Parteitag 1971 neu konstituiert wurde. Die französische KP kann ihre Abwärtsbewegung in den Wahlen kaum stoppen. Das ökologische Bündnis von Waechter und Lalonde kommt, statt der angekündigten 19% bis 20%, auf nur 7,8 Prozentpunkte, ohne einen Abgeordneten. Die dramatischen Ereignisse scheinen nicht abzubrechen, bis hin zum Selbstmord vom Pierre Bérégovoy, dem letzten sozialistischen Premierminister...  
 "Démocratie!", Debattenorgan im Neugründungsprozeß der französischen Arbeiterbewegung, hat uns Meinungen und Analysen zur Situation der französischen Linken zusammengestellt und einige Überlegungen für einen Neuanfang: Diskussionsstoff zur notwendigen Re-Definition der Linken in Europa.

\* Malte Martin, Redakteur der Zeitschrift "démocratie!", Paris

## Was ist los in Frankreich!

Ohne die Bedeutung des Wahlsiegs der konservativen Parteien herunterzuspielen ist es doch nützlich eingangs klarzustellen, daß 80% rechte Abgeordnete nicht einem erdrutschartigen Rechtsruck der Wählerschaft zu verdanken sind. Sie entsprechen einem Stimmenanteil von 40%, wobei die klassische Rechte von RPR und UPF sogar an absoluten Stimmen verloren hat gegenüber der letzten Wahl von 1988. (10.600.000 Stimmen 1993 gegenüber 11.200.000 im Jahr 1988 bei einer Wählerschaft, die seit der letzten Wahl um eine Million Wähler angewachsen ist.)

Dabei darf man natürlich nicht vergessen, daß auf der rechten Seite Le Pen mit 11% nicht mehr als konjunkturelles Protestphänomen abzutun ist. (Aber selbst mit seinen Stimmenanteil bleibt die gesamte Rechte fast auf demselben Niveau wie 1988)

Auf der linken Seite hingegen war es für Millionen von Wählern unmöglich geworden, ihre Stimme weiterhin einer sozialistischen Partei zu geben, die ihre soziale Identität durch ihren monetaristischen Glauben in einen starken Franc ("Franc fort") ersetzt hatte, so wie es Jean-Pierre Chevènement in einer Erklärung

am Wahlabend zusammenfaßte. "Ich habe mit vielen anderen das Gefühl, daß eine immense Hoffnung verspielt worden ist. Aber das Debakel der parlamentarischen Linken ist nicht das der wirklichen Linken. Die Franzosen haben die Sozialisten nicht deshalb verurteilt, weil sie eine sozialistische Politik gemacht haben, sondern weil sie darauf verzichtet haben. Die Linke ist gescheitert, weil sie das Wohlbefinden der Börse der Sorge um die Arbeitsplätze vorgezogen hat; weil am Ende die "Macht um der Macht Willen" ihr einziger Horizont war. (...)"

Die französische KP konnte zwar einige linke Protestwählerstimmen auffangen, was aber insgesamt ihre Abwärtsbewegung nicht stoppen konnte. Mit 9,1% errang sie ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1932. Das ökologische Bündnis konnte in der Wahlkampfsituation, in der die Niederlage der PS schon angekündigt war, zum ersten Mal in Frankreich enorme Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das entsprach realen Hoffnungen von ehemaligen linken Wählern auf eine neue Alternative zur abgewirtschafteten PS und selbstisolierten PCF, die durch einen entsprechenden Medien- und Umfragerummel in astronomische Höhen gepusht wurde. Mit 19% bis 21% wurde das Öko-Bündnis vor der Wahl zur größten Formation des progressiven Lagers gekürt. Wobei die Öko-Verantwortlichen selber jegliche Positionierung von Links oder Rechts ablehnten, was sicherlich einer der Hauptgründe war für das Wahlverhalten gerade ehemaliger PS oder PCF-Wähler, die sich letztendlich entschieden oder zu einem in diesem Ausmaße neuen Phänomen der über 2,5 Millionen Wähler, die bewußt "weiß" oder ungültig gestimmt haben, beizutreten. Letztendlich entsprechen die 7,8 Prozentpunkte (die Grünen 4,1%, Generation Ecologie 3,6%, dazu etliche Kleinstlisten mit oft pseudo-ökologischem Anspruch)

eher der Realität der politischen Landschaft in Frankreich, wie es Jean-Luc Bennhamias, Europa-Abgeordneter und Kandidat der Grünen in den Parlamentswahlen feststellte:

"Ich würde sagen, daß ein 20% Ergebnis ein bißchen "unmoralisch" gewesen wäre, denn das entspricht nicht unserer Repräsentativität...Aber das Auseinanderklaffen zwischen den Erwartungen und der Realität war so groß, daß die Konstituierung einer Alternative, einer neuen Achse fehlgeschlagen ist. Das muß Konsequenzen nach sich ziehen in Bezug auf eine Änderung des Auftretens und der Strategie des Öko-Bündnisses".

Aber weder die Grünen noch die Formationen der sogenannten "kritischen Linken", die sich in "Refondation" locker zusammengeschlossen hatte, konnten die enorme Enttäuschung der traditionellen linken Wählerschichten in einer Stimmenabgabe für eine neue Formation in größerem Ausmaß kristallisieren.

Im vorteilhafteren Kontext der Regionalwahlen von 1992 konnten diese unabhängigen linken Listen oft Ergebnisse zwischen 5 und 12% erringen. Für die Parlamentswahlen konnte man zu einer Art Solidarabsprache kommen, die unterzeichnet wurde von den Vertretern des "Mouvement des Citoyens", die im November 92 von Jean-Pierre Chevènement und Max Gallo ins Leben gerufen worden ist; der "Gauche Socialiste", die weiterhin als Strömung der PS-Linken existiert; der "Alternative, Democratie, Socialisme", die vor allem von ehemaligen Reformkommunisten initiiert wurde; von den "Refondateurs communistes", die um Charles Fiterman zur PCF-Opposition zählen; "Alternative Rouge et Verte", die ein rot-grünes Bündnis anstrebt; der "Ligue Communiste Révolutionnaire", einer der trotzkistischen Bewegungen um Alain Krivine, und einer Anzahl von politischen Persönlichkeiten ohne Organisationsangehörigkeit.

Allerdings blieb es bei einem gemeinsamen Text, der einige politische Gemeinsamkeiten herausarbeitete, aber noch nicht zum Wahlmanifest einer gemeinsamen Liste wurde, die in allen Wahlkreisen und in den Medien eine greifbare Alternative zu SP und KP hätte darstellen können.

Im Durchschnitt errangen die 230 Kandidaten zwischen 1,5 und 2,5%. Die Ausnahmen bildeten einige Kandidaten mit ehemaliger PCF-Verankerung, die auf Ergebnisse um 4,5% kamen und die Kandidaten des "Mouvement des Citoyens",

die sich gleichzeitig als offizielle PS-Kandidaten auf ihr ausgehendes Abgeordnetenmandat stützen konnten, wie Jean-Pierre Chevènement, Georges Sarre und Jean-Pierre Michel, die wieder ins Parlament gewählt wurden.

Diese Ergebnisse zeigen auch, daß man in der Wahlanalyse weder die Elemente des Zusammenbruchs alter Wahlstrukturen, noch die Elemente relativer Stabilität der Parteien-Landschaft und der politischen Wahlinstitutionen unterschätzen sollte. Die Wähler haben die PS von Epinay, vor allem aber die PS als Regierungspartei zu Grabe getragen. Massive Wahlenthaltungen vor allem der traditionellen sozialen Basis von PS und PCF, Stimmabgabe für Grüne und unabhängige linke Kandidaten und als neues Phänomen

nischen Entschuldigung" stehenbleiben. Es war eine traditionelle Forderung der PS und der PCF, der gesamten politischen Linken, das undemokratische Wahlsystem und das monarchistische Präsidentschaftssystem als solches tiefgreifend zu ändern. "Le coup d'état permanent", als "permanenten Staatsstreich" hatte Mitterrand die gaullistische fünfte Republik charakterisiert. Heute ist es Mitterrand selber, der in der populären "Bébête show" nicht nur als Monarch, sondern als "Dieu", als der Herrgott betitelt wird. So wurde das Absingen der Internationale auf den Kongressen der sozialistischen Partei zum ungewollten Satiregag: "Ni Dieu, ni Casar, ni tribun..." ("Weder Gott...") und mit der Beibehaltung des Mehrheitswahlsystems

**"Die Franzosen haben die Sozialisten nicht deshalb verurteilt, weil sie eine sozialistische Politik gemacht haben, sondern weil sie darauf verzichtet haben. Die Linke ist gescheitert, weil sie das Wohlbefinden der Börse der Sorge um die Arbeitsplätze vorgezogen hat."**

Jean-Pierre Chevènement, ehem. Verteidigungsminister, ex PS

eine Art aktiver Wahlboykott ("vote blanc"), drücken für Millionen von Wählern die Unmöglichkeit aus, sich noch in ihren traditionellen Formationen wiederzuerkennen. Für einen Teil von ihnen ist es die Suche nach einer neuen Kraft als Hoffnungsträger, die sie aber nicht ausreichend formulieren können: "eine Angebotskrise auf dem Markt der Politik" wie es die Liberalen ausdrücken würden. Gleichzeitig muß man nüchtern feststellen, daß PS und PCF trotz ihrer tiefen Krise die einzigen Formationen bleiben, über die die Kandidaten im progressiven Lager eine Mehrheit von Wählern gewinnen konnten.

Das Mehrheitswahlsystem, in dem ausschließlich Direktkandidaten und keine Listenplätze zählen, tat dann sein übriges dazu, um das demokratische Absurden zu produzieren, daß 40% der Stimmen mit 80% der Abgeordneten repräsentiert werden. Aber selbst hier kann man nicht einfach bei einer "tech-

schaufelte die PS ihr eigenes Grab noch tiefer.

## Wie konnte es dazu kommen?

Einige Eckpunkte sind entscheidend für den Fall des französischen PS. Die Entscheidung von 1983, im europäischen Währungssystem zu bleiben, geht einher mit einer generellen Wende zu einer Art "Realpolitik" a la francaise. Von den ersten Sparplänen über den per Regierungsdekret erlassenen Lohnstop bis hin zur monetaristischen Politik des "franc fort" und des systematischen Abbaus der Steuer- und Sozialabgaben für die Unternehmer.

Die Sozialisten haben die Wahlen von 1981 gewonnen mit dem Slogan "das Leben verändern" (changer la vie). Die eher bürgerlichen Presseorgane wie der Figaro frohzelten, daß wohl eher der

umgekehrte Fall eingetreten ist. Wahrlich liegen Welten zwischen der Situation von 1981 mit einer von massiver Kapitalflucht bedrohten ersten Linksregierung und dem Ende der 80er Jahre mit Rekordgewinnen am Spekulationsmarkt der Börse, die von Bérégovoy "rehabilitiert" wurde. Die staatliche Lohnstoppolitik ließ wenig Spielraum für soziale Bewegungen mit ohnehin zahlenmäßig schwach verankerten Richtungsgewerkschaften. Der Stolz der Regierungssozialisten, den sozialen Frieden zu bewahren, beraubte sie in Wirklichkeit des Drucks einer sozialen Gegenmacht. Die liberale Wirtschaftspolitik wurde nicht nur als das kleinere Übel, sondern als "die einzig mögliche Politik" verkündet. Auf außenpolitischer Ebene führte diese Logik dann zum Trauma des Golfkriegs,

brachte, daß man als Sozialist, selbst mit Regierungsverantwortung, laut und deutlich "Nein" sagen konnte angesichts der heiligen Sachzwänge, die angeblich keine anderen außen- oder innenpolitischen Entscheidungen zuließen. Diesmal war fast die gesamte politische Linke, außer der Mehrheit der Regierungssozialisten, in offener Opposition zur Regierung. Direkt in der Folge dieser Ereignisse fanden sich *Chevènement*, *Charles Fiterman*, ehemaliger PCF-Minister und Führer der Opposition im ZK der PCF, *Claude Chesson* und viele andere in einer gemeinsamen Diskussionsstruktur zusammen: "Refondations".

Die Notwendigkeit, die Linke zu re-definieren nach dem Zusammenbruch der bürokratischen Regime im Osten und den enttäuschenden Erfahrungen des "Regie-

card d'Estaing für den Maastrichter Vertrag organisierte.

Am 30. August 92 rief er in Belfort zur Gründung des "Mouvement des Citoyens" (Bürger-Bewegung) auf, in der die kritischen Mitglieder der PS, aber auch die, die schon die Partei verlassen hatten oder aus anderen Organisationszusammenhängen kamen, einen gemeinsamen Rahmen finden sollen.

Es war bestimmt nicht einfach, ein linkes Nein zu Maastricht in den Medien zu formulieren, in denen Pasqua oder Seguin mit der Verteidigung der Nein-Position dominierten. Aber das Ergebnis hätte auch dem letzten Regierungssozi die Augen öffnen müssen über den Abgrund, der ihn nunmehr von seiner sozialen Basis trennte. 80% des gesamten politischen und gesellschaftlichen Establishments, 99% der Medien hatten versucht, ein haushohes Ja-Ergebnis regelrecht zu verordnen ... und bekamen mit Ach und Krach 51% zustande. Und die Ursache war nicht Unkenntnis oder nur dumpfe Furcht: die Wähler hatten zu hunderttausenden den Vertrag studiert und debattiert. "Le retour des citoyens", die Rückkehr oder das Wiedererwachen des Bürgerwillens nannte es die erstaunte Presse. Die sogenannte Partei- oder Staatsverdrossenheit machte sich also nicht mehr nur durch passive Wahlenthaltung Luft, sondern versuchte sich bewußt gegen die verordneten Meinungsführer auszudrücken. Eine Lehre, die sich gerade die Linke in Europa zu Gemüte führen sollte, auch über die eventuell verschiedenen Positionen zum Maastrichter Vertrag hinaus.

Zudem erbrachten alle Wahlanalysen, daß entgegen der Interpretation des Neins als rein nationalistischer Abwehrhaltung, es mehrheitlich die linken Hochburgen waren, die mit Nein gestimmt hatten, genau jene, die Mitterrands Wahl von 1981 und 88 gesichert hatten.

Doch der Monarch im Elysee-Palast hatte von alledem scheinbar nichts bemerkt und benannte *Pierre Bérégovoy* zum Premierminister, der bis zum bitteren und vorhersehbaren Ende den "Franc fort" verteidigen sollte.

Es hat keinen Sinn und wäre unwürdig, über die letztendlichen Beweggründe seines Selbstmordes zu spekulieren. Aber sicher verkörperte er wie kein anderer den tragischen Fall der französischen Sozialisten. Er, der nicht wie die meisten anderen Vertreter der Regierungsnomenklatura der PS seit spätesten 1986 aus den Eliteschulen als Quereinsteiger rekrutiert

**"Die traditionellen Parteien stellen immer noch wichtige kulturelle und politische Anhaltspunkte dar, ohne die man heute nicht operieren kann. Sie haben zugleich ihre Unfähigkeit gezeigt, den Fragen gerecht zu werden, die ihnen heute gestellt werden."**

*Patrick Braouzek, Bürgermeister von Saint-Denis, KP*

der zugleich ein Wendepunkt für die politische Linke in Frankreich war.

Ausgerechnet in einem Land, in dem selbst das Credo der bürgerlichen Parteien auf einem, wenn auch demagogischen Image einer unabhängigen Nation beruht, verdingte sich eine sozialistische Regierung als Söldner eines amerikanischen Kreuzzuges in die arabische Welt.

Das Maß war voll für viele Anhänger der PS, die bis dahin noch zähneknirschend die Regierungspolitik als kleineres Übel ertragen haben. Bis dahin waren "Dissidentenbewegungen" in der PS, aber auch in der PCF, Randerscheinungen geblieben, die zumeist lokal begrenzt waren. Diesmal ging der Bruch durch die Anhänger, die Mitglieder, die Mandatsträger bis hin zum Rücktritt von *Jean-Pierre Chevènement*, der als sozialistischer Verteidigungsminister eine zentrale Figur in diesem Konflikt war. Der Beweis war er-

rungs-Sozialismus" in Westeuropa wurde zu einem organisationsübergreifenden Debattenthema für tausende Anhänger und Mitglieder in den verschiedensten Strömungen. Selbst die Hoffnung, daß die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in PCF und PS, in verschiedene trotzkistische Strömungen und in eine Unzahl von Richtungsgewerkschaften nicht für ewig festgeschrieben ist, wurde wieder zu einer greifbaren Perspektive in vielen Orten, in denen sich die verschiedenen Strömungen in "Refondations"-Komitees zusammenfanden.

Die gemeinsame Dynamik dessen, was man jetzt "kritische Linke" nannte, konnte sich wiederum in einer öffentlichen Initiative für ein "linkes Nein im Maastricht-Referendum" ausdrücken. Erneut setzte sich J. P. Chevènement mit seinen Freunden klar von der PS-Führung ab, die gemeinsame Veranstaltungen mit Gis-

worden war. Er, der Schlosser und Gewerkschafter, der den sozialen Aufstieg zum Premierminister geschafft hatte.

Aber er war es auch, dessen ganzes Streben dahin ging, der oberste Wächter des "Franc fort" zu sein, mit der Härte eines Bundesbankpräsidenten, und der stolz war, bewiesen zu haben, daß die Sozialisten mit Geld umgehen können... Die Presse beschrieb "Béré" am Ende als einsamen Mann. "Seine" Wähler hatten ihn am 28. März verlassen, auch wenn er persönlich sein Abgeordnetenmandat behielt. Und auch wenn seine Nachbarn in seiner neuen Wohnung im schicken Pariser Residenzviertel seiner Geldpolitik sicher nicht abgeneigt waren, so hatten sie ihn doch nie zu den ihren gezählt. Seine Parteifreunde schließlich zerfleischten sich eine Woche später in Fraktionskämpfen um die Parteiführung, aus denen schließlich Rocard als vorläufiger Sieger hervorging. Die PS von Epinay war zu Grabe getragen worden ... es war die Partei von Bérégovoy.

### Klärungsprozeß

J. P. Chevènement und seine Freunde weigerten sich, an den internen Fraktionskämpfen teilzunehmen und vollzogen konsequenterweise ihren Bruch mit der PS. Am 1. Mai kündigten sie in der vollen Stadthalle in Paris an, im Dezember die "Mouvement des Citoyens" als neue politische Formation zu konstituieren. Die drei Abgeordneten des "Mouvement des Citoyens" sitzen heute als unabhängige Abgeordnete in der Nationalversammlung, die jedoch vorläufig durch einen assoziierten Status mit der PS-Parlamentsfraktion verbunden bleiben. Die oppositionellen KP-Abgeordneten haben einen Status aushandeln können, der ihnen Rede- und Stimmrecht unabhängig vom Fraktionszwang einräumt.

Nichtsdestotrotz wird momentan das Politikfeld auf der linken Seite vor allem von einem immensen Vakuum beherrscht. Ballardur hat die Situation treffend erkannt und vermeidet trotz seiner erdrückenden Parlamentsmehrheit jede arroganzstrotzende Initiative. Nicht um die Linke zu schonen, sondern um seine übergroße Rechte unter Kontrolle zu halten. Daher die Politik der "eisernen Hand im Samthandschuh". Ballardur weiß, daß sein Heer an rechten Abgeordneten nicht dem realen Kräfteverhältnis im Land entspricht. Eine rechte Revanchepolitik würde der Linken zu schnell wieder auf die Beine helfen bis zu den Präsidentschafts-

wahlen von 1995. Eine zu "softe" Orientierung würde von einer Großzahl rechter Abgeordneter nicht akzeptiert werden, wie die erste Debatte um den "Code de la nationalité", des bisher freizügigen französischen Einbürgerungsrechts, gezeigt hat. Außen vor steht Le Pen, der nur darauf wartet, den "Verrat der liberalen Rechten" zu brandmarken, um dann vorführen zu können, was wirklich rechte Politik heißt.

So kleidet Ballardur seine drastischen Sparpläne der Sozialkassen und die Verschärfung der Ausländergesetze in den Mantel der Kontinuität

- Neufassung des Einbürgerungsrechts auf der Basis einer Gesetzeskommission von 1988, die auch von vielen Sozialisten als Konsensmodell anerkannt wurde.

- Verschärfung der Ausländergesetze im Namen des Kampfes gegen die "Illegalen" (ausländischen Arbeitnehmer). Ein "Kampf", der schon 1992 von der sozialistischen Regierung mit einem Gesetz gegen die illegalen Arbeiter bedacht wurde. Natürlich ist jetzt das Betätigungsfeld ausgeweitet worden auf einen Feldzug gegen Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung, Drogenhändler und die sogenannten Scheinehen ("mariage blanc"), weil sie zur Legalisierung der ausländischen Ehepartner führen.

- Um schließlich die Bürger im Sozialbereich zur Kasse zu bitten, ließ sich Ballardur nichts neues einfallen. Er verdoppelte nur die CSG, eine neue Sozialsteuer, die von Rocard höchstpersönlich 1991 eingeführt wurde.

### Die Neubestimmung der französischen Linken

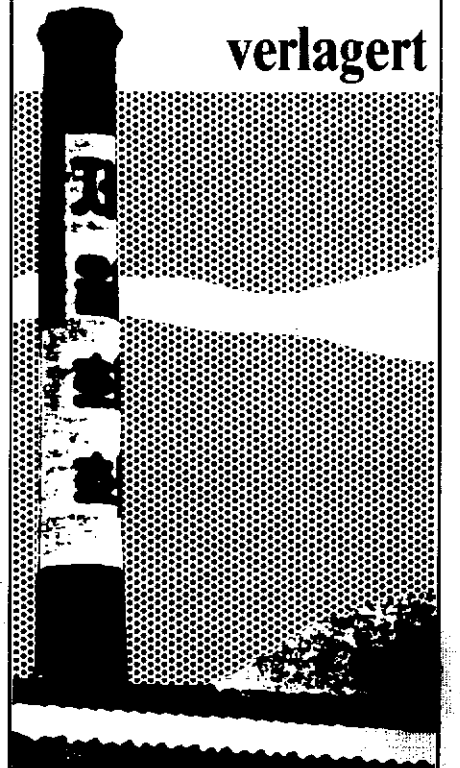
Das positive Ergebnis der historischen Niederlage der französischen Linken und insbesondere der sozialistischen Partei ist vielleicht die Einsicht, daß die Neubestimmung, die "Refondation" der politischen Linken, nicht mehr nur die Angelegenheit der Dissidenten der traditionellen Parteien ist:

"Bisher gab es eine Linke (in Frankreich), aus der langsam eine Opposition hervorging auf der Suche nach einer neuen Perspektive. Das schrille Ende der Partei, die in Epinay gegründet wurde (PS), komplementiert nunmehr das Bild einer isolierten PCF. Eine Situation, die

Neuerscheinung

## Todesproduktion

verlagert



### Der Fall Rex-Asbest:

- im Hinterhof der reichen Industrienationen geht die Produktion des krebserregenden Asbest weiter;

- ein deutsches Unternehmen nützt die Zwangslage des Schwellenlandes Südkorea aus, um mit Verfahren, die Menschen und Umwelt schaden, weiterhin Profit zu machen;

- dokumentiert wird ein politischer Skandal und die Situation der Industriearbeiterinnen und -arbeiter in der 3. Welt.

Erhältlich unter der ISBN 3-88534-124-7 im Buchhandel oder direkt über den Verlag 2000, Postfach 102062, Bleichstr. 5-7, 6050 Offenbach 1, zum Preis von 15,- DM pro Heft, zzgl. Versandkosten.

damit die Frage eines Neuanfangs grundsätzlicher aufwirft. Und sie stellt diese Frage nunmehr ausnahmslos an alle Akteure eines fortschrittlichen Projekts. Ein "Dissidenten"-Projekt zu kultivieren wäre in dieser Lage kleinkariert. In Konkurrenz eine "dritte Kraft" aufzubauen, würde dazu beitragen, die Perspektive für ein progressives Projekt zu verengen. Das einzige Projekt, das den Erwartungen entspricht, ist der gemeinsame Aufbau einer mehrheitsfähigen Perspektive, als Projekt der gesamten politischen Linken. (...) Wir würden dabei nur eine einzige Vorbedingung stellen: Die Bereitschaft, ohne jegliches Tabu die Politik in Frage zu stellen, die zur Niederlage geführt hat." (aus dem Leitartikel von "démocratie!" nach der Wahl).

Formation der Linken entgegen? Aber man kann auch die Frage stellen, welches ideologische Konstrukt heute noch begründen kann, warum ein Eisenbahner zwischen sieben Gewerkschaften wählen muß, um seine Interessen entsprechend ineffizient zu verteidigen? Das Dilemma ist jedoch, daß die alten Organisationsrahmen überkommen sind, aber - wenn auch mehr schlecht als recht - weiterbestehen. Die alte Generation der KP-Reformer um Fiterman hat den Moment verpaßt, zu einer legitimen Alternative der alten Führung um Marchais zu werden. Sie bereiten heute den Ausstieg vor, ohne Hoffnung, größere Teile mit sich zu ziehen. Die junge Generation der KP-Reformer will, aus dieser Erfahrung heraus, einen neuen Ansatz finden: Patrick Braouzek, Bürger-

Art 'Democratic Party' à la française zu kommen, die rechts und links als Gallionsfiguren einige Reformkommunisten, Realo-Grüne und vor allem die Liberalen integrieren könnte. Ein Rezept, das von Fabius lange verfochten wurde, aber auch sehr dem "Big-Bang"-Konzept von Rocard nahekommt.

Die Freunde von Jospin, Mauroy aber auch Mélançon halten eher an einer Verankerung als sozialdemokratische oder sozialistische Partei fest, die es aber programmatisch zu erneuern gilt.

Viel wird davon abhängen, ob es zum Beispiel bei dem provisorischen Parteitag am 4. und 5. Juli gelingt, eine wirkliche Bilanz der Regierungspolitik zu ziehen, die zum katastrophalen Wahlergebnis im März geführt hat. Für Jean-Luc Mélançon, Senator und Verantwortlicher der "Gauche socialiste", der kleinen Strömung der PS-Linken, die im Gegensatz zu Chevènement heute in der provisorischen PS-Führung integriert ist, bleibt die Frage offen: "Die Absetzung der alten Führungsriege ist schon als solches ein Signal, daß es um mehr geht als nur um Posten und Personen. Die Mehrheitsresolution der Parteivorstandssitzung vom 3. April bleibt dabei nicht vage '...die Linke ist wieder neu aufzubauen, die gesamte Linke. Die Sozialisten werden nur ernst genommen werden, wenn sie zuallererst ihre Fehlentscheidungen zugeben, die zu einer noch nie in diesem Ausmaß gekannten Niederlage geführt haben, und wenn sie fähig sind, andere Orientierungen für die Zukunft aufzuzeigen.' Das ist ein klares Mandat..."

Aber werden vor allem die, die Verantwortlichkeiten hatten in dieser Zeit, fähig sein zu einem Bruch mit der sozial-liberalen Politik der Krisenverwaltung, oder sich mit dem Erklärungsmuster abfinden, daß das Volk die an sich gutgemeinten Gesetze nicht richtig verstanden habe, oder daß man vielleicht so manches nur nicht zu erklären gewußt hat...?

Chevènement dagegen hat mit dem "Mouvement des Citoyens" die Entscheidung getroffen, nun in autonomer Weise auf die Neugestaltungsprozesse der französischen Linken einzuwirken. In einem Brief an die Sozialisten schreibt er: "Nach dem Mißerfolg des 28. März haben unsere Verantwortlichen (der PS) keinerlei politische Analyse vorgelegt (...) Sie haben sich in der Parteivorstandssitzung vom 3. April nur zerstritten über die Frage der Führung und des Terminplans für ihre Erneue-

**"Nur in einem genügend großen Wirtschaftsraum und in einem entsprechend weiten Aktionsfeld wie dem Europas (nicht Maastricht) kann es heute gelingen, die zivilisatorischen Errungenschaften, die sich z.B. in der Sozialgesetzgebung niedergeschlagen haben, zu erhalten."**

Michel Panthou, Mitherausgeber von "démocratie!"

Die zweite wichtige Komponente für eine Reorientierung der Arbeiterbewegung ist die Möglichkeit, die aus dem Zusammenbruch der bürokratischen Regime im Osten Europas resultiert, was nichts damit zu tun hat, der dort dominierenden neo-liberalen Welle das Wort zu reden. Im Gegenteil. Gerade in den Ländern Europas, in denen, anders als in Deutschland, die KPen oft eine dominierende Rolle in der Arbeiterbewegung gespielt haben, ist somit die Frage gestellt, ob die historische Strukturierung in Referenz an die erste, zweite, dritte oder auch vierte Internationale noch Sinn macht. Kein seriöser Verantwortlicher, selbst in der PCF, kann heute noch bürokratische oder stalinistische Organisationsschemata verteidigen. Der freizügige Status, den die kritischen PCF-Abgeordneten erringen konnten, ist übrigens der beste Beleg. Was steht also prinzipiell der Perspektive einer pluralistisch organisierten, großen

meister des "roten Vororts" Saint-Denis meint:

"Die traditionellen Parteien stellen immer noch wichtige kulturelle und politische Anhaltspunkte dar, ohne die man heute nicht operieren kann. Sie haben zugleich ihre Unfähigkeit gezeigt, den Fragen gerecht zu werden, die ihnen heute gestellt werden. (...) Ich denke, daß man einen großen Fuß in der Partei haben muß und zugleich außerhalb arbeiten sollte, denn, wie jede Institution, haben es die Parteien nötig, ein bißchen aufgerüttelt zu werden, um sich weiterzuentwickeln."

Nach dem Salonputsch vom 3. April in der PS, bei dem Fabius "gestürzt" wurde, hat die neue, sehr heterogene Führung um Rocard zumindest die Zersetzungsfrage stoppen können.

Zwei Konzepte stehen sich hauptsächlich gegenüber: Eines besteht darin, die sozialistische Partei als Partei der Arbeiterbewegung zu begraben und zu einer

Die einzige Frage, die sie interessierte war, ob ein Klan einen anderen ersetzen wird und der damit nach seinem Gutdünken das manipulieren wird, was sie wagen die "Generalversammlung" (provisorischer Parteitag der PS) zu nennen (...) Akzeptiert nicht die Umwandlung der Partei, die vor 22 Jahren in Epinay gegründet wurde, in eine 'demokratische Partei' nach amerikanischem Vorbild, in der ihr dazu verdammte sein werden, Konfettis einem Kandidaten zuzuworfen, der vom Establishment verordnet worden ist. Die Linke, das ist ein Projekt, das die Bürgerrechte dem Konzept der 'Zivilgesellschaft' vorzieht, das Prinzip der Republik dem des Marktes, das allgemeine Wahlrecht über den Kult der Meinungsumfragen stellt, die vom Volk gewählten Abgeordneten denen vorzieht, die von den Medien erkoren werden. Um das Fundament zu legen für einen neuen republikanischen Pakt für das Frankreich des 21. Jahrhunderts, so wie es der 'Nationale Rat der Resistance' vor 50 Jahren getan hat, muß man die Linke neu aufbauen als Antwort auf die immensen Probleme, die Frankreich lösen muß: (...)

Der 'Mouvement des Citoyens' wird eine Etappe sein. Ein Katalysator für spätere Neuordnungen, die breiter sein werden und die die Gründung einer großen Partei der Linken erlauben können. (...)

Er verkörpert, wie kaum ein anderer, die drei Brüche mit der PS-Regierungspolitik: gegen die wirtschaftsliberale Wende von 1983, den Golfkrieg und den Maastrichter Vertrag. Abgesehen von den französischen Grünen, die weiterhin Schwierigkeiten haben, sich links oder rechts zu positionieren, stellt er den stärksten Pol außerhalb von PS und KP dar, zudem mit drei Parlamentsabgeordneten als öffentlichem Sprachrohr, was den Grünen weiter versagt bleibt.

Allerdings ist nicht sicher, ob seine Bewegung wirklich zum Sammelpunkt der vielen zerstreuten Aktiven werden kann, die einen Neuanfang jenseits der traditionellen Strukturen suchen. Chevènements Offenheit gegenüber der gaullistischen Idee der "Grande Nation" irritiert viele, die potentiell einer neuen Kraft aufgeschlossen gegenüberstehen. Chevènement hat es sicherlich verstanden, die gerade von Linken oft vernachlässigte Frage der Nation und ihrer Souveränität nicht der Rechten zu überlassen. Aber anläßlich der Europawahl von 1994 als nächstem politischem Eckdatum wird sich die Frage stellen, ob es Chevènement gelingt, über das Nein zum liberalen

Maastricht hinaus, den Kampf für ein anderes, soziales Europa zu verkörpern.

## Gibt es eine europäische Linke?

Damit sind wir vielleicht bei einer der Schlüsselfragen der Neuordnung der Arbeiterbewegung und der Linken in Europa. Jeder erkennt heute den enormen Internationalisierungsprozeß der Kapital-, Politik- und Kulturbeziehungen als Faktum an. Die sozialen Regulationsmechanismen, die sich im Rahmen der Nationalstaaten herausgebildet haben, waren für eine Situation mit internationalen Handelskriegen und weltweitem Sozialdumping nicht vorgesehen. Der bisher nationale Handlungsrahmen des Klassenkampfes, selbst in seinen hyperinstitutionalisierten Mitbestimmungsformen in den europäischen Staaten, sind damit heute in Frage gestellt. Die Aufkündigung ganzer Tarifverträge, wie kürzlich in der Bundesrepublik, verbunden mit der Drohung von Verlagerung gesamter Branchen, ist nur die Spitze dieses Eisberges, der anfängt aufzutauchen. Die Arbeiterbewegung erschöpft sich im wahrsten Sinne des Wortes in jedem Land in manchmal verzweifelten Verteidigungskämpfen der bisherigen Sozialerregungschaften ihres Staates oder zieht sich darauf zurück, gemeinsam mit einigen Unternehmern oder Branchenvertretern die ausländische Konkurrenz zu bekämpfen.

Dieselben Unternehmer aber hindert das nicht daran, gleichzeitig international zu denken, ihre Produktionsstrukturen entsprechend zu verlagern oder in Brüssel bessere Bedingungen zum innereuropäischen Sozialdumping zu erpressen. Die besten "Internationalisten" heißen heute Hoover, Grundig oder VW.

Ein neues gesellschaftliches Kräfteverhältnis, das es erlaubt, die sozialen und zivilisatorischen Errungenschaften des alten Kontinents zu sichern oder gar auszubauen, muß sich heute auf europäischer Ebene entfalten, was natürlich auch den Osten Europas einschließen muß.

Es ist zu befürchten, daß die Identitätskrisen der verschiedenen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien Westeuropas weiterschwellen werden, wenn man sie nur als konjunkturelle "Absatzkrisen" auf dem jeweils nationalen Politikmarkt versteht.

Zugleich aber eröffnet die Verallgemeinerung dieser Krisen über die Grenzen ei-

nes Landes hinaus einen Diskussionsprozeß, der aus der Debatte für die Vernetzung einer europäischen Linke eine reale Notwendigkeit macht.

Michel Panthou, Gewerkschafter und Mitherausgeber von "démocratie!", stellt dazu einen historischen Vergleich an: "Die Arbeitnehmer waren zu Beginn des industriellen Zeitalters mit den neuen Produktionsbedingungen konfrontiert. Sie stürmten bekanntlich zuallererst die Maschinen und Fabriken, um dann relativ schnell den Rahmen der einzelnen Produktionsstätte zu überwinden und sich in Strukturen zu organisieren, die die Gesamtheit der Lohnabhängigen vereinigen konnte gegenüber denen, die die Produktionsbedingungen bestimmen, nicht gegenüber ihren Arbeitsinstrumenten. Heute sind diese Strukturen (der Arbeiterbewegung) mit einer Herausforderung desselben Typus konfrontiert. Nur in einem genügend großen Wirtschaftsraum und in einem entsprechend weiten Aktionsfeld wie dem Europas (nicht Maastricht) kann es heute gelingen, die zivilisatorischen Errungenschaften, die sich z.B. in der Sozialgesetzgebung niedergeschlagen haben, zu erhalten. Nur ein neues Kräfteverhältnis, das über den heute oft zu engen Rahmen der Fabrik/Nation hinaus die Arbeitnehmer von Hoover in Frankreich und in Schottland (Ort der Produktionsverlagerung), die von VW in Deutschland und der Tschechoslowakei vereinigt, kann europäische Tarifverträge durchsetzen oder neue Regulations-Mechanismen in Gang setzen, wie z.B. Ausgleichszölle gegen Sozialdumping..."

Die Perspektive der Europawahlen von 1994 macht es nötig, diese Diskussion in greifbare politische Vorschläge zu übersetzen. So fand z.B. am 12. Juni in Paris eine erste "Versammlung für ein anderes Europa" statt. Weitere Initiativen werden folgen. Die Linke in Europa wird zeigen müssen, daß sie mehr ist als nur ein Kolloquiumsthema.

Für die französische Linke ist das brennendste Problem nach 12 Jahren Krisenverwaltung, die Fähigkeit zur sozialen und politischen Initiative zurückzugewinnen. Und das heißt nicht nur, zu mehr oder weniger medienwirksamen Hoffnungsträgern zu werden, sondern vor allem wieder zu Akteuren der sozialen Bewegungen.

# Jusos auf dem Weg aus der Krise - Aufbruch von links

von Stefan Schostok\*

## Von Wolfenbüttel und Bonn über Magdeburg ...

Bundeskongreß Wolfenbüttel, Mai 1992: im Falle einer Entscheidung der SPD gegen den Artikel 16 GG sollten im Verhältnis zur Partei alle Optionen (bis hin zum Austritt) geprüft werden. Bonn, Dezember 1992: nach einer Auseinandersetzung mit dem "Petersberg"-Projekt der SPD wurde der inhaltliche und personelle Bruch mit der Politik der SPD-Enkel formuliert. In einem "Manifest" wurde die Rolle der Jusos als innerparteiliche Opposition und die Erneuerung der Doppelseite festgehalten. Auf dem diesjährigen Bundeskongreß der Jusos in Magdeburg standen nun nach dem Engholm-Rücktritt sowohl die Personaldiskussionen in der SPD als auch Debatten zum zukünftigen Verhältnis der Jusos zur SPD auf der Tagesordnung. Es stellte sich vor dem Kongreß die Frage, ob die Ansätze der vergangenen Monate zu einer Profilierung als innerparteiliche Opposition für weitergehende Akzentsetzungen in inhaltlich-programmatischer und auch personeller Art genutzt werden könnten. Eins wurde "trotz allem" deutlich: Eine wichtige Phase zur Beendigung der Krise der Jusos und einer Rekonstruktion linkssozialistischer Opposition innerhalb der SPD ist eingeleitet. Was für Jusos nicht immer selbstverständlich war: die Debatten und Positionsfindungen standen eindeutig im Vordergrund des Kongresses. Die Beschlüsse zur Sozialdemokratie, Perspektive der Jusos und zu frauen-, sozial- und umweltpolitischen Reformfeldern demonstrieren dies.

## Erneuerung der SPD

Mit der Verarbeitung der "Ära Engholm" und mit den Anforderungen an ei-

\* Stefan Schostok, Jusos-Bezirksvorsitzender Hannover

nen personellen und inhaltlichen Neuanfang der SPD vor dem Hintergrund der Enkel-Erbschaftsdebatten setzte sich eine Resolution des Bezirks Westliches Westfalen auseinander. Zum einen waren die zwei Jahre der Führung Engholms eine Fortsetzung des durch Scharpfs These des "Sozialismus in einer Klasse", das propagierte "Ende der Arbeitsgesellschaft" und die Arbeitszeitdebatte Oskar Lafontaines eingeleiteten Bruchs mit den Gewerkschaften. Die "Modernisierungs"-Variante Engholms mit dem Petersberg-Projekt (Beseitigung des Asylrechts, schrittweise Hinwendung zu militärischer Außenpolitik, endgültige Aufgabe einer gestaltenden Wirtschaftspolitik mit dem Ziel des ökologisch-sozialen Umbaus etc.) stellt eine Anpassung an die rechten Konzepte der Modernisierung der Gesellschaft und in der Folge einen weiteren Bruch, diesmal mit den Neuen Sozialen Bewegungen dar.

In Anlehnung an ihr "Alternatives Sofortprogramm" aus dem Herbst 92 fordern die Jusos eine Erneuerung und Zuspitzung des sozialdemokratischen Profils, mit dem eine Ablösungsperspektive gegen die Rechtsregierung entwickelt werden kann. Die dafür benannten Eckpunkte stellen auch die Anforderungen an die Besetzung des Parteivorsitzes dar. Offensichtlich, daß diese Kriterien nur von Heidi Wiczorek-Zeul erfüllt werden können:

- ◆ ein schlüssiges Gesamtkonzept einer alternativen Wirtschaftspolitik, das den ökologischen Umbau ökonomisch ermöglicht,
- ◆ das Verlassen des bisherigen Asylkurses, die soziale Regulierung von Einwanderung und die Verbindung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer Offensive gegen rechtsextremistische Parteien,
- ◆ eine Außen- und Sicherheitspolitik, die eine neue ökonomisch-soziale Kooperation des Nordens und des Südens aufbaut und Bundeswehreinätze jeglicher Art, über Verteidigungszwecke hinaus, kategorisch ablehnt,
- ◆ das Vorantreiben der Gleichstellung

von Frauen durch Förderpläne und Quoten in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit und

- ◆ die Schaffung eines veränderten Begriffs der "Inneren Sicherheit", der sich an sozialpolitischen Vorstellungen orientiert.

## Erfrischend radikale Positionen zum Bruch mit der Enkelei!

Ausgehend vom Asylkompromiß zeichnet der Beschluß des süd-hessischen Antrags "Gegen den EnkelInnen-Opportunismus - Für eine radikale Opposition der Jusos!" die Politik der deutschen Sozialdemokratie in allen politischen Themenfeldern als opportunistische Anpassung an Rechts. Aber: "Die Konservativen werden es ihr nicht danken. Schon jetzt ist erkennbar, daß im Zuge der einsetzenden Konjunkturkrisen die SPD weitergejagt werden wird ... Damit ist die SPD unter der gegenwärtigen Führung weder sozial noch demokratisch, sondern ein den Medien und Stimmungen ausgelieferter Wahlkampfverein amerikanischen Zuschnitts". Weitergehend setzt sich der Beschluß mit dem Linkssein der Enkel auseinander: Diese seien nicht per se Linke, sondern haben im Kern die Logik kapitalistischer Vergesellschaftung verinnerlicht. "Die Utopie eines demokratischen Sozialismus wird unter der Herrschaft der Enkel ein Waisenkind." Ausgehend von der Analyse der internationalen Situation nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung und der kapitalistischen Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten, vor dem Hintergrund des Versagens der Sozialdemokratie und der Politik der Konservativen, werden die Gefahren von rechts für den sozialen und demokratischen Rechtsstaats skizziert. "Der Rechtsextremismus ist kein vorbeifliegender Spuk,

sondern an die sozioökonomische Krise geknüpft. Mit Solidaraktionen alleine ist er nicht zu bezwingen." Für die politische Zukunft der Jusos heißt das ganze unter den gewandelten Bedingungen, "entweder weiterhin die Kultur zu pflegen, gelegentlich aufmuckende 'Jungfunktionäre' zu sein oder aber tatsächlich oppositionell und kritisch den herrschenden 'Mainstream' in der SPD zu attackieren." Für die kulturelle Seite stellt sich den Jusos die Aufgabe, entweder an den traditionellen Politikformen festzuhalten oder "es sich zuzumuten, in die kulturelle Wirklichkeit der sogenannten 'Postmoderne' einzutauchen und Kulturkritik zu reorganisieren."

Die Debatte um die Situation der SPD und die Perspektiven linker Politik war auf dem Bundeskongreß sicherlich zu sehr von den personalpolitischen Diskussionen geprägt. Der Ansatz des Magdeburger "EnkelInnen-Beschlusses", die Zusammenhänge zwischen dem Wandel/der Anpassung in der SPD an die kapitalistische Formationsentwicklung und Anforderungen an linkssozialistische Politik zu thematisieren, stellt aber einen hervorragenden Einstieg in eine theoretisch-strategische Neubestimmung des Profils und der Orientierungen der Jusos dar, der auch genutzt werden sollte.

## Perspektiven einer fortschrittlichen Umbaupolitik

Der inhaltliche Schwerpunkt des Kongresses "Solidarität statt Solidarpakt" lag - nach einer Auseinandersetzung mit dem "Föderalen Konsolidierungs Programm"/Solidarpakt der Bundesregierung und den Positionen der SPD dazu, zu denen die Jusos ein alternatives Finanzierungskonzept für eine gerechte Verteilungspolitik entwarfen -, in der weitergehenden Debatte um den ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft. In Beschlüssen zum frauenorientierten Umbau des Sozialstaats, zur Zukunft des Sozialstaats und zur Perspektive des ökologisch-sozialen Umbaus der Wirtschaft knüpfte der Bundeskongreß an die "Sofortprogramm"-Diskussionen an. Es wurde in der Diskussion deutlich, daß die Jusos nicht klägender Wegbegleiter einer niedergehenden Sozialdemokratie sein wollen, sondern programmatische Alternativen entwickeln. Dennoch ist die Verständigung auf eine gemeinsame Stoßrichtung immer

noch schwierig. Ansonsten wäre die Diskussion um den Zusammenhang von ökologischem und sozialem Umbau nicht annähernd so gespenstisch gewesen. Ein anderer Streitpunkt im Kontext der Debatte um "Erwerbsarbeit contra Eigenarbeit" ist an der Frage der bedarfsorientierten Mindestsicherung ausgetragen worden, hatte aber nicht annähernd die Grundsätzlichkeit der vergangenen Jahre. Vollständig abgelehnt wurden marktradikale Vorstellungen im Zusammenhang mit einem ökologischen Umbau der Wirtschaft.

## Bundesarbeits- programm und der linkssozialistische Bundesvorsitzende

Im Gegensatz zu vergangenen Bundeskongressen gab es kein im Vorfeld gemeinsam erarbeitetes Bundesarbeitsprogramm. So dienten zwei Programme, die jeweils mit den Vorsitzendenkandidaturen zusammenhängen, der inhaltlichen Polarisierung zwischen den Strömungen. Christian Lange aus Baden-Württemberg, Kandidat mit Unterstützung aus dem "undogmatischen" Bereich für das Arbeitsprogramm AG Waiblingen, und Thomas Westphal aus Schleswig-Holstein, Kandidat der Jusos-Linken mit dem Arbeitsprogramm vorschlag aus dem Bezirk Hannover. In der Tat verbargen sich hinter den Entwürfen unterschiedliche Konzeptionen der Kandidaten für die Arbeit des Jusos-Verbandes. Im Hannoveraner Antrag spielte die Analyse der politischen Entwicklungen der letzten Jahre und die entsprechend hergeleiteten Aufgabenstellungen und zusammenhängenden Projekte (Internationales, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Rassismus) für den Jusos-Verband eine große Rolle. Der Waiblinger Entwurf verzichtete auf eine Analyse vollständig und legte den Schwerpunkt auf die "Handlungsfähigkeit durch die Verständigung zwischen Bezirken und Landesverbänden". Aber auch hier wurden Schwerpunktsetzungen auf wesentliche Projekte (hier im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich, im Erhalt der Grundrechte, Internationalisierung etc.) vorgenommen, worin sich beide Programme sehr ähnelten. Am Ende wurde der Waiblinger Entwurf in einem knappen Abstimmungsergebnis zur weiteren Diskussionsgrundlage. Eine weitere Abstimmung des Bundesarbeitspro-

gramms wurde dann aber auf die folgenden Wochen verlegt.

In der anschließenden Vorsitzendenwahl gelang es dem Jusos-Linken Thomas Westphal, sich gegen Christian Lange durchzusetzen. Entscheidend für die Wahl war wohl die konsequenter und überzeugendere Vertretung eines linkssozialistischen Profils für die Jusos durch Westphal.

## Zukunft der Jusos

Von großer Bedeutung ist der Beschluß des Kongresses über die Richtlinien für die Jusos-Arbeit. Dieser sieht die Öffnung für Nichtmitglieder unter Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes, die Entscheidung, den Ost-Jusos künftig 50 Delegiertenplätze auf Bundeskongressen einzuräumen, und die harte Quotierung für Bundeskongresse vor. Diese organisationspolitischen Entscheidungen müssen zukünftig mit der Erneuerung des linkssozialistischen Profils der Jusos verbunden werden. Die Debatten und Beschlüsse dieses Bundeskongresses zur Zukunft der Sozialdemokratie und zu den Vorstellungen eines ökologischen und sozialen Umbaus müssen den Ausgangspunkt darstellen, von dem aus die Modernisierungsvorstellungen der Enkel attackiert werden.

Um eine Erneuerung linkssozialistischer Programmatik und verstärkte Eingriffsmöglichkeiten in der Gestaltung fortschrittlicher Politik möglich zu machen, ist bei den Jusos mehr denn je eine Politisierung und eine neue innerverbandliche (Diskussions-)Kultur notwendig. Daß dies gelingt, hängt - entgegen der weitverbreiteten Meinung - neben der gemeinsamen Arbeit des Verbandes an den thematischen Projekten auch mit der Zukunft der Strömungen bei den Jusos zusammen. Wenn sie ihre Rolle als Impulsgeber für neue strategische und theoretische Diskussionen wahrnehmen, haben sie eine größere Relevanz für die Zukunft linkssozialistischer Politik bei den Jusos und anderswo als jede sozialdemokratische Harmonie- und Anpassungsvariante für den politischen Erhalt der Enkelei.

# Gegen den EnkelInnen Opportunismus -

Auf dem Bundeskongress der Jusos am 14.-16. Mai 1993 in Magdeburg wurde mit Thomas Westphal aus Lübbeck nach zweijähriger Unterbrechung wieder ein Vertreter der Juso-Linken an die Spitze gewählt. Die heftige Kritik, mit der die SPD überzogen wurde, fand ihren deutlichsten Ausdruck in einem Antrag des Bezirks Hessen-Süd. Der mit deutlicher Mehrheit gefaßte Beschluß, den wir in gekürzter Form dokumentieren, sagt nicht nur etwas aus über die Verbitte-rung und Radikalisierung weiter Teile der Jusos gegenüber der Partei, er formuliert auch bedenkenswerte Erkenntnisse über die SPD und ihre Protagonisten und das Verhältnis sozialistischer Linker dazu.

## Was ist heute links in der SPD?

### I. Der politische Gehalt des Asyl-Kompromisses

Mit der faktischen Liquidierung des Grundrechts auf Asyl, der Beugung des Grundgesetzes unter dem Druck der Konservativen, hat sich die Republik und die sozialdemokratische Partei dem rechten Zeitgeist weiter angepaßt. Die rechtsextremen Fanatiker und Gewalttäter und ihr parlamentarischer Arm (Reps, DVU, etc.) können diesen Tatbestand als Erfolg ihrer Demagogie werten. Die SPD hat somit auch den rechtsextremen Brandstiftern und Gewalttätern (die weibliche Form erübrigt sich tatsächlich) nachgegeben. Mit der offiziellen Kapitulation des Allparteienkompromisses kaschiert sie, daß Grundwerte und Menschenrechte dem politischen Opportunismus geopfert wurden. Die Konservativen werden es ihr nicht danken. Schon jetzt ist erkennbar, daß im Zuge der einsetzenden Konjunkturkrisen die SPD weiter gejagt werden wird. Tarifautonomie, soziale Transferleistungen und die sozialen Sicherungssysteme sind die nächsten Bastionen, die die konservativ-liberale Koalition angreift. ...

Damit ist die SPD unter der gegenwärtigen Führung weder sozial noch demokratisch, sondern ein den Medien und Stimmungen ausgeliefertes Wahlvereinerkennungs-Zuschnitts. Dier Parallelen zwischen Engholm und Clinton sind nicht zufällig, sondern schmeichelhaft und gezielt konstruiert. Wobei Clinton immerhin die Tiefe der Wirtschaftsrezession erkannt hat und der konservativen Strategie der radikalen Angebotspolitik ein in Ansätzen progressives Wirtschafts- und Sozialprogramm entgegengesetzt. Auf ein solches wartet trotz Sonderprogramm die bundesrepublikanische Bevölkerung bis heute.

### II. Die Eigeninszenierung der Enkel:

Die Enkel sind sich untereinander nicht grün. Eigentlich wissen sie, daß ihre Uhr

mit 50 abgelaufen ist, wenn sie jetzt nicht ganz schnell an die Regierung kommen. Der Machtwille, selbst der Gedanke an die große Koalition, wäre an sich nicht tragisch, wenn nicht zugleich die Bereitschaft vorhanden wäre, die Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik dafür zu Grabe zu tragen. Diese Entwicklung war absehbar, als Oscar Lafontaine sich der Scharpfschen These des "Sozialismus in einer Klasse" anschloß. Seine Forderung nach AZV ohne vollen Lohnausgleich, von den Medien schnell zur mutigen Querdenkerei deklariert, markiert den Beginn der Richtungsänderung.

Weder individuell-kulturell noch politisch waren und sind die Enkel per se Linke. Engholm und Hauff beispielsweise "genossen" noch die Schule Helmut Schmidts. Ihre Einsichten in Sachen Kernenergie kamen spät und auch die Übernahme der Positionen der "Neuen sozialen Bewegungen" paßten gut zum Zeitgeist der frühen achtziger Jahre und der Regenerationsphase der SPD. Auch für die Enkelgeneration, die gegen Schmidt stand, gilt: Man muß(te) kein Linker sein, um gegen den Wahnsinn der Nachrüstung, der Kernenergie oder der Umweltzerstörung zu opponieren. Die aktuelle Debatte um eine sogenannte ökologische Marktwirtschaft dokumentiert dies. Die Instrumente zum Umbau der Industriegesellschaft (Ökosteuer, Abgaben, etc.) haben die Enkel unbesehen von den Marktideologen (Wicke u.a.) übernommen. Im Kern haben sie die Logik kapitalistischer Vergesellschaftung verinnerlicht. Eine prinzipielle Auseinandersetzung um Kapitalismus oder demokratischen Sozialismus führen sie nicht erst seit den überfälligen Revolutionen in Osteuropa nicht mehr. Die Utopie des demokratischen Sozialismus wird unter der Herrschaft der Enkel ein Waisenkind. Damit müssen sich die sozialistische Linke und die JungsozialistInnen in der SPD kritisch auseinandersetzen.

Die häßchenartige Kapitulation in der Menschenrechtsfrage Asyl war in der Praxis der extremste Ausdruck der Enkelphilosophie. ...

### IV. Was ist "links" in unserer Zeit?

Der Tanker SPD hat nicht nur falsche Kapitäne und Offiziere auf der Kommandobrücke. Im Maschinenraum selbst liegen die Defekte. Schon die Entstehungsgeschichte des Konstruktionsplans hatte ihre diversen Mängel.

Es nutzt wenig, einer Parteispitze, die auch in der Tradition von Ebert und Noske steht, vorzuwerfen, sie verrate ausgerechnet heute sozialdemokratische Grundprinzipien. Erinnern wir uns: 1986, auf dem Nürnberger Parteitag, verabschiedete die SPD als

sich regenerierende Oppositionspartei ein Reformprogramm, das insbesondere die Inhalte der "Neuen sozialen Bewegungen" antizipierte. "Vergessen" war die depressive Stimmung am Ende der Schmidt-Ära, die "Linke" hatte sich durchgesetzt. Das Grund-satzprogramm von Berlin 1989 bestätigte trotz eines anderen Klimas immerhin noch Essentials sozialistischer Politik.

Am 3. Oktober 1992 spricht Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D., zum Tag der Deutschen Einheit in der Paulkirche. In einer rhetorisch zweifelsohne brillanten Rede zelebriert er die "Sekundärtugenden" (O. Lafontaine), plädiert im Kern für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wohlstandseinbußen nicht aus ökologischen, sondern fiskalischen Gründen einfordert. Am Ende seiner Gedenkrede, die immer noch mehr politische Substanz als manches Enkelgeschwafel aufwies, und in der nicht eine weibliche Form oder eine Frau als handelndes Subjekt auftauchte, gab es von linken SozialdemokratInnen stehende Ovationen.

Die sozialdemokratische Linke hat sich offensichtlich damit begnügt, sich auf Parteitag totzuschlagen. In der gesellschaftlichen Praxis ist keines der Probleme (Ökologie, Emanzipation, Zukunft der (Lohn)Arbeit) wirklich angegangen worden. Dies liegt nicht nur an der konservativ-liberalen Mehrheit im Bund.

Mit der bürgerlichen Gesellschaft in der BRD, dem sogenannten Individualisierungsprozeß, der für sehr viele zuallererst Atomisierung bedeutet, hat sich auch die sozialdemokratische Linke gewandelt. Sie befindet sich in einem Differenzierungsprozeß. Ein nicht unwesentlicher Teil hat sich spätestens nach dem Zusammenbruch des sog. "realen Sozialismus" (der unseren These eines Demokratischen Sozialismus doch recht gab!) auf die Seite der "Endsieger des Ellenbogens" geschlagen. Dies war in einer Position "Ja zum Ausstieg aus der Kernenergie" bei gleichzeitiger Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Ordnung bereits angelegt.

Dieser Teil der Linken ist politisch als im Kern linksliberal einzuordnen und stellt heute mit das Führungspersonal der Partei. Natürlich kann mit diesem Standpunkt nur bedingt Opposition gemacht werden, da in ihm eine Grundübereinstimmung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schon gegeben ist. Selbst bei den "weichen Themen" (Bildung, Schule, Grundrechte, etc.) schwenkt diese Truppe früher oder später auf konservative Linien ein, da schlicht das Geld fehlt und damit auch der "Reformwille".

Eine zweite Gruppe innerhalb der sozialdemokratischen Linken sind die religiösen und ethischen SozialistInnen, die fel-

# für eine radikale Opposition der Jusos!

senfest an Grundwerten halten (Asly, Frieden, etc.) und ökonomisch die Knackfragen in der Regel ausblenden. Auch ihre zweifelsohne ehrbare Haltung findet ihre Schranke, wenn über ideelle Gesellschaftsveränderungen herausgegangen werden soll.

Die dritte und für die Jusos interessanteste Gruppe ist die Sozialistische Linke, durchaus heterogen zusammengesetzt. Traditionelle GewerkschaftlerInnen, ökologisch-sozial gesinnte Intellektuelle, MarxistInnen und SozialistInnen bilden diesen Teil, der festhält an einer Veränderung und Überwindung der kapitalistischen Gesellschafts- und vor allem auch Wirtschaftsform.

Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung wird sich in der SPD widerspiegeln.

Marktliberale als "Neue Rechte" wie in einigen UBs schon ausgebildet versus Linkssozialisten eventuell plus Konservative Mitte (also die "alte Garde") werden in unterschiedlichsten Konstellationen bei den Knackpunkten Privatisierung, Öffentliche Haushalte, Sozialpolitik (Bestandsgarantien oder nicht?) und Wirtschafts- bzw. Wachstumsperspektiven unter ökologischen Gesichtspunkten miteinander ringen. Der Einfluß der Massenmedien wird in jedem Fall für die Durchsetzung letztlich liberaler oder sozialistischer Ansätze von entscheidender Bedeutung sein. Hier ist zweifelsfrei zu konstatieren, daß die bürgerlichen Medien in der Regel das "rechte Lager" puschen.

## V. Was tun Jusos?

### a) Nicht austreten, sondern reintreten

Trotz dem Opportunismus auch führender SPD-Linker dürfen wir nicht austreten. Wer jetzt geht, wird sich rechthaberisch oder habdlungsunfähig an der Peripherie wiederfinden. Die unbefleckte Empfangnis gibt Mensch schon beim Eintritt in die Partei ab, wer geht, bekommt sie nicht zurück. Die SPD ist neben den Gewerkschaften die einzige organisierte Kraft, die politisch eine neue Epoche der Barbarei verhindern helfen kann. Die linksliberalen Grünen mögen als Alternative mit fester Weltanschauung manchen willkommen erscheinen. Jede/r muß dabei aber wissen: Mit 5,8% WählerInnen läßt sich leicht am Asylrecht festhalten. Im "Realomanifest" steht das wahre Programm, die grüne FDP. Wem das zu lang ist: Joschka Fischer will die Privatisierung des Flughafens Rhein-Main. Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen (ca. 30 000 aus dem Rhein-Main-Gebiet) bedeutet dies vor allem Aufgabe des Einflusses der Politik (Bund, Land, Kommune). Was dies für ArbeitnehmerInnen bedeutet, wissen wir aus England und den USA am besten. Was

es für die Ökologie bedeuten könnte, sollten wir uns besser nicht vorstellen.

### b) "Legenden beenden" Qualitäten entwickeln

Der Mythos der siebziger Jahre, in denen Jusos als Bürgerschreck die Magazine zierten, ist verstaubt. Dies liegt nicht nur an uns selbst, sondern auch an einer Gesellschaft, deren Wandel so radikal und rasant verläuft, daß Provokationen heute zum Alltag gehören und kaum noch Notiz finden. Umgekehrt haben sich die Jusos selbst reduziert und angepaßt.

Unsere reduzierte Relevanz in der Partei und den Medien ist nicht der Tatsache geschuldet, daß unsere VorgängerInnen so radikal waren, wie sie vorgaben, und wir es nicht mehr sind. Radikal wäre es einzugestehen, daß die bürgerliche Gesellschaft ihre Produktions- und Verkehrsformen, wozu insbesondere auch die Alltagskultur zählt, gründlicher verwandelt hat, als wir uns dies vorstellen konnten. Politische Parteien und vor allem die Jugendverbände wirken fast schon anachronistisch, wenn der "Jugendsender" MTV in den USA Wahlen mitentscheidet.

Die Jusos stehen deshalb vor einer politischen und kulturellen Grundsatzentscheidung. Politisch haben wir die Wahl, entweder weiter die Kultur zu pflegen, gelegentlich aufmuckende "Jungfunktionäre" zu sein oder aber tatsächlich oppositionell und kritisch den herrschenden "Mainstream" in der SPD zu attackieren.

Kulturell entscheidet sich, ob wir weiterhin an den traditionellen Politikformen des Sitzungssozialismus festhalten oder uns zumuten, in die kulturelle Wirklichkeit der sogenannten "Postmoderne" einzutreten und Kulturkritik reorganisieren.

Verharren wir in unseren politisch und kulturell traditionellen Formen, werden wir die Jugendorganisation und verlängerter Wahlverein einer amerikanisierten (Social Democratic Party).

Angesagt ist Gegendenkerei. Die Jusos können als "Kleine und radikale Minderheit" in der SPD, die Szenarien und Alternativen denken, die über das Bestehende hinausweisen. Wenn selbst Linke in der SPD inzwischen von der Sparhysterie ergriffen sind, ist es unser Part, Alternativen zu entwickeln, wobei wir auf Gedachtes zurückgreifen können.

Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik heißt heute antizyklische Instrumente zu kreieren und zugleich das Wirtschaftssystem selbst in Frage zu stellen. Es gibt einen gigantischen sozialökologischen Programm-vorrat, den es zu aktivieren gilt.

Entsorgung, ökologische Produktionsformen/Produkte, "Arbeit statt Sozialhilfe", aber vor allem auch Demokratisierung der Wirtschaft und Konzerne, sind neben den

richtigen Forderungen nach Arbeitsmarktabgaben, Solidaritätszuschlag etc. zur Finanzierung der Einheit bessere und zukunftsfähigere Instrumente zur Bewältigung der Rezession.

"Abwehrkämpfe" sind notwendig, genauso wichtig und für uns möglich ist das "Gegendenken" zur öffentlichen und herrschenden Meinung.

Vier zentrale Aufgaben stellen sich dem Verband in den nächsten Jahren:

1. Angesichts des sogenannten Endsiegs des Kapitalismus bei gleichzeitiger Wirtschaftskrise, die Reorganisation theoretischer Arbeit. Wenns geht, in anderer Form als in den siebziger Jahren. Auch Theorie und die notwendige Neuaneignung der sog. Klassiker (von Marx, Luxemburg/Lenin, Bakunin etc.) kann spannend gemacht werden.

2. Die Konzentration auf Schwerpunkte (siehe auch Teile): Wirtschafts- (mit Ökologie-) und Sozialpolitik an herausgehobener Position. Hier fällt die Entscheidung um die weitere Entwicklung der spät-kapitalistischen Gesellschaft, die bis in die Alltagskultur hineinwirkt.

3. Einen "neuen" und anderen politischen und kulturellen Zugang zu den Jugendlichen suchen und finden. Die hessenweite Kampagne "Wir sind scharf" ist ein erster Versuch linker, sozialistischer Modernisierung. Zu ihr gehört die Öffnung der Partei insgesamt.

4. Mut zur Opposition in der Partei, ohne ins Sektierertum abzuleiten. Wir sollten die Frage "Was ist heute links" nicht an einzelnen Genossen/Genossinnen entscheiden, sondern mit unseren inhaltlichen und personellen Vorstellungen, linkes und rechtes Verhalten "erzwingen". Uns muß es um sozialistisches Handeln und nicht Schwätzen gehen.

### c) Widerspruch bringt Fortschritt

Das gesprochene Wort gilt. Konzentration bedeutet auch Verzicht. Nicht jedes SchriftführerInnenamt im OV muß auch von Jusos noch angenommen werden. Auch wenn die Weigerung ein Deligiertenmandat kostet, mittel und langfristig bringen uns alle starken Juso-AGs und UBs mehr (Kein Dogma draus machen).

Die Störung von Prominentenveranstaltungen mag das eigene Ego befriedigen. Sie bringen nur dann etwas, wenn Jusos auch mutig in OV-Mitgliederversammlungen, UB-Parteitagen etc. unsere Standpunkte vertreten. Das nämlich ist nicht unsere Stärke.

Und eines muß nach dem Kurswechsel auch klar sein. Jusos werden Gegenkandidaten benennen, für die, die links geblinkt haben und nach rechts abgebogen sind.



# Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktpolitik und gesellschaftliche Spaltung

von Volker Offermann\*

Vor mittlerweile beinahe elf Jahren begann die Koalitionsregierung von CDU und FDP im Zuge der wirtschaftspolitischen Neuorientierung auf die Angebot-ökonomie mit einem massiven Sozialabbau. Unter den programmatischen Zielformulierungen von "Haushaltskonsolidierung" und "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen" kam es seit 1982 zu den massivsten Umverteilungs- und Deregulierungsprozessen seit der Währungsreform 1948.<sup>1</sup> Statt jedoch als Konsequenz dieser Maßnahmen - wie erwartet - zu einer gleichgewichtigen Ökonomie zu tendieren, mündete die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in eine neue Rezession.<sup>2</sup> Die sich bereits Ende der 80er Jahre abzeichnende Wirtschaftskrise konnte zunächst durch den Nachfrageboom, der sich nach Öffnung der Mauer einstellte, aufgehalten werden, setzte sich aber seit 1992 schließlich doch durch. Im Aufschwung nahm die Investitionstätigkeit stark zu, so daß es zu einer Überakkumulation von Kapital kam, das jetzt vernichtet wird (z.T. Stilllegung ganzer Werke) und mit der Entlassung von ArbeitnehmerInnen verbunden ist. Am Arbeitsmarkt führt diese Entwicklung aktuell zu einer Dominierung der saisonalen Entlastungseffekte durch die belastenden Rezessionseffekte.

## Die Arbeitsmarktlage im Frühjahr 1993

Im Westen der Bundesrepublik gingen allein im ersten Quartal 1993 mehr als 300.000 Arbeitsplätze verloren.<sup>3</sup> Die Zahl der offiziell arbeitslos Gemeldeten beträgt rund 2,2 Millionen, das sind 450.000 mehr als im Vergleichsmonat

des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote stieg dementsprechend von 6,4 % auf 7,9 %, die der ausländischen Arbeitnehmer, die auch in der neuen Wirtschaftskrise ihre traditionelle Rolle als Konjunkturpuffer spielen, gar von 11,9 % auf 14,9 %. Zusätzlich vervierfachte sich die Zahl der Kurzarbeiter auf mittlerweile 1,1 Millionen. Hinzu kommen zudem noch etwa 900.000 § 105c AFG-Arbeitnehmer, das sind ältere Erwerbstätige, die auch ohne Aufnahme jeder zumutbaren Beschäftigung weiterhin Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, allerdings, da sie der Vermittlung nicht zur Verfügung stehen, nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt werden.

Im Osten Deutschlands gingen seit der Wirtschafts- und Währungsunion am 01.07.1990 etwa vier Millionen Arbeitsplätze verloren. Trotz einer leichten Besserung liegt die Arbeitslosenquote bei 15,4 %, da 1,12 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet sind. Darüberhinaus stehen auch nach Auslaufen der befristeten Regelungen noch 231.000 Personen in Kurzarbeit. Die restlichen Beschäftigten wurden durch den massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente vor (zumindest offizieller) Arbeitslosigkeit bewahrt. Über 274.000 Personen sind in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt, rund 433.000 befinden sich in einer beruflichen Weiterbildung und beinahe 900.000 Arbeitnehmer wurden mit Hilfe von Altersübergangs- oder Vorruhestandsgeld aus dem Arbeitsmarkt ausgesteuert. Die verbleibende Million Werkträger konnte im Westen einen Arbeitsplatz finden.<sup>4</sup> Ein Ende des Beschäftigungsabbaus in den neuen Bundesländern ist aber noch nicht in Sicht: Allein im verarbeitenden Gewerbe sollen nach den Planungen der Unternehmer die Arbeitsplätze noch einmal um 6 % reduziert werden.<sup>5</sup> Zusätzliche Belastungen dürften sich darüberhinaus aber auch aus den Krisentendenzen im Westen ergeben, insofern die Entwicklung in den ostdeut-

schen Ländern maßgeblich von der konjunkturellen Lage im Westen abhängt.<sup>6</sup>

## Prozyklische Reaktion der Arbeitsmarktpolitik

Im Frühjahr 1993 befinden sich die Arbeitsmärkte in der Bundesrepublik also in einer desolaten Verfassung. Statt jedoch hierauf mit dem verstärkten Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu reagieren, hat die Bundesregierung aus kurzfristigen finanzpolitischen Überlegungen, den Handlungsspielraum der Bundesanstalt für Arbeit mit der zehnten Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) weiter eingeschränkt. Ziel des AFG ist, "daß ein hoher Beschäftigungsstand erzielt und aufrechterhalten, die Beschäftigungsstruktur ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird." (§ 1 AFG) Die nun beschlossene Novellierung des AFG widerspricht diesen Zielsetzungen.<sup>7</sup> Statt Arbeitsförderung geht es nur noch um Ausgrenzung und Leistungskürzung. So werden die Integrationshilfen für AussiedlerInnen künftig nur noch zeitlich gekürzt gefördert und für Jugendliche entfällt die Förderung des nachträglichen Erwerbs des Hauptschulabschlusses (§ 40b AFG). Durch die Streichung des § 41a AFG (Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten) werden überwiegend Frauen und Langzeitarbeitslose dauerhaft dem Arbeitsmarkt ferngehalten. Diese Ausgrenzungsmaßnahmen werden zu einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit führen, die ihrerseits mittelfristig, z.B. nach dem Auslaufen von Arbeitslosengeld oder wegen unzureichender Lohnersatzleistungen, den Bezug von Sozialhilfe nach sich zieht.<sup>8</sup> Zu diesen Maßnahmen der Ausgrenzung kommen nach der AFG-Novelle zusätzliche Lei-

stungskürzungen hinzu. Zunächst wurden die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung von ABM gekürzt, was dazu führt, daß in Ostdeutschland 1993 im Jahresdurchschnitt mit etwa 300.000 ABM ein Viertel weniger Personen als im Vorjahr eine zumindest vorübergehende Beschäftigung finden werden; in Westdeutschland können aufgrund der Mittelkürzungen noch maximal 60.000 ABM durchgeführt werden. Im Rahmen der Solidarpaktverhandlungen wurden allerdings zusätzlich zwei Milliarden DM für ABM im Osten bereitgestellt, unverändert blieben allerdings die verschärften Förderkonditionen in den neuen Ländern. Die Zahlung eines über 75 % hinausgehenden Fördersatzes (maximal 90 %) ist jetzt nur dann zulässig, wenn für die ABM-Beschäftigten ein "angemessen niedrigeres" Arbeitsentgelt vereinbart wird. Soweit diese Entgeltreduzierung nicht vorgenommen wird, ist die Arbeitszeit des Beschäftigten auf 80 % zu kürzen. Damit werden erstens Konflikte zwischen Stammebelegschaft und ABM-Kräften vorprogrammiert (Verschärfung von Segmentations Tendenzen am Arbeitsmarkt), und zweitens werden ABM-Beschäftigte in den Bezug von Sozialhilfe gedrängt, da die Arbeitseinkommen zur Finanzierung des Lebensunterhaltes nicht hinreichen.<sup>9</sup> Verschärft wird dieses Problem in dem Fall, in dem sich Arbeitslosigkeit an die ABM-Beschäftigung anschließt, da dann die Lohnersatzleistungen auf Basis der niedrigeren Arbeitseinkommen berechnet werden.<sup>10</sup> Damit ist deutlich geworden, daß die gesellschaftliche Polarisierung durch die AFG-Novelle verschärft werden wird. Sie wird sich unmittelbar auf die persönlichen Verteilungsrelationen auswirken, ob darüberhinaus auch Verschiebungen in den funktionellen Verteilungsverhältnissen eintreten werden, läßt sich heute nicht mit Sicherheit beantworten, da hier insbesondere die Entwicklung der Gewinne im Kontext der Krise entscheidend sein wird. Klar ist aber, daß die Ungleichheiten zwischen Ost und West - nicht zuletzt als Konsequenz der Novellierung - zunehmen werden. Zusätzlich werden die Probleme am Arbeitsmarkt prozyklisch verschärft und mit ihnen steigen gleichzeitig die Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen. Diese lassen sich dann entweder über die Erhöhung der Beitragsätze oder aber durch eine weitere Runde des Sozialabbaus beheben. Beide Maßnahmen werden die gesellschaftliche Polarisierung vertiefen, wobei allein die Zu-

nahme der Arbeitslosigkeit zu einer Entnivellierung der Einkommen führt.<sup>11</sup> Der Umverteilungsprozeß des vergangenen Jahrzehnts wird forciert, d.h. die Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und zugunsten des Kapitals und die Umverteilung von unten nach oben werden vermutlich zunehmen. Seit der Vereinigung werden diese beiden Verteilungsrichtungen darüberhinaus von der Ost-West-Umverteilung überlagert, wobei diese aber selbst wieder auf eine Differenzierung der Verteilung im Westen wirkt. Diese Verteilungswirkungen<sup>12</sup> sollen im folgenden zunächst skizziert werden, bevor dann Möglichkeiten eines arbeitsmarkt- und verteilungspolitischen Gegensteuerns erörtert werden.

## Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital

Im Jahre 1982 hatte die Lohnquote ihren bisher höchsten Wert erreicht und betrug 76,9 %, bevor sie dann bis zum Jahr 1990 auf 70,2 % sank und erst 1991 wieder leicht auf 71,0 % anstieg.<sup>13</sup> Dabei ist jedoch zu bedenken, daß sich die Erwerbsstruktur kontinuierlich zu den abhängig Beschäftigten hin verschoben hat (Anstieg der Arbeitnehmerquote).<sup>14</sup> Berücksichtigt man diese Entwicklung, so ergibt sich eine bereinigte Bruttolohnquote von 65,9 %. Diese lag damit 1991 um 0,5 Prozentpunkte über der des Jahres 1990, aber nur um 0,9 Prozentpunkte über der von 1960 bzw. um 6,6 Prozentpunkte unter der des Jahres 1982. Die Bruttoarbeitseinkommen sind im Zeitraum von 1982 bis 1991 zwar um etwa 50 % angewachsen, wurden allerdings zunehmend durch Steuern und Abgaben abgeschöpft.<sup>15</sup> Die Profitquote ist spiegelbildlich zur Lohnquote gewachsen und nur im Jahre 1991 leicht gesunken. Damit ist jedoch noch keine Aussage über die Gewinnsituation der Unternehmen vorgenommen. Vielmehr sind die Bruttogewinne zwischen 1982 und 1991 um das 2,1fache angestiegen; da aber die hierauf entrichteten direkten Steuern unterproportional um das 1,5fache stiegen, verbesserte sich die Nettogewinnposition der Unternehmen um das 2,4fache. Die durchschnittliche Steuerbelastung des Kapitals, die 1980 noch 33,6 % betrug, wurde auf 21,2 % in 1991 verringert.<sup>16</sup> Diese Steuerbelastung entspricht beinahe derjenigen eines Arbeitseinkommensbeziehers, der durch-

schnittlich eine Lohnsteuerbelastung von 17,9 % zu tragen hatte, wobei zusätzlich Sozialabgaben in Höhe von 14,6 % zu entrichten waren.<sup>17</sup> Damit waren im vergangenen Jahr die Kapitalverwertungsbedingungen in Deutschland so gut wie noch nie. Die Berechnung von Lohn- und Profitquote für Ostdeutschland ist weitgehend sinnlos, da die Entstehungsseite des Volkseinkommens nur Arbeitseinkommen aufweist, die allerdings von immer weniger ArbeitnehmerInnen erwirtschaftet werden, und die durch massive staatliche und Sozialversicherungstransfers ergänzt werden. Das Ergebnis aus Unternehmenstätigkeit ist negativ, die Einkommen aus Vermögen spielen nur eine untergeordnete Rolle.<sup>18</sup>

## Umverteilung von unten nach oben

In den vergangenen zehn Jahren konnten sich alle Haushaltstypen, sofern man sich im Zeitverlauf ergebende Haushaltsstrukturverschiebungen eliminiert, nominal um etwa 33 % verbessern. Die Haushalte von Selbständigen erreichten hingegen einen Zuwachs von fast 126 %.<sup>19</sup> Bestehende Ungleichheiten in der Einkommensverteilung wurden also in den vergangenen zehn Jahren perpetuiert, wobei sich die Spitzenverdienergruppe zudem noch deutlicher von allen anderen sozialen Gruppen absetzen konnte als in der Vergangenheit. Dieses Ergebnis bestätigt sich auch, wenn man die Realeinkommen betrachtet. Mit Ausnahme der Arbeitslosenhaushalte konnte alle Haushalte ihre Realeinkommensposition leicht verbessern (ca. 10 %). Nur die Selbständigenhaushalte verfügten 1991 real um 43 % mehr als noch in 1980. Aktuell ergibt sich dann folgendes Bild der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen: Spitzenreiter sind unangefochten die Selbständigenhaushalte mit durchschnittlich 12.562 DM, gefolgt von den Beamtenhaushalten mit 5.762 DM und den Angestelltenhaushalten mit 5.052 DM. Auf den weiteren Plätzen finden sich die Haushalte von Landwirten (4.700 DM), Pensionären (4.315 DM), Arbeitern (4.158 DM) und Rentnern (3.165 DM). Am unteren Ende der Einkommensskala befinden sich die Haushalte von Arbeitslosen (2.502 DM) und Sozialhilfeempfängern (2.025 DM).<sup>20</sup> Damit verfügen die Haushalte der Selbständigen über das mehr als sechsfa-

\* Volker Offermann, Dipl. Kaufmann, wiss. Angestellter am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln

che Einkommen der Haushalte von Sozialhilfeempfängern und weisen im Vergleich zu allen anderen wirtschaftlich aktiven Haushalten der abhängig Beschäftigten einen um das zwei- bis dreifache höheren Wert auf.

Bemerkenswert sind in dem hier erörterten Zusammenhang aber auch die Verteilungswirkungen, die sich aus der Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit ergeben. Zum 1.4.1991 wurde für die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1,25 Prozentpunkte angehoben; die gleichzeitige Senkung des Rentenversicherungsbeitrages um 0,5 Prozentpunkte bot hierfür kurzfristig nur eine geringe Kompensation, wird jedoch mittelfristig dazu führen, daß bereits 1994 eine deutliche Beitragssatzanhebung in der Rentenversicherung zu erwarten sein wird.<sup>21</sup> Problematisch an der Finanzierung der Ost-West-Transfers mit Mitteln der Sozialversicherung ist aber auch die ungleiche relative Belastung der Bezieher von geringen und mittleren Einkommen auf der einen und Beziehern von höheren Einkommen auf der anderen Seite. Da die Einkommen nur bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze (in der Renten- und Arbeitslosenversicherung waren dies 1992 6.800 DM (West) bzw. im Osten 3.900 DM) sozialversicherungsbeitragspflichtig sind, kommt es zu einer relativen Entlastung der Bezieher von Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze.

Darüberhinaus wurden zum 1.7.1991 die Mineralölsteuer, die KfZ-Steuer für Diesel-Pkw und die Versicherungssteuer angehoben, zum 1.3.1992 die Tabaksteuer und zum 1.1.1993 die Mehrwertsteuer. Bei diesen Steuern handelt es sich jeweils um Belastungen, die vorrangig die einkommensschwächeren Haushalte überproportional treffen.

Einzig der Solidaritätszuschlag zur Einkommenssteuer belastete die Haushalte progressiv. Er wurde jedoch zum 30.6.1992 abgeschafft.

Insgesamt ermittelte das RWI (Rheinisch-Westfälisches-Institut für Wirtschaftsforschung) folgende relative Belastungen der Haushalte:

Beamte:	1,7 %
Selbständige	
(außerhalb der Landwirtschaft):	1,7 %
Landwirte:	1,8 %
Rentner, Arbeitslose u.a.:	2,2 %
Angestellte:	3,5 %
Arbeiter:	4,0 %

Damit haben die Haushaltungen, die die höchsten verfügbaren Einkommen aufweisen, den relativ geringsten Beitrag zu den Kosten der deutschen Einheit geleistet. Dennoch ist seitens der Bundesregierung eine gerechtere Verteilung der Belastungen mit den Kosten der deutschen Einheit bislang nicht vorgesehen.

## Umverteilung von Ost nach West

Besonders deutlich werden die ungeheuren Umverteilungsprozesse von Ost- nach Westdeutschland, wenn man die Folgen der Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe analysiert. Die Treuhandanstalt (THA) übernahm 1990 unter anderem etwa 8.500 Betriebe, aus denen durch Zergliederung, Entflechtung, Spaltung und Zerlegung bis zum 31.12.1992 12.561 Unternehmen bzw. Unternehmensteile entstanden. Davon wurden 10.669 bereits (re-)privatisiert oder liquidiert. Will man die Verteilungswirkungen der Privatisierungen abschätzen, so ist zu fragen, wer die privatisierten Unternehmen(-steile) erworben hat. Wichtig in diesem Kontext ist zu wissen, daß es zunächst das Ziel der THA war, westdeutsche Käufer zu finden. Erst später weitete sie ihr Engagement auch auf ausländische Nachfrager aus und privatisierte Unternehmensteile durch Management-buy-out (MBO).<sup>22</sup> So wurden bislang auch erst 540 Unternehmen an ausländische Investoren veräußert (5 % der Privatisierungen, aber 8,8 % der Beschäftigungs- und 10,5 % der Investitionszusagen). Daneben wurden 1.891 MBO realisiert, was 18 % der Privatisierungen entspricht. Die verbleibenden fast 80 % der Privatisierungen wurden zugunsten westdeutscher Unternehmer vorgenommen. Damit hat die Privatisierungspolitik der THA zu einer weiteren Produktivvermögenskonzentration in den Händen westdeutscher Produktivvermögensbesitzer geführt, während die ostdeutsche Bevölkerung fast kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt. Allein die MBO wirken diesen Tendenzen entgegen, wobei als MBO die Übernahme von Unternehmen oder ausgliedernden Unternehmensteilen durch leitende Mitarbeiter, die Belegschaft oder Teile der Belegschaft zu verstehen ist.<sup>24</sup> Evident ist unmittelbar, daß diese Form der Privatisierung für kapitalintensive Großunternehmen ungeeignet ist. Insofern verwundert es dann auch nicht, daß die überwiegende Zahl

der MBO im Bereich Dienstleistungen, gefolgt von Baugewerbe und Apparate-, Maschinen- und Fahrzeugbau stattgefunden hat.<sup>25</sup> In der Regel handelte es sich dabei um Unternehmen kleiner Betriebsgrößen, so daß MBO hier auch als Instrument der Mittelstandsförderung betrachtet werden können. Mittlerweile jedoch ist die THA dazu übergegangen, MBO-Unternehmen, die häufig nicht über stabile Absatzbeziehungen verfügen, nur noch mit Westbeteiligung zu privatisieren.<sup>26</sup> Das mag unter unternehmenspolitischen Gesichtspunkten durchaus sinnvoll sein, führt vermögenspolitisch jedoch zu einer weiteren Umverteilung von Produktivvermögen zu Lasten der ostdeutschen Bevölkerung. Da auch das Haus- und Grundvermögen vielfach zugunsten westdeutscher Bürger privatisiert wurde, werden die Unterschiede hinsichtlich der Vermögensverteilung zwischen West- und Ostdeutschland beständig und zunehmend größer.

Diesen Umverteilungswirkungen von Ost nach West wirken, so kann berechtigterweise eingewendet werden, die Transferzahlungen aus dem Westen entgegen. Dies ist unzweifelhaft richtig; es ist allerdings, um eine weitere Differenzierung der Verteilungsverhältnisse im Westen zu vermeiden, eine sozialere Form der Finanzierung der Transfers notwendig (s.o.). Darüberhinaus ist aber auch zu berücksichtigen, daß zwischen Einkommen und Vermögen ein gewichtiger Unterschied besteht, insofern das Vermögen im Gegensatz zum überwiegend konsumtiv zu verwendenden Einkommen die Eigenschaft der Selbstalimentation (Wiederanlage von Vermögenserträgen) aufweist. Insgesamt haben die Betrachtungen gezeigt, daß in der Vergangenheit ein dreifacher Umverteilungsprozeß gewirkt hat: Von der Arbeit zum Kapital, von unten nach oben, von Ost nach West. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Kontext der Arbeitsmarkt. Zum einen deshalb, weil über die Beteiligung an Erwerbsarbeit unmittelbar Einkommen erwirtschaftet werden, zum anderen aber auch deshalb, weil der Bezug von Einkommen Voraussetzung der Vermögensbildung ist. Im Gefolge der Rezession und der damit einhergehenden Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt daher auch aus verteilungspolitischer Sicht einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eine bedeutende Rolle zu. Als besonders wirkungsvolles Instrument erscheint in diesem Zusammenhang eine Politik der zunehmenden Reduktion der Arbeitszeit.

## Verkürzung der Arbeitszeit

Die Realisierung von Arbeitszeitverkürzungen war für die Arbeiterbewegung schon immer von besonderer Bedeutung. Bereits 1864 feierte Marx die Erringung des Zehnstundentages als Sieg: "Die Zehnstundenbill war (...) nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse."<sup>27</sup> Bis zum heutigen Tage gab es immer wieder Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit, die heftigsten zuletzt 1978/79 und 1984, als es um die Einführung der 35-Stunden-Woche ging. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt beträgt die Arbeitszeit im Westen derzeit rund 38 Stunden, im Osten rund 40 Stunden.<sup>28</sup> Im Kontext von Massenarbeitslosigkeit war und ist es das Ziel von Arbeitszeitverkürzungen über eine Verknappung des Arbeitsangebotes Neueinstellungen zu erzwingen und so Arbeitslosigkeit abzubauen. Die gewerkschaftlichen Forderungen gingen dabei immer von einer Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich aus, damit Niedriglohn-Empfänger nicht unter das Existenzminimum absanken und allgemeine verteilungspolitische Differenzen nicht verstärkt wurden.

Fraglich war bei den Diskussionen um die Arbeitszeitverkürzung seit jeher, in welchem Ausmaß Arbeitslosigkeit und Beschäftigung beeinflußt werden könnten. Es ist dabei davon auszugehen, daß Arbeitszeitverkürzungen keinen hundertprozentigen Beschäftigungseffekt zeitigen werden, da gegenläufige Tendenzen zu beachten sind.<sup>29</sup> Diese ergeben sich zunächst einmal aus der steigenden Stundenproduktivität der Beschäftigten, die vor allem in dem Fortfall von Ermüdungserscheinungen begründet ist.<sup>30</sup> Darüberhinaus sind aber auch Arbeitsintensivierung und -verdichtung von Bedeutung. Erbringen nämlich die Beschäftigten die gleiche Leistung nun in kürzerer Zeit, dann ist evident, daß beschäftigungsstimulierende Effekte kompensiert werden.<sup>31</sup> Allerdings dürften die Produktivitätszuwächse mit zunehmender Verkürzung der Arbeitszeit sinken.

Weiterhin können die Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen aber auch durch den Anstieg von Mehrarbeit, insbesondere durch Überstunden, gerade

auch im Falle unterausgelasteter Kapazitäten (zumindest partiell) aufgehoben werden, weshalb zugleich eine tarifliche Begrenzung der Mehrarbeit notwendig ist.<sup>32</sup> Die Kompensation von Beschäftigungszuwächsen durch Mehrarbeit ist aber auch um so restringierter, je größer die Verkürzung der Arbeitszeit ausfällt.

Umstritten ist schließlich der Zusammenhang von Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung. Während die einen mit Marx die Rationalisierung durch die Verkürzung der Arbeitszeit induziert ansehen<sup>33</sup>, gehen andere Autoren davon aus, daß die Einsparung von Arbeitsvolumen eher Folge als Ursache des Rationalisierungsprozesses, der selbst originär über Kapitalverwertungsinteressen determiniert ist, sind.<sup>34</sup> Ohne diesen Streit hier entscheiden zu können, ist aber prinzipiell davon auszugehen, daß sich Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung wechselseitig bedingen, was schließlich auch Marx selbst gesehen hatte.<sup>35</sup>

Trotz dieser dem Beschäftigungseffekt gegenläufigen Faktoren ist unumstritten, daß die Arbeitszeitverkürzung mit Neueinstellungen verbunden ist. Umstritten ist lediglich das Ausmaß der Beschäftigungswirkungen. Die Angaben hierzu reichen von 21 % bis 75 % des rechnerischen Beschäftigungseffektes.<sup>36</sup> Als vorsichtige Schätzung scheint es jedoch zulässig zu sein, davon auszugehen, daß wenigstens 50 % des rechnerischen Beschäftigungszuwachses auch tatsächlich realisiert werden. Für Westdeutschland würde somit die Reduktion der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeit um eine Stunde heute zu einem Beschäftigungsanstieg von etwa 400.000 Personen führen. Damit ist allerdings noch nichts über die Entlastung der Arbeitslosenstatistik ausgesagt, denn es ist denkbar, daß wegen der reduzierten Arbeitszeiten auch Teile der stillen Reserve verstärkt eine Arbeitsaufnahme anstreben.<sup>37</sup>

Als gewichtiger Einwand gegen Arbeitszeitverkürzung ist die wachsende Kostenbelastung der Betriebe in Höhe der Neueinstellungen geltend gemacht worden. Dieses Argument verliert bei Einbeziehung von Kreislaufüberlegungen aber an Schärfe. Durch die Zunahme an Beschäftigung steigen schließlich die Einkommen, so daß vermehrt auch kaufkräftige Nachfrage wirksam wird. Dadurch erhöht sich dann auch wieder die Produktion und die Kapazitätsauslastung, so

daß schließlich eventuell sogar zusätzliche Wachstumsimpulse aus einer verstärkten Investitionsnachfrage wirksam werden können. Auch diesem idealtypischen Verlauf des ökonomischen Prozesses können Beschränkungen auferlegt sein, z.B. in der Form, daß die zusätzliche Kaufkraft durch Kostenüberwälzung auf den Preis abgeschöpft wird oder dergestalt, daß aufgrund einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition Exporteinbußen auftreten. Dieses und weiteres mehr ist denkbar, aber die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit geben wenig Anlaß, derartige Negativ-Szenarien als besonders realistisch einzuschätzen.<sup>38</sup> Darüberhinaus ist zu berücksichtigen, daß im Gefolge der explosionsartigen Zunahme der unternehmerischen Gewinne in den vergangenen Jahren auch die kurzfristig liquidisierbaren Geldanlagen enorm gestiegen sind und jetzt prinzipiell auch zur Finanzierung von Arbeitszeitverkürzungen zur Verfügung stehen.

Für Ostdeutschland kann allerdings nicht davon ausgegangen werden, daß größere Arbeitszeitverkürzungen realisierbar sind. Tarifpolitisch muß es nämlich eine Priorität bleiben, eine schnelle Angleichung der Löhne und Gehälter zu erreichen. Darüberhinaus sind dort bereits Reduktionen der Arbeitszeit vereinbart, so daß die "arbeitszeitpolitischen Handlungsmöglichkeiten (...) nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig ausgeschöpft (sind; V.O.)."<sup>39</sup>

Eine Politik der Arbeitszeitreduzierung erscheint somit für Westdeutschland trotz der genannten Einschränkungen als eine sinnvolle, um unmittelbar zu einer Stabilisierung des Arbeitsmarktes zu gelangen und dadurch mittelbar auch die Einkommensposition der Arbeitnehmer zu stärken. Als weitere Verteilungseffekte ergeben sich dann eine Zunahme der Sparfähigkeit der abhängig Beschäftigten und gegebenenfalls auch der Abbau der unternehmerischen Geldvermögensbestände. Zu einer grundlegenden Korrektur insbesondere der hochgradig konzentrierten Vermögen reicht die Arbeitszeitverkürzung allein aber nicht aus. Hier müssen ergänzend vermögenspolitische Strategien (z.B. Investivlöhne und Gewinnbeteiligungen) realisiert werden, wobei aber auch diese vor allem im Hinblick auf ihre Wirkungen hinsichtlich der Einschränkung der mit dem Vermögen verbundenen Macht- und Dispositionsfunktion restringiert sind.<sup>40</sup> Daher

**Z.**  
ZEITSCHRIFT  
MARXISTISCHE  
ERNEUERUNG

4. Jahrgang, Nr. 14, Juni 1993,  
172 Seiten

**Schwerpunkt:**  
Annäherung an die  
Ursachen und Konsequenzen  
des Zusammenbruchs  
des Realsozialismus in  
Europa (III)

Maldonado/Alvarez  
Mexikanische Sicht

**Philosophisch-historische Aspekte:**  
Stiehler - Epochenumbrüche  
Mohr - Spätzeit oder Endzeit?  
Vazulin - Marxismusoption heute

**Ursachenannäherung:**  
Heininger - Politische Grunddefekte/Jung - Verantwortung des Gorbatschowismus

**Alternative:**  
Gonzalés - Die Neue Linke Spaniens

**Thema: Nationalismus und deutsche Linke;** Stellungnahmen von Bleiber, Butterwegge, Lederer/Mellenthin.

Katzenstein - Wert-Preis-Transformationsproblem/Graf - Staat/Schimmel - Kohärenz und Kapitalismusanalyse/König - Macht und Legitimation in Nigeria

**Besprechungen** neuer Bücher: Minc, Raschke u.a., Medwedew, Jameson, Kröll, H.P. Krüger, Demirovic, J. Fischer, Götz, Quaes

**Einzelpreis:** 15,- DM (zzgl. Versand)  
**Im Abo:** 45,- DM (4 Hefte pro Jahr inkl. Versand)  
**Bezug:** über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, (60327) 6000 Frankfurt/M. 1 Tel. 069/739 29 34

wären vermögenspolitische Initiativen immer auch mit Mitbestimmungsansätzen zu kombinieren, wobei insbesondere der überbetrieblichen Mitbestimmung, entweder in Form von Wirtschafts- und Sozialräten oder auch in Form von Struktur- räten, eine besondere Bedeutung zukommt.<sup>41</sup>

- 1 Vgl. Adamy, Wilhelm; Steffen, Johannes: Zwischenbilanz von Sozialdemontage und Umverteilungspolitik seit 1982, Seminar für Sozialpolitik der Universität zu Köln, Köln (Januar) 1984; Pfeiffer, Doris; Schoofs, Angela; Schütz, Joachim: Sozialstaat und Wirtschaftskrise - Das System der Sozialen Sicherung im Zeichen von Sparpolitik und Arbeitslosigkeit, Forschungsinstitut für Sozialpolitik, Berichte, Köln (Dezember) 1985; Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik und Wirtschaftskrise, in: Die Mitarbeit 32 (1983), S. 43-58.
- 2 Vgl. dazu: AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '93, Köln 1993, S. 126ff.
- 3 Vgl. hierzu und zum folgenden: Bundesanstalt für Arbeit: Presseinformation 32/93 vom 06.05.93.
- 4 Vgl. auch: Bielenski, Harald; Magvas, Emil; Parmentier, Klaus: Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer, in: MittAB 25 (1992), S. 136-157, hier: S. 141ff.
- 5 Vgl. DIW-Wochenbericht 52/92, S. 722.
- 6 Vgl. dazu: AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '93, a.a.O., S. 178ff.
- 7 Vgl. hierzu und zum folgenden: Bundesarbeitsblatt 1993, Heft 2, S. 24ff; Adamy, Wilhelm: Ein unverantwortliches Paket des Sozialabbaus, in: Soziale Sicherheit 42 (1993), S. 1-6; AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '93, a.a.O., S. 62ff.
- 8 Vgl. auch: Offermann, Volker: Armut in Deutschland, in: spw Nr. 71, Mai/Juni 1993 (im Erscheinen).
- 9 Vgl. Adamy, Wilhelm: Sozialhilfe trotz Erwerbstätigkeit - zu den Auswirkungen der geplanten Leistungskürzungen bei ABM, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik 6/92, S. 8ff.
- 10 Vgl.: Adamy, Wilhelm: Unzureichende Sicherung bei Arbeitslosigkeit - zur Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, in: DGB-Bundesvorstand (Hrsg.): Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik 9/92, S. 7ff.
- 11 Vgl. Zinn, Karl Georg: "Sättigung" im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 35 (1984), S. 1-24, hier: S. 11.
- 12 Vgl. auch: Offermann, Volker: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland 1992, in: Sozialer Fortschritt 42 (1993), Heft 4-5, S. 121-124.
- 13 Vgl. dazu: Schäfer, Claus: Das "Teilen" will nicht gelingen, in: WSI-Mitteilungen 45 (1992), S. 629-651, insb. S. 629f.
- 14 Vgl. SVR JG 1992/93, Ziffer 120.
- 15 Vgl. SVR JG 1992/93, S. 307; eigene Berechnungen.
- 16 Vgl. Schäfer, a.a.O., S. 631; eigene Berechnungen.
- 17 Vgl. Schäfer, a.a.O., S. 630.
- 18 Vgl. DIW-Wochenbericht 44/92, S. 596; DIW-Wochenbericht 30/92; Schäfer, a.a.O., S. 634.
- 19 Vgl. Schäfer, a.a.O., S. 646; eigene Berechnungen.
- 20 Vgl. Schäfer, a.a.O., S. 646.
- 21 Vgl. Bäcker, Gerhard: Sozialpolitik zwischen Überforderung und Strukturformen, in: WSI-Mitteilungen 45 (1992), S. 711-721, hier: S. 718.
- 23 Vgl. Wieczorek, Norbert: Konzeption und Strategie der Treuhand, in: Rühl, Christof (Hrsg.):

- Institutionelle Reorganisation in den neuen Ländern, Probleme der Einheit, Band 5, Marburg 1992, S. 209-222, hier: S. 216f.
- 24 Vgl. Treuhandanstalt: Informationen, Ausgabe 14, Juni 1992, S. 11.
- 25 Vgl. Gemählich, Peter: Erfahrungen und Politik der Treuhandanstalt, in: Ipsen, Dirk; Nickel, Egbert (Hrsg.): Ökonomische und rechtliche Konsequenzen der deutschen Vereinigung, Probleme der Einheit, Band 8, Marburg 1992, S. 55-63, hier: S. 56; Kühl, Jürgen: Beschäftigungspolitische Wirkungen der Treuhandanstalt, in: WSI-Mitteilungen 44 (1991), S. 682-688, hier: S. 685f.
- 26 Vgl. DIW-Wochenbericht 52/92, S. 723.
- 27 Marx, Karl: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW 16, 8. Auflage, Berlin 1989, S. 5-16, hier: S. 11.
- 28 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch 1992, Bonn 1992, Tabelle 4.1.
- 29 Vgl. Lehndorff, Steffen: Arbeitslosigkeit und Tarifpolitik, Köln 1982, S. 65; Schmid, Alfons: Beschäftigung und Arbeitsmarkt, S. 202.
- 30 Vgl. Rohwer, Bernd: Beschäftigungspolitik bei anhaltend geringem Wirtschaftswachstum, Berlin 1982, S. 196.
- 31 Vgl. Kunz, Dieter: Absorptionenwirkungen der Arbeitszeitverkürzung, in: Offe, Claus; Hinrichs, Karl; Wiesenhal, Helmut (Hrsg.): Arbeitszeitpolitik, Frankfurt-New York 1982, S. 60-72, hier: S. 64.
- 32 Vgl. Bosch, Gerhard: Arbeitszeit und Rationalisierung, in: WSI-Mitteilungen 36 (1983), S. 235-248, hier: S. 246.
- 33 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, MEW 23, 32. Auflage, Berlin 1988, S. 431ff; Lehndorff, a.a.O., S. 79ff.
- 34 Vgl. Reyher, Lutz; Bach, Hans-Uwe; Kohler, Hans; Teriet, Bernhard: Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, in: MittAB 12 (1979), S. 381-402, hier: S. 386f.
- 35 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, a.a.O., S. 440; Staudt, Erich: Die Bedeutung der mikroökonomischen Analyse zur Beurteilung und Durchsetzung neuer Arbeitszeitstrukturen, in: MittAB 12 (1979), S. 328-339, hier: S. 333.
- 36 Vgl. DIW-Wochenbericht 20/87; Schmid, a.a.O., S. 209; Reyher et al., a.a.O., S. 387; Gabriel, Jürgen: Arbeitszeitverkürzungen: Warum die Gewerkschaften sie wollen und die Unternehmer nicht, in: Bolle, Michael; Grotti-an, Peter (Hrsg.): Arbeit schaffen - jetzt!, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 101-114; Seifert, Hartmut: Beschäftigungswirkungen und Perspektiven der Arbeitszeitpolitik, in: WSI-Mitteilungen 42 (1989), S. 156-163; ders.: Zur Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, Fachkräftemangel und Wachstumseinbußen, in: WSI-Mitteilungen 43 (1990), S. 157-165.
- 37 Vgl. Rohwer, a.a.O., S. 194f.
- 38 Vgl. auch: Seifert, Beschäftigungswirkungen ..., a.a.O., S. 161.
- 39 IG Metall: Gegen eine Revision der Tarifverträge in der ostdeutschen Metallindustrie, Frankfurt/Main (November) 1992, S. 65.
- 40 Vgl. zum Gesamtkomplex der vermögenspolitischen Maßnahmen: Zerche, Jürgen: Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1988, S. 111ff; ders.: Arbeitsökonomik, Berlin-New York 1979, S. 102ff.
- 41 Vgl. Offermann, Volker: Die neue Debatte um Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand: Investivlöhne für die neuen Bundesländer, in: Memo-Forum Nr. 19, Bremen (Juni) 1992, S. 64-75, hier: S. 72ff; DGB-Bundesvorstand: Gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung - unverzichtbarer Bestandteil einer Politik zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, Schriftenreihe Mitbestimmung Nr. 6, Düsseldorf 1984; AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '88, Köln 1988, S. 230.

# Anpassung oder Alternative

- die SPD auf dem Weg zu "Petersberg II"?

von **Horst Arenz/Horst Peter\***  
Rudolf Scharping hat angekündigt, daß der Schwerpunkt seiner Arbeiten zum Regierungsprogramm auf dem Feld der Wirtschafts-, Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik liegen wird und hat hierzu eine Kommission unter Oskar Lafontaine eingesetzt, die ein Konzept ausarbeiten soll, das dem Wahlparteitag in der ersten Hälfte 1994 zur Verabschiedung vorzulegen ist.  
Keine leichte Aufgabe angesichts des Durcheinanders in der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion, das sich immer mehr in der Partei ausbreitet. Von überall prasseln die Vorschläge über die Öffentlichkeit herein, um gleich von anderer Seite dementiert zu werden.  
➔ **Stichwort Verteilung:** "die Zeiten der westdeutschen Verteilungsgesellschaft sind vorbei" (Scharping); "es gibt nichts mehr zu verteilen" (Blessing); dagegen fordert Dressler "gerechtere Vermögensverteilung" und "gerechtere Besteuerung", Kronawitter einen "neuen sozialen Lastenausgleich".  
➔ **Stichwort Konjunkturpolitik:** "Für klassische Konjunkturpolitik besteht kein fiskalischer Handlungsspielraum", "keine Chance für Konjunkturprogramme" (Scharping); dagegen spricht sich Uwe Jens für neue Schulden zur Bekämpfung der Rezession aus.  
➔ **Stichwort Deregulierung/Privatisierung:** "Überregulierung ... und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden, staatliche Aufgaben, die von Privaten ebenso gut wahrgenommen werden können, sind zu privatisieren" (AG-Wirtschaft); Scharping: "staatliche Forstbetriebe und Entsorgungsbetriebe könnten in privatrechtlicher Organisationsform betrieben werden", für die "lean administration".  
➔ **Stichwort Sozialstaat/Sozialkürzungen:** "Wir müssen uns fragen, ob der Sozialstaat schlank genug organisiert ist" (Schröder); "Kürzungen im Sozialbereich dürfen kein Tabu sein" (Struck/Stolpe); "wenn das Bruttosozialprodukt nicht mehr steigt, müssen nicht nur die Reichen, sondern auch die Armen zahlen" (Walther); Scharping plädiert unisono mit CDU/CSU für die Wahrung des Lohnabstandsgebots bei der Höhe der Sozialhilfe, dagegen Peter: "Bedarfsdeckungsprinzip bricht Lohnabstandsgebot"; unterdessen spricht sich das SPD-Präsidium gegen den Abbau von Sozialleistungen aus.  
➔ **Stichwort Lohnnebenkosten:** "Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt wer-

den" (SPD-AG Wirtschaft); Scharping: "Die Lohnnebenkosten sind zu hoch" (Der Spiegel).  
➔ **Stichwort Arbeitszeit:** eine Stunde Mehrarbeit für die Beamten (Simonis); "Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit durchgehender Flexibilisierung" (Vossen); Scharping: "Eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit führt zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit" (Der Spiegel - Hervorh. d. Verf.). Rudolf Dressler bezeichnet dagegen die Diskussion über Arbeitszeitverlängerung als "Dummheit".  
➔ **Stichwort Pflegeversicherung:** Finanzierung der Pflegeversicherung durch Streichung von Feiertagen (Simonis/Stolpe/Schröder etc.), Scharping: über Kompensationen durch Wegfall von Feiertagen gesprächsbereit; dagegen Dressler: beim Gesundheitsstrukturgesetz schon genügend Kompensation geleistet.  
➔ **Stichwort große Koalition/rot-grün:** Während die heimlichen oder offenen Sympathiebekundungen führender Sozialdemokraten für eine große Koalition nicht abreißen (so zuletzt Klose auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Standort Deutschland am 23. Juni, die er mit der Bemerkung verknüpfte, der Gedanke an rot-grün verschaffe ihm Alpträume), optieren andere für rot-grün. Wohin steuert die SPD, fragt man sich angesichts dieses Tohuwabohus. Wir behaupten, daß, sollte die SPD den bei der Petersberger Wende eingeschlagenen Kurswechsel nun in einer Art zweiten Auflage von Petersberg auf dem klassischen Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen, wie sich bei führenden Vertretern der Partei andeutet, trägt sie eine entscheidende Verantwortung für die weitere Radikalisierung breiter Bevölkerungsteile nach rechts.  
**Die REPs und die Unterschichten**  
Die wachsende Abwendung der Menschen von der Politik und der nun seit vier Jahren anhaltende Zulauf rechtsradikaler Parteien ist in aller Munde. Ob man die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen oder Landtagswahlen in Bremen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder Hessen nimmt, durchweg konnten die Rechtsradikalen hohe Stimmengewinne verbuchen. Zugleich zeichnete sich in fast allen ihrer Hochburgen eine starke Resonanz in den Stadtteilen und Siedlungsstrukturen ab, die überwiegend von Menschen aus den Unterschichten bewohnt werden. Jüngstes, besonders anschauliches Beispiel sind die Kommunalwahlen in Hessen.

Aus den Zahlen des statistischen Amtes in Frankfurt (ca. 20% SPD, bis zu 60% Nichtwähler und Rechtsradikale unter den Wahlberechtigten) - im Grundsatz gilt das Gleiche für das gesamte Bundesland - läßt sich durchweg eine Zuordnung der Rechtsaußen-Wählerschaft zu Stadtteilen mit  
 ● niedrigem Bildungsniveau  
 ● hohem Arbeiteranteil  
 ● hohem Erwerbslosenanteil  
 ● niedrigem Anteil von Selbständigen und Beamten  
 ● hohem Anteil an SPD-Wähler/-innen feststellen.  
 Gleiches gilt für die soziale Zuordnung der Nichtwähler/-innen. Über die Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat Jörg Ueltzhöffer vom Sinus-Institut ermittelt, daß "Arbeiter, vorwiegend junge, überdurchschnittlich rechtsextrem wählen. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wählte nahezu jeder vierte (24 %) die Republikaner." Hans Eichel erklärt laut AFP vom 8. März, "die SPD habe die größten Einbußen in den großen Städten und dort in den Arbeitervierteln erlitten. Im gleichen Bereich habe auch die größte Abwanderung zu den Republikanern stattgefunden."  
**Grundprobleme in Deutschland**  
 Die zentrale Ursache dieses Rechtstrends in breiten Teilen der Bevölkerung liegt in dem Unvermögen der Politik begründet, die wesentlichen Probleme des Landes zu lösen. Der Sozialstaat, die Basis der Demokratieakzeptanz Nachkriegsdeutschlands, und die traditionellen Parteien verlieren ihre gesellschaftliche Integrationskraft und setzen dadurch antidemokratische, nationalistische und rassistische Potentiale frei.  
 Die Verantwortung der Konservativen für diese Tendenzen ist unbestritten. Dennoch wenden sich die Betroffenen nicht der SPD zu, sondern kehren auch ihr verstärkt den Rücken. Für die SPD bedeutet dies an erster Stelle, daß sie es nicht vermocht hat, den Menschen zu demonstrieren, daß sie in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, daß sie den Menschen Alternativen zur gegenwärtigen Politik anzubieten hat.  
 An vorderster Stelle steht hier das Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen der Unterschichten - die mehr als das untere Drittel der Gesellschaft umfassen - im Verhältnis zu den wohlhabenderen Schichten. Einige Stichworte mögen dies veranschaulichen:  
 ● Anschwellen der Massenarbeitslosig-

\* Horst Peter, MdB, Kassel, bis 1992 Sprecher des Frankfurter Kreises; Horst Arenz, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Essen

keit im Osten und im Westen Deutschlands, Zuspitzung von Strukturkrisen in zahlreichen industriellen Branchen

- wachsende Zahl der von Sozialhilfe lebenden Personen auf über 4 Mio., Absenkung des Anteils der Sozialleistungen

Deutschen Einheit tun ein Übriges dazu.

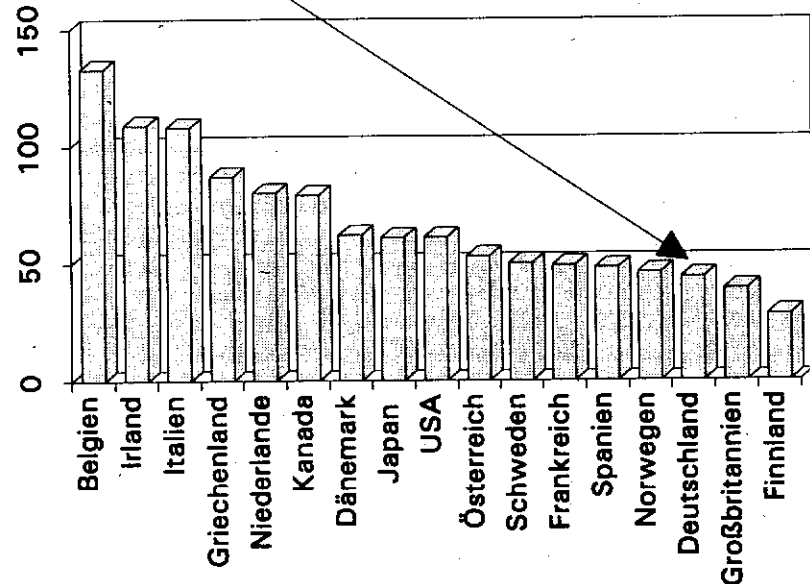
- Bei wachsendem Beitrag zu den Haushalten der Öffentlichen Hand haben die Unterschichten der Gesellschaft anteilmäßig immer weniger von den staatlichen Realtransfers Bildung, Weiterbildung,

Mrd. DM im Ausland, das um ein Viertel höher als das japanische Auslandsvermögen ist, auch nach der Vereinigung eines der reichsten Länder der Welt.<sup>8</sup> Die sogenannten kleinen Leute inkl. einer wachsenden Zahl von Facharbeitern und Angestellten spüren zunehmend, daß der Zug der Zeit an ihnen vorbei zieht. Diese wachsende Benachteiligung ist die Basis für zunehmende Rechtsdrift und Politikverdrossenheit der Unterschichten.

**Gibt es noch Alternativen?**

Die SPD muß die zentralen Bereiche, in denen die Menschen Veränderungen erwarten, selbst auf die Tagesordnung setzen:

**Staatsverschuldung 1992 in % des BSP (geschätzt)**  
Quelle: OECD



am Bruttosozialprodukt unter der Kohl-Regierung von 33,0 auf 29,8 %.

- Auseinanderentwicklung in den Einkommensverhältnissen: Während der Anteil der Netto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen von 73 auf 66 % gefallen ist und diese selbst zwischen 1980 und 1990 nur um 47 % gestiegen sind, stiegen jene aus Unternehmer-tätigkeit um 122 % und der Anteil der Geldvermögen der privaten Haushalte um 93 % (auf 3,4 Billionen DM, davon allein in 1991 um 238 Mrd!)<sup>5</sup> - von denen auf die untere Hälfte der Gesellschaft nur 2 % entfallen<sup>6</sup> - die Netto-Gewinne der Kapitalgesellschaften sogar um 176 %.
- Von der wachsenden Abgabenlast waren mit Abstand vor allem die Einkommen aus unselbständiger Arbeit betroffen: Während seit 1960 Vermögens-, Körperschafts-, Gewerbesteuer und veranlagte Einkommenssteuer im Anteil am Steueraufkommen ständig gefallen sind (bis auf 7 % und darunter, Vermögenssteuer auf 1,2 %), stieg die Lohnsteuer von knapp über 10 auf 32,4 %, die überwiegend aus Beiträgen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung finanzierten Lasten der

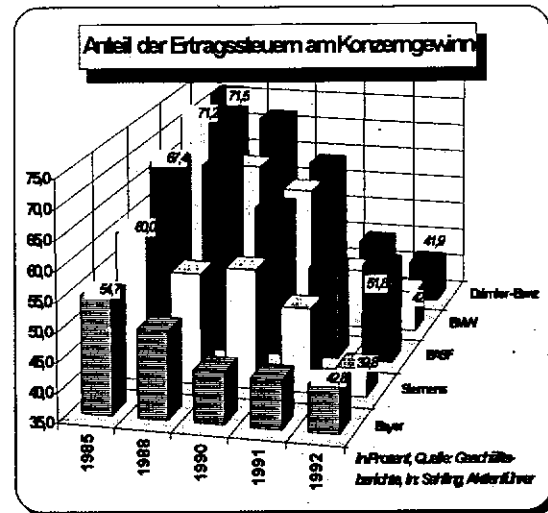
Wohnen, Kultur, Straßenbau (Straßenbahn - das Verkehrsmittel der kleinen Leute), Gesundheit, ja sogar Kinderbetreuung profitiert.

Diese immer mehr auseinanderklaffende Schere findet vor dem Hintergrund einer beschleunigten Vermögensbildung der westdeutschen Unternehmen statt:

- "Die westdeutschen Produktionsunternehmen haben seit 1980 ihre Geldvermögensbildung vervierfacht. Bei einem Geldvermögensbestand von fast 1.700 Mrd DM machten die liquiden Mittel 1991 etwa 600 Mrd DM aus."<sup>7</sup> Auch wenn zur Zeit die Gewinne sinken, bietet dies erheblichen Spielraum für Investitionshilfeabgaben u.ä.(s.u.).
- Der Exportweltmeister Deutschland ist mit einem Nettovermögen von 510

**1. Standortpolitik - es gibt keine Kostenkrise**

Die SPD muß sichtbar machen, daß sie die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit mit aktiver staatlicher Beschäftigungspolitik bekämpfen und sich für die weitere Arbeitszeitverkürzung einsetzen will. Sie muß deshalb gegen die herrschende konservative Meinung ja sagen zu einer



ökologisch-sozialen Strukturpolitik im öffentlichen Sektor einerseits und im Industrie- und Dienstleistungssektor andererseits. Nur ökologisch verträgliche Arbeitsplätze sind sichere Arbeitsplätze, nur sparsamer Rohstoffverbrauch, effizienter Energieeinsatz und Abfallvermeidung sichern dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. In diesem Sinne muß sich die SPD an die Spitze einer ökosozialen Erneuerung zur Überwindung der Standortprobleme setzen.

Während Bill Clinton in den USA keynesianischen industriepolitischen Konzepten zu neuer Aktualität verhilft und kurzfristig die Schaffung von 1,2 Mio. Arbeitsplätzen ankündigt, während die japanische, die österreichische und auch die französische Regierung Mrd.-Programme zur Ankurbelung der Konjunktur auflegen, dominiert in der SPD die Warnung vor der Überforderung des Staates (Sofortprogramm) und die Beschränkung staatlicher Industriepolitik ("Zukunftsinvestitionsprogramm") auf die neuen Bundesländer.

Die SPD muß Kampagnen initiieren, um die Wirtschaft zu drängen, ihre Betriebsstrukturen auf die "neue Form der Industriearbeit" (Zwickel) vorzubereiten, auf flache Hierarchien, auf das Wissen schaffende Unternehmen, kurzum auf die Beteiligungsorientierung und Qualifizierung des gesamten Arbeitskörpers. Die Mitbestimmung von Beschäftigten und Betriebsrat muß auf Gesundheitsschutz und Produktqualität erweitert werden, das Betriebsverfassungsgesetz novelliert werden. Die SPD muß den vorbeugenden Gesundheitsschutz in der Arbeitswelt gesetzlich sicherstellen durch ein Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetz und durch eine Reform des Berufskrankheitenrechts und der (von 1869 datierenden) Gewerbeordnung. Sie muß die wirtschaftsrelevante Forschungsförderung auf die genannten Innovationsziele konzentrieren.

Die Wiedergewinnung von wirtschaftspolitischer Kompetenz ist eine entscheidende Voraussetzung für mehr Attraktivität unter den "aufstiegsorientierten Mittelschichten" und progressiven Managern. Die SPD muß öffentlichkeitswirksam deutlich machen, daß das Hauptstandortproblem weder ein Problem der Kosten noch zu hoher Steuerbelastung noch zu geringer Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten ist. Laut VW-Chef Piëch sind mehr als 80 % der ökonomischen Probleme keine Standortprobleme. Die Steigerung der (durchschnittlich hohen) Lohnstückkosten in den letzten Jahren ist ausschließlich der DM-Aufwer-

tung geschuldet. Der (übliche) Vergleich der Jahres-Arbeitszeiten hinkt: So werden z.B. Japan mit und Deutschland ohne Überstunden verglichen. Bei der Unternehmenssteuerbelastung, die z.B. für die Großkonzerne erheblich gefallen ist, werden die freizügigen Abschreibungs- und Rückstellungsmöglichkeiten und die Unterbewertung des Anlage- und Umlaufvermögens in Deutschland schlicht unterschlagen, die dazu führen, daß Deutschland laut OECD vom Spitzenplatz bei der nominellen Körperschaftssteuer auf den letzten Platz bei den effektiven Körperschaftssteuern rutscht (s. Schaubild).<sup>9</sup> Die zur Zeit gesetzlich möglichen Spielräume zur Ausnutzung der Maschinenlaufzeiten mit dem europaweiten Spitzenwert von mehr als 130 Stunden wöchentlich werden nur zu 53 Stunden ausgenutzt. Wo wird zum Thema gemacht, daß eine zentrale Ursache der Probleme der Deutschen Wirtschaft in der labilen Weltmarktkonjunktur liegt, der nicht mit einer Senkung von Kosten und Steuern in Deutschland beizukommen ist, sondern u.a. mit einer Stärkung der binnenwirtschaftlichen Strukturen?

Die Kritik auf die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu lenken, ist korrekt, aber dabei muß die SPD sich auch mit der Wirtschaft anlegen und z.B. die überkommenen Managementstrukturen zum öffentlichen Thema machen, von denen schon der Spiegel sagt, daß an dem "Abstieg der deutschen Wirtschaft ... die Wirtschaftsführer selbst tüchtig mitgearbeitet haben - ein Fall von kollektivem Mißmanagement"<sup>10</sup>.

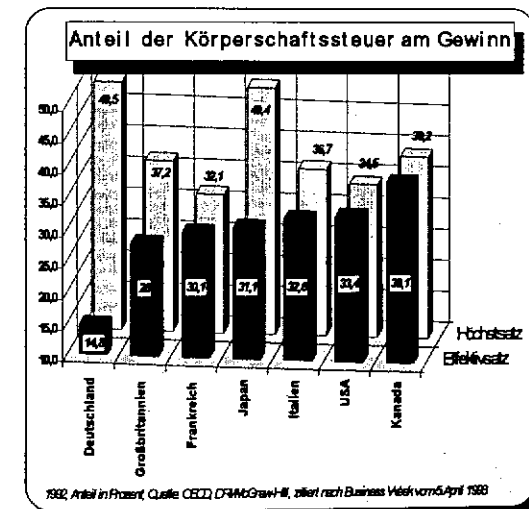
Schließlich - und manche in der Partei tun es inzwischen als Gesinnungsethik ab: Angesichts der Tatsache, daß sich die "terms of trade" mit der Dritten Welt für die BRD seit 1980 um 49 % verbessert haben, und zwar für rohstoff- und arbeits-

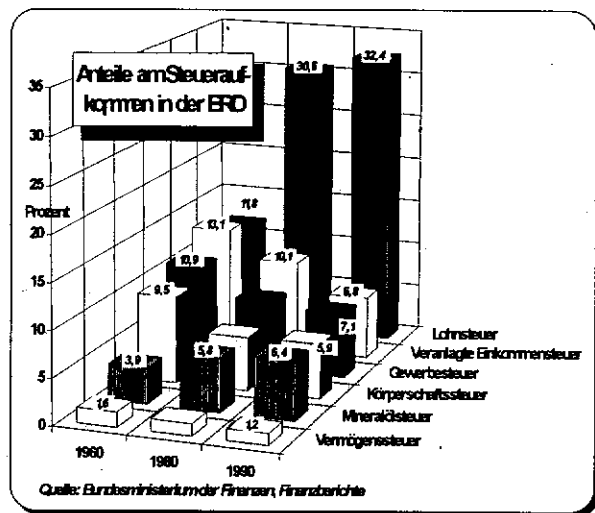
intensive Waren, muß die SPD Vorstellungen entwickeln, wie Deutschlands Beitrag zum Abbau der "ungleichen und diskriminierenden Austauschbeziehungen" aussehen soll.

**2. Umverteilung von oben nach unten**

Die SPD muß die sozialen Ungerechtigkeiten und die Massenarmut bekämpfen, anstatt sich allenfalls gegen ihr weiteres Anwachsen zu stemmen. Dazu gehört die Ergänzung der Sozialversicherung durch die Pflegeversicherung, eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung bei Alter und Arbeitslosigkeit, die Aufhebung der Sozialversicherungspflichtgrenzen, ein gerechter Familien- und Kinderlastenausgleich - Maßnahmen, die die Sozialhilfe massiv entlasten und den kommunalen Spielraum eröffnen. Sie muß sich einsetzen für die Verwirklichung einer Kinderbetreuung und zukunftsorientierten Altenpolitik, die sich des Vergleichs mit den Nachbarländern nicht schämen müssen. Einer Politik des Ausbaus des Sozialstaats (Grundsatzprogramm) wird im Sofortprogramm eine Absage erteilt. Der unverzichtbare Umbau des Sozialstaats darf nicht mit Abbau und Mißbrauchbekämpfung, wie sie in der Kampagne der Koalitionsparteien laut werden, einhergehen, sondern sein Ziel muß die Kongruenz von gesellschaftlicher Entwicklung und sozialstaatlicher Regelung sein.

Die zentrale Losung der Partei, daß die Schwachen einen starken Staat brauchen, hat seit Petersberg keine Konjunktur mehr. Stattdessen wird im Sofortprogramm der Begrenzung des Anstiegs der Personalnebenkosten unter Ausklammerung der Tatsache das Wort geredet, daß Deutschland auch bei den Lohnnebenkosten, von denen im Übrigen nur ca. 30 % per Gesetz fixiert sind, im europäischen Vergleich nur im Mittelfeld rangiert.<sup>11</sup> Es ist bezeichnend, daß die Wirtschafts- und Finanzexperten der Partei nicht in der Lage sind, das häufig von ihnen verwandte Schlagwort von der Umverteilung von unten nach oben unter der Kohl-Regierung umzuset-





zen und Konzepte für ihre Zurücknahme zu entwickeln. Die SPD muß aufzeigen, wie die Anhäufung der Geldvermögen, wie die seit 1990 als Folge des Wirtschaftswunders der 60er Jahre von 100 Mrd. auf 1,5 Bio. im Jahre 2000 answellenden Erbschaften oder wie die weiter auseinanderklaffende Steuerschere zugunsten der kleinen Leute steuerlich gerechter gestaltet werden können. Auch wenn vor dem Hintergrund der Pluralisierung der Lebensstile hier nicht einer idealistischen Gleichmacherei das Wort geredet werden soll: Wenn die Partei in der historisch einmaligen Situation der Herstellung der Deutschen Einheit die nicht minder historische Chance versäumt, die soziale Gerechtigkeit mit den dargestellten Schwerpunkten zu einem zentralen Thema zu machen, ist sie besser beraten, sich gleich selbst aufzulösen, bevor sie in einem quälend langen Prozeß unter die 20-Prozent-Marke rutscht. Auch die vor Ort regierende SPD hat es zumeist versäumt, die - bei aller in Bonn verschuldeten Finanznot - dennoch vorhandenen Spielräume zur Verbesserung der Einnahmen (Gewerbesteuer etc.) auszunutzen und eine Sparpolitik primär zu Lasten der Bessergestellten zu praktizieren. Statt dessen werden Stadtbibliotheken und Jugendzentren geschlossen und die Instandhaltung der Kinderspielplätze storniert, zugleich werden - mit Verweis auf die kommunale Konkurrenz um Wirtschaftsansiedlungen und Gewerbesteuer - Hochkultur und Prestigeobjekte favorisiert.<sup>12</sup>

### 3. Wohnungspolitik für den Wohnungsbau statt für die Einkommenssteuerbefreiung

Die Partei muß realistische Konzepte gegen die Wohnungsnot entwickeln: Be-

kämpfung der Bodenpreisspekulation, Ausdehnung des sozialen Wohnungsbaus bei Anhebung der Einkommensgrenzen und Einführung eines Einkommensabhängiger Mieten, Einräumung von Kontingenten für besonders Bedürftige, Abkehr von der Privilegierung der besser gestellten Schichten im freifinanzierten Wohnungsbau, die 9/10 der jährlich verteilten 45 Mrd. auf sich konzentrieren, Bekämpfung der Mietexplosion durch eine Reform des Mietrechts, Besteuerung der Immobilien nach dem Verkehrswert (700 % des Einheitswerts!), die nach Auskunft der Bundesregierung in erster Linie am fehlenden Personal scheitert.

### 4. Umweltpolitik - Sparschwein der Nation?

Die Partei darf nicht mit Rücksicht auf Finanzen und Stammwählerschaft die ökologische Frage in ihrer Bedeutung zurücksetzen. Wir brauchen mehr denn je eine Umweltpolitik mit konkreten Maßnahmen gegen Naturzerstörung, gegen die Explosion des Individualverkehrs, gegen Benzolverseuchung der Großstädte und bevorstehende LKW-Schwemme, gegen Ozonloch und drohende Klimakatastrophe, gegen die weitere Chemisierung der Lebenswelt, gegen die nicht abreißen lassen Störfälle in der Chemieindustrie, für den Ausstieg aus der AKW-Wirtschaft und für den Einsatz der I- und K-Technologien in ihrer umweltentlastenden Funktion.

Gegen den Seeheimer Kreis, der vom neuen Parteivorsitzenden bereits die Befreiung von den ideologischen Positionen der 80 Jahre erwartet<sup>13</sup>, gilt, daß die Partei, wenn sie den Umweltbereich unter ferner liefen behandelt<sup>14</sup>, Problemlösungskompetenz in den Augen der Menschen nie erreichen wird. Die Integration der Grünen in eine Regierungspolitik auf Bundesebene erhöht die Durchsetzungschancen einer ökologisch-sozialen Reformalternative und

damit auch die Attraktivität der SPD für in Umweltfragen sensible Schichten. Dabei muß sie den Mut aufbringen, gegen starke Interessen Widerstand zu leisten.<sup>15</sup>

### 5. Eine Bildungs- und Kulturpolitik in die Breite statt für Eliten

Wir brauchen eine neue Offensive in der Bildungspolitik, die Deutschland aus der Schlußlichtposition im OECD-Vergleich (9,1 %) im Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Staates herausbringt, die wirksame Maßnahmen zur vorrangigen Förderung der Weiterbildung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen in Betrieb und Verwaltung, gegen die Krise der beruflichen Bildung und gegen den Boom der Privatschulen durchsetzt, die sich nur die Betuchteren leisten können, eine Reform, die verhindert, daß "der 'Aufstieg durch Bildung' nicht Millionen von 'Kellerkindern' der Bildungsexpansion zurücklassen soll"<sup>16</sup>. Wo bleibt die dringend nötige Offensive der Partei in der aktuellen Bildungsdiskussion?

Auch im Bereich der Kulturpolitik ist eine soziale Schiefelage zu konstatieren: Die Konzentration auf kulturelle Großereignisse und repräsentative Hochkultur, die bekanntlich nur zu einem kleinen Teil von den Unterschichten genutzt wird, ist begleitet vom Rückzug aus der Breitenkultur. Anstatt z.B. die Parks und Kinderspielplätze in den Unterschichtstadteilen zu verschönern (bzw. zu sanieren), betreibt die Kommunalpolitik das Konzept der "Festivalisierung der Politik". Daß entsprechend die Einschaltquoten der Privatfernseher expandieren, weil die Menschen keine Alternativen zur Verödung der Städte präsentiert bekommen, kann dann niemanden mehr wundern.

### 6. Umbau des Staates gegen Deregulierung und Privatisierung

Sämtliche dargestellten Konzepte sind zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht begleitet sind von einem Umbau der staatlichen und halbstaatlichen Bereiche. Die Integration der "wachsenden und neuen Staatsaufgaben" (Grundsatzprogramm) in ein Konzept des Strukturwandels des öffentlichen Sektor ist unverzichtbar: d.h. Regionalisierung der Strukturpolitik, Demokratisierung der Planungsformen, Reform des öffentlichen Dienstrechts, Abschaffung der starren Personalschlüssel, Reform des Haushaltsrechts, Abschaffung der traditionellen Kameralistik, Hinterfrä-

gung des Berufsbeamtentums, bürger-nahe Modernisierung (EDV-Ausstattung, Einführung von Controlling und Ressourcen- und Ergebnisverantwortung, aufgabenbezogene Schwerpunktverlagerung und Dezentralisierung, flache Hierarchien auch hier, Weiterbildung der Beschäftigten, attraktivere Bezahlung auf fast allen Ebenen).

### 7. Ökologische und soziale Steuerreform - stehen wir vor dem Staatsbankrott?

Die Menschen erwarten von einer Politik, die sie unterstützen sollen, eine Antwort darauf, wie das alles zu finanzieren ist. Die Bekämpfung der sozialen Schiefelage im Lande und der Aufbau im Osten erfordert viel Geld. Die Politik - und die Finanzexperten der Partei in Bonn bestärken dies noch mit ihrer Warnung vor dem Staatsbankrott - läßt verkünden, für soziale Wohltaten sei kein Geld mehr da. Wo wird zur Zeit von der SPD thematisiert, daß Deutschland im EG- oder OECD-Vergleich im Anteil der Staatsschulden am Bruttosozialprodukt sich im unteren Drittel bewegt, daß Deutschland im Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt gleichauf mit Italien und Luxemburg in Europa gerade mal einen Mittelplatz einnimmt<sup>17</sup>? Der Spielraum für das dringend notwendige Konjunkturprogramm zur "Verstärkung der Ausgaben in Zeiten der Konjunkturschwäche" (Grundsatzprogramm) ist vorhanden!

Das Geld ist da. Es ist unredlich zu behaupten, ein derart konzipiertes Umverteilungskonzept der sozialen Gerechtigkeit würde rein quantitativ zu wenig bringen, man müsse an die Einkommen der breiten Masse ran. Es ist unredlich zu behaupten, daß die in der Tat großen Finanztransfers für den Aufbau Ost nicht vorhanden wären, wenn der Ausbau der Sozialleistungen im Westen nicht gestoppt wird. Die skizzierten finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen würden inkl. der durch Beschäftigung der Arbeitslosen freierwerdenden Mittel der Bundesanstalt für Arbeit je nach Dimensionierung zusammen mit einer Arbeitsmarkt- und Ergänzungsabgabe Finanzmittel von jährlich 100 - 300 Mrd. mobilisieren!

Wo ist die Forderung des Grundsatzprogramms nach einer Sonderbesteuerung nicht-investierter Unternehmensgewinne und nach der Entflechtung von Banken und Großunternehmen, wo die Forderung nach einer Investitions-hilfeabgabe der westdeutschen Wirtschaft

für den Aufbau Ost, wo werden eigentlich in der Parteiführung noch die *Kosten der Nicht-Reform* (z.B. im Umwelt- oder Sozialbereich) thematisiert und wo der Gesichtspunkt, daß viele Reformen gar kein Geld kosten und trotzdem unterbleiben?

Ebenso dringend wäre es angebracht, die seit Fortschritt '90 in Vergessenheit geratene Forderung nach einer Gemeindefinanzreform wieder aufzugreifen, um die kommunale Konkurrenz um die Gewerbesteuer einzudämmen. 40.000 Finanzbeamte fehlen in Deutschland, um Steuerhinterziehung und Bodenbesteuerung in den Griff zu bekommen. Deren Beschäftigung würde die Länder 3 Mrd. kosten, während die zusätzlichen Steuermittel in die Bundeskasse fließen würden - ein ideales Thema, um im Solidarpakt von der Bundesregierung für die 3 Mrd. DM die Finanzierungszusage an die Länder zu fordern!

Schließlich muß die SPD sich - als ihre eigene Version strikter Sparpolitik - für drastische Kürzung der Verschwendung von Subventionsgeldern (Jäger 90, bemannte Raumfahrt, Atomenergienutzung etc.) einsetzen. Die ökologische und soziale Steuer- und Finanzreform muß ein Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfes werden.

### Orientieren statt moderieren

Im Kern geht es darum,

- erstens den Menschen das Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein zu nehmen, indem man ihnen vermittelt, daß sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten besitzen, mit denen sie in einer beeinflussbaren Wirklichkeit agieren können

- daß die Politik zweitens vor dem Hintergrund der zerfallenden traditionellen Sozialbindungen mit ihrer unaufhaltsamen Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein gemeinschafts- und sinnstiftendes Projekt vermittelt.

Voraussetzung eines derartigen Reformprojekts wäre allerdings, daß die SPD wieder die Bedeutung der "geistig-moralischen Orientierung" (H.J. Vogel) erkennt. Solange man das Konzept der Beschränkung auf die Rolle des *Moderators* zwischen den gesellschaftlichen Gruppen vorzieht und davon Abstand nimmt, in der Gesellschaft eine *Führungs- und Gestaltungsrolle mit grundlegenden Reformzielen zu übernehmen* (so unlängst Farthmann im WDR), solange die Vorstellung herrscht, daß "politische Führung nicht die Aufgabe hat, wert- oder sinnstiftend zu wirken," sondern die "konkrete, poli-

tische, administrative, verteilende, steuernde Leistung zur Aufgabe hat"<sup>18</sup>, solange innerparteiliche Diskussionen und Willensbildung nur als Störfaktor und lästige Begleitmusik einer auf die Medien konzentrierten Parteiführung wahrgenommen werden, solange werden die Menschen ihrer Hoffnung auf "klare Alternativen" beraubt. Soll etwa die Funktion der Partei auf die eines Beamtenapparates reduziert werden? Soll sie etwa nur noch resigniert hinnehmen, daß Volksmusik und reality-TV inzwischen Einschaltquoten von sechs Mio. und mehr erzielen?

Wer allerdings - in Abkehr von der Aussage des Grundsatzprogramms von den "erheblichen nationalen Handlungsspielräumen" - die These von der abnehmenden Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft vertritt,<sup>19</sup> ohne zugleich eine Debatte über ihre behauptete Unausweichlichkeit zu führen, ansonsten aber Weinerlichkeit und antiautoritäre Nachdenklichkeit, Leichtsinnigkeit und Unbeteiligtheit an den Tag legt, vergißt die Grunderkenntnis, was verstärkte gesellschaftliche Eingriffe erfordern. Dies bedeutet auch, daß die unterliegenden gesellschaftlichen Interessen, daß Macht und Ohnmacht in Wirtschaft und Gesellschaft zum Thema gemacht werden.

Es fehlt in der SPD zu häufig der sichtbare Wille, aus der Opposition heraus Alternativen zur Regierung zu entwickeln - Kloses Aussage, die Partei könne sich nur in der Regierung erneuern<sup>20</sup>, ist fatal. Erstens ist damit keine Anleitung geliefert, wie sie an die Regierung kommen will. Zweitens ist überhaupt nicht absehbar, wie in der Regierung eine andere Politik als die der Regierungskoalition gemacht werden soll, wenn schon in der Opposition die Alternativen nicht sichtbar sind. Politikfähigkeit lebt von der Definition des Gegners.

### Alltagsbewußtsein und Wahlaussichten

Die Partei muß sich nach den Einbrüchen bei den Unterschichten fragen lassen, ob sie nicht der Sensibilität für das *Alltagsbewußtsein* breiter Teile der Bevölkerung verlustig zu gehen droht. In der Partei macht man sich zu wenig Gedanken darüber, daß die Verkündung politischer Positionen und die Art, wie sie bei den Menschen ankommen, zwei grundverschiedene Dinge sind.

Man hört aus dem Ollenhauer-Haus nichts darüber, wie auf Basis einer Analyse des *Alltagsbewußtseins der Menschen*, die die Partei ansprechen will, welche Kampa-

nen auf den Weg gebracht werden sollen, wie welche programmatischen Schwerpunkte zu welchen Parolen, Bildern und Symbolen verdichtet werden sollen.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet heute nicht nur Schutzmacht, sondern auch soziale Gestaltung - und das heißt auch hier Kampf gegen hartnäckig verteidigte soziale Privilegien. Mit Blick auf Engholms Forderung, die Partei müsse ihren Hut dem Volk anpassen, gewinnt man den Eindruck, unter Anknüpfen an das Alltagsbewußtsein dominiert die Vorstellung, z.B. den in den Unterschichten verbreiteten Ressentiments gegen Ausländer und Asylbewerber nachzugeben, anstatt die Ursachen für die Bereitschaft zu dieser Sündenbocklogik zu erforschen und zu bekämpfen und auf dieser Basis einen kompromißlosen antirassistischen und antinationalistischen Diskurs zu führen.

Entwicklung von Kampagnenfähigkeit hat auch Auswirkungen auf den Umgang mit Parteiprogramm und Parteibasis. Parteiprogramme und ihre Umsetzung für das Alltagsbewußtsein sind in der Tat nicht das gleiche, aber sie hängen sehr eng zusammen. Ohne die analytische Durchdringung der Gesellschaft, die sich im Parteiprogramm niederschlägt, wird eine der Grundfunktionen der SPD, nämlich den Menschen Orientierung und Hoffnung auf machbare Alternativen zu bieten, preisgegeben. Parteiprogramm und Wirklichkeit gegeneinander auszuspielen, schadet ebenso der innerparteilichen Dynamik wie die Behauptung, Parteiprogramme seien das eine, Sachverstand das andere.<sup>21</sup> Die Mitglieder und Sympathisanten müssen spüren, daß man in der SPD etwas bewegen kann, daß die Beteiligung an politischen Debatten Ergebnisse zeigt (z.B. durch den Niederschlag in Programmen) und nicht - wie bei der Debatte über Asyl oder Lauschangriff - Beschlüsse des Parteitags unmittelbar danach durch öffentliche Erklärungen mißachtet werden. Will man etwa nicht zur Kenntnis nehmen, daß inzwischen bestimmte Unterbezirke bereits dazu übergehen, mangels Engagement der Mitglieder das Kleben der Wahlplakate an Werbebüros zu vergeben? Der aktuelle Trend zur von oben verordneten Mitgliederbefragung als Ersatz für Mitgliederbegehren und -entscheid und damit zur Aushebelung der repräsentativen Demokratie als einem Grundpfeiler unserer Verfassung wird dies noch verstärken. Gerade die Dringlichkeit der orientierenden Funktion der Politik setzt die Verteidigung des Delegiertenprinzips durch die Parteilinke auf die Tagesordnung.

Wir stehen seit dem Zusammenbruch des Weltkommunismus vor neuen Realitäten, die auch zu einer Weiterentwicklung der Partei-Programmatik zwingen, das bloße Pochen auf der Beschluslage reicht nicht aus. Aber: Weil die Aufgaben erheblich größer geworden sind, muß das sozialdemokratische Profil für die Menschen gerade umso schärfer wahrnehmbar sein. 53 % der Bundesbürger sind der Auffassung, daß sich die beiden großen Parteien kaum noch unterscheiden und der Teil, der meint, die SPD paßt sich der CDU an, ist mehr als doppelt so hoch wie der Teil, der vom Gegenteil überzeugt ist.<sup>22</sup> In diesen Zusammenhang ist auch die Medienkampagne in Sachen Moral und Aufrichtigkeit von Politikern einzuordnen. Ohne eine Alternative gegen die herrschenden Zustände konzentriert sich der Unmut auf Fragen der persönlichen Integrität. "Ehrlichkeit ist das Zauberwort, das übrig bleibt, wenn die Unterschiede zwischen rechts und links verschwunden sein sollen... Das alte Mißtrauen des 'Untertanen' gegenüber dem Herrscher wird darin sichtbar."<sup>23</sup>

Es muß stark bezweifelt werden, ob die SPD bei solchen Umfrageergebnissen Regierungsfähigkeit erlangen kann. Aber selbst wenn: Sie würde bei Weiterverfolgung des Anpassungskurses das gleiche Schicksal wie die norwegischen Sozialdemokraten, die niederländischen oder französischen Sozialisten erleiden. Letztere hatten spätestens seit 1984 einen kontinuierlichen Anpassungskurs an die Positionen der Konservativen verfolgt, während die Rechtsradikalen in zahlreichen Departements inzwischen mit z.T. über 40 % der Stimmen zur zweitstärksten Partei des Landes avanciert sind. Die SPD ist noch ein gutes Stück davon entfernt, das Paradox des Zusammenfallens vom Niedergang des "Weltkommunismus" mit der historischen Krise der sozialdemokratischen Parteien politisch und theoretisch aufzulösen.

#### Aufgaben für die Parteilinke

Auch wenn die Parteilinke keinen Anlaß zur Selbstbeweihräucherung hat: Gerade jetzt kommt ihr eine ganz neue Bedeutung und Verantwortung zu, will sie einen Beitrag zur Verhinderung des Rechtsrucks im Lande leisten. Die Parteilinke hat im Kontext dieser Rechtsentwicklung - die Diskussionskultur mit der Parteilinken verkommen lassen; konsequent versteht sie sich umso besser mit den Konservativen und Unternehmern, ein Besuch etwa bei den zahlreichen Veranstal-

tungen des Arbeitskreises Wirtschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung kann hier die Augen öffnen.

Die Linke in der Partei ist aufgefordert, wenn sie die innerparteiliche Isolation zurückdrehen will, inhaltlich und politisch in die Offensive zu gehen. Dabei spielt eine entscheidende Rolle, ob es ihr gelingt, über ihre "traditionellen Themen" ökologischer Umbau, Sozialstaat und Industriepolitik hinaus glaubwürdige Alternativen zu den Stichworten Staatsverschuldung, Standort, Steuerpolitik und Deregulierung zu entwickeln. Das schließt zwangsläufig auch Überlegungen über neue organisatorische Strukturen ein.

- 1 Interview in der Wochenpost vom 25.2.93
- 2 SPD-Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik, Eine gesamtdeutsche Strategie für Modernisierung, Wachstum und Beschäftigung - Entwurf eines Thesepapiers, Bonn 1993; im folgenden zitiert als AG-Wirtschaft
- 3 Jörg Ueltzhöffer (Sinus-Institut), in *Frankfurter Rundschau* vom 16.03.93
- 4 Wer glaubt, wie von höchster Stelle in der Partei (so z.B. Blessing in dem zitierten Interview) zu hören ist, angesichts der Deutschen Einheit habe die SPD keine klare Alternative zur Bundesregierung, gräbt sich dagegen selbst das Wasser ab.
- 5 DIW, Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, Wochenberichte 30/1992
- 6 DIW, Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, Wochenberichte 31/1991
- 7 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der BRD im Jahre 1991, Mai 1992, S. 19 f. und Claus Schäfer, Das "Teilen" will nicht gelingen - Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1991, in *WSI-Mitteilungen* 10/92, zitiert nach: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '93 - Kurzfassung, Bremen 1993
- 8 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ebda.
- 9 Die Woche vom 7.4.93
- 10 Der Spiegel Nr. 19/93
- 11 Handelsblatt vom 16.3.93
- 12 vgl. H. Peter/N. Sprafke, Glaubwürdigkeitsfalle - zur hessischen Kommunalwahl, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, Heft 70/1993
- 13 Die Woche vom 17.6.93
- 14 so z.B. in dem Grundsatzpapier der Seeheimer "Die Seeheimer - unser Weg zur Regierungsfähigkeit der SPD", Ms., November 1993
- 15 Der Plan etwa des NRW-Umweltministers Matthiasen, unter der Parole Verfahrensbeschleunigung und Entbürokratisierung 1.000 Mitarbeiter in den Umweltbehörden abzubauen, kann vor diesem Hintergrund nur als kurzichtig und töricht bezeichnet werden (in dem Strategiepapier "Umweltverwaltung 2000", lt. einer Meldung der *Tageszeitung* vom 13.4.93)
- 16 Klaus Klemm, Zur Wiedergewinnung einer Planungsdimension im Bildungswesen, in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 3/93
- 17 *Wirtschaftswoche* Heft 15/93
- 18 H.U. Klose in einer Rede zur Preisverleihung "Das politische Buch 1993", Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 12.5.93
- 19 so - in Anlehnung an Fritz J. Scharf - unlängst wieder Thomas Meyer und Christoph Zöpel, "Die Zukunft der sozialen Demokratie", Ms., 1993
- 20 auf der zitierten Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 21 so K.H. Blessing in dem zitierten *Wochenpost-Interview*
- 22 Der Spiegel Heft 12/93
- 23 Rossana Rossanda, Wut ohne Hoffnung, in *Wochenpost* vom 25.3.93

#### Zweite Auflage

Ludwig Elm / Dietrich Heither / Gerhard Schäfer (Hg.)

#### Füxe, Burschen, Alte Herren Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute

"Nützliches zu 175 Jahren Geschichte und Soziologie der deutschen Burschenschaften: Das Projekt 'Wartburg '92' der Marburger Geschichtswerkstatt setzt einen Kontrapunkt zur alten, neuen Burschenschaftlichkeit - nicht allein historisch. Sozusagen quer zur Zeitachse handeln Aufsätze vom verbindungsstudentischen Seilschaftsprinzip oder vom verkorkten Demokratiebegriff der korporierten Community. Da der Band zudem eine Reihe von Dokumenten sowie eine Auflistung der korporierten Dachverbände, der Fachausdrücke und der Literatur zum Thema enthält, kann man beinahe schon von einem Handbuch sprechen." *taz*

370 Seiten, DM 24,80  
ISBN 3-89438-050-0

#### Neuerscheinung

Kurt Fallert / Reinhard Hahn / Rainer Zeimentz (Hg.)

#### Dem Haß keine Chance Wie ist die Gewalt zu stoppen?

Woher die "entgrenzte Gewalt" gegen Andersaussehende, Andersdenkende? Das Buch erklärt Hintergründe, Zusammenhänge, Organisationen. Es stellt Alternativen für eine humane und demokratische Politik vor und will Wege zu eigenem Handeln zeigen. Im Anhang Dokumente aus den Bewegungen gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

164 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-052-7

#### Vielbeachtet

Karl-Heinz Heinemann / Wilfried Schubarth (Hg.)

#### Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland

"Der gut informierende und strukturierte Band vereinigt unterschiedliche und kontroverse Ansätze über die Ursachen von Rechtsextremismus." *Das Parlament* "Es ist ein Buch für West- und Ostdeutsche gleichermaßen!" *Jugendhilfe* "Hier werden rechtsextreme Jugendliche als Täter und Opfer zugleich gesehen." *Deutschland Archiv*

140 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-040-3

Über Ihre Buchhandlung oder gegen Rechnung zuzügl. Versandkosten direkt beim Verlag

### Aktuelles by PapyRossa

#### Neuerscheinung

Matthias von Hellfeld

#### Die Nation erwacht

#### Zur Trendwende der deutschen politischen Kultur

Kaum noch ein Tag ohne offizielles Bekenntnis gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt. Gleichzeitig wird das Asylrecht abgebaut, werden internationale Einsätze der Bundeswehr vorbereitet, tauchen immer beiläufiger rechtsextreme Begriffe, Denkfiguren und Bilder in Politik, Medien, ja selbst der Werbung auf. Steht Deutschland vor einem "Extremismus der Mitte"? Wieviel Rechtsextremismus verträgt der Zeitgeist?

Kartonierte, zahlreiche Abbildungen  
183 Seiten, DM 24,80  
ISBN 3-89438-055-1

#### Neuerscheinung

Jürgen Kuczynski

#### "Nicht ohne Einfluß"

#### Macht und Ohnmacht der Intellektuellen

Vier Studien über das Verhältnis von Macht und Intelligenz: J.K.s Stasi-Akten; das Versagen aller führenden deutschen Ökonomen seit dem DDR-Anschluß; Intelligenz in der Antike, in Mittelalter, Kapitalismus, Realsozialismus; das (Wieder-) Verschwinden der Arbeiterklasse und die neue Rolle der Intelligenz - aus Erkenntnisinteresse wie "einfach aus Freude an der Vergangenheit in einer trüben Gegenwart."

145 Seiten, DM 16,80  
ISBN 3-89438-053-5

#### Finsterer Orient?

Edith Laudowicz (Hg.)

#### Fatimas Töchter

#### Frauen im Islam

"Im neuen Feindbild Islam bekommen orientalische Frauen nur zu selbstverständlich den Status armer, unterdrückter Opfer zugewiesen. Gegen diesen einseitigen Blickwinkel auf die islamischen Länder und insbesondere die Lebenssituation von Frauen dort wenden sich Herausgeberinnen wie Autorinnen deutscher und orientalischer Herkunft, die in neun Aufsätzen für hiesige Breiten ein realistisches und aktuelles Bild zeichnen." *vib aktuelles*

197 Seiten, DM 19,80  
ISBN 3-89438-051-9

#### 5000 Exemplare verkauft

Gisela Preuschhoff / Axel Preuschhoff

#### Gewalt an Schulen

#### Und was dagegen zu tun ist

"G. und A. Preuschhoff haben ein Arbeitsbuch zusammengestellt, in dem Vorschläge und Überlegungen gesammelt sind. So oder so ähnlich kann man die Spiele und Übungen in jeder Altersstufe nachmachen. Das wird hiermit ausdrücklich empfohlen."

#### Deutsche Lehrerzeitung

"Die beiden Autoren kommen zu dem Schluß, daß der Verfall des Gewalttabus ebenso falsch ist wie die starre Einhaltung des Gewaltverbotes. Auch der Umgang mit der 'inneren Gewalt' muß gelernt werden. Den besonderen Wert des Buches macht eine Sammlung von Spielen und Übungen aus, die geeignet sind, mit eigenen Aggressionen umzugehen und kooperative Verhaltensweisen einzuüben."

#### Neue deutsche Schule

154 Seiten, DM 18,-  
ISBN 3-89438-049-7

#### Neuerscheinung

Hans Kall

#### Neubeginnen mit Marx

#### Die politische Ökonomie und die Veränderung der Welt

"Alle bisherigen Spielarten linker Theorien, die auf eine Abschaffung oder zumindest Verbesserung der gegenwärtigen unerträglichen Zustände abzielen, müssen nun auf den Prüfstand. Sind sie tatsächlich, wie sie vorgeben, ein Ausweg aus der heutigen Krise? Der Autor nimmt diese Herausforderung an und geht einige Schritte des mit schmerzlicher Selbsterkenntnis belasteten Weges. Er, selbst langjähriges Mitglied des Politischen Büros der KPD, macht sich auf, die marxistische Methode neu zu interpretieren, damit vielleicht eine zukünftige Generation wieder darangehen kann, die Welt zu verändern. Dann aber mit besseren Ergebnissen" (Prof. Peter Fleissner, Wien).

236 Seiten, DM 32,-  
ISBN 3-89438-058-6

#### Vierte Auflage

Bernd Müllender / P. Vermeulen

#### Nicht mehr mit uns!

#### Reservisten verweigern

"Aktualisierte Neuauflage dieses wohl einzigen Kriegsdienstverweigerungs-ratgebers speziell für Reservisten." *ekz*

206 Seiten, DM 18,-  
ISBN 3-89438-020-9

### PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 50939 Köln  
Tel. 0221/448545 u. 446240  
FAX 0221/444305

# Ab jetzt wird wieder mehr gelesen!

spw belohnt jedes neue Abonnement mit zwei Buchgeschenken zu aktuellen Themen.

## ab sofort und im August,

Nr. 15/1993

**Karl-Heinz Heinemann/  
Wilfried Schubarth (Hg.),  
Der antifaschistische Staat  
entläßt seine Kinder.  
Jugend und Rechtsextremismus  
in Ostdeutschland**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 14,80 DM



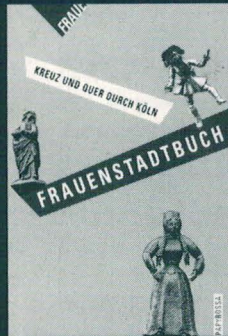
Nr. 16/1993

**Ludwig Elm/Dietrich Heither/  
Gerhard Schäfer (Hg.)  
Füxe, Burschen, Alte Herren.  
Studentische Korporationen  
vom Wartburgfest bis heute**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag)  
Ladenpreis 24,80 DM

## im September,

Nr. 17/1993

**KREUZ UND QUER DURCH  
KÖLN Frauenstadtbuch**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 15,-



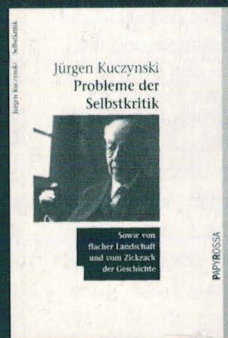
Nr. 18/1993

**Dieter R. Knoell,  
Kritik der deutschen  
Wendeköpfe. Frontberichte  
vom publizistischen Feldzug  
zur Herbeiführung des  
Endsieges über die  
zersetzende Gesellschaftskritik**  
Münster 1992  
(Verlag Westfälisches  
Dampfboot),  
Ladenpreis 19,80 DM

## im Oktober,

Nr. 19/1993

**Jürgen Kuczynski,  
Probleme der Selbstkritik.  
Sowie von flacher Landschaft  
und vom Zickzack  
der Geschichte**  
Köln 1991 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 24,- DM



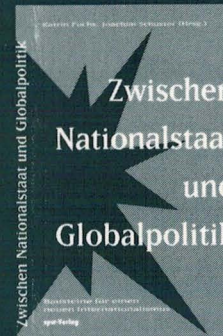
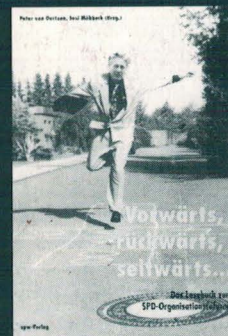
Nr. 20/1993

**Lutz Hoffmann,  
Die unvollendete Republik.  
Zwischen Einwanderungsland  
und deutschem Nationalstaat  
2., aktualisierte Auflage,**  
Köln 1992  
(PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 24,-

## im November,

Nr. 21/1993

**Peter von Oertzen, Susi  
Möbbeck (Hg.),  
Vorwärts, rückwärts, seitwärts  
... Das Lesebuch zur SPD-  
Organisationsreform**  
Köln 1991 (spw-Verlag),  
Ladenpreis 19,80 DM



Nr. 22/1993

**Katrin Fuchs/  
Joachim Schuster (Hg.)  
Zwischen Nationalstaat und  
Globalpolitik**  
Köln 1992  
(spw-Verlag),  
Ladenpreis 19,80 DM

aber im Dezember ist Schluß !!!